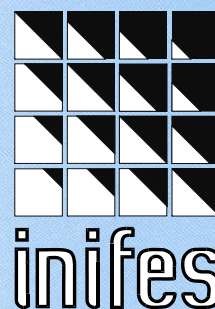


**INIFES, Internationales Institut für
Empirische Sozialökonomie, gGmbH**



Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2015 – Teil I

**Repräsentative Analysen auf Basis des
IAB-Betriebspanels 2015**

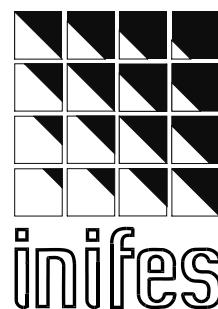
**Bericht an das Bayerische Staatsministerium für
Arbeit und Soziales, Familie und Integration
und die
Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit**

Verfasser:
Prof. Dr. Ernst Kistler, Markus Holler M. A. (INIFES)
unter Mitarbeit von
Dipl.-Verwaltungswirt (FH) Stefan Böhme, Lutz Eigenhüller M. A. (IAB-Bayern)
und Carolin Baier, Antje Hoffmann (INIFES)

Stadtbergen, April 2016

INIFES, Haldenweg 23, 86391 Stadtbergen, Tel. 0821 243694-0, E-Mail: info@inifes.de

**INIFES, Internationales Institut für
Empirische Sozialökonomie, gGmbH**



Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2015 – Teil I

Repräsentative Analysen auf Basis des IAB-Betriebspanels 2015

Bericht an das Bayerische Staatsministerium für
Arbeit und Soziales, Familie und Integration
und die
Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit

Verfasser:
Prof. Dr. Ernst Kistler, Markus Holler M. A. (INIFES)
unter Mitarbeit von
Dipl.-Verwaltungswirt (FH) Stefan Böhme, Lutz Eigenhüller M. A. (IAB-Bayern)
und Carolin Baier, Antje Hoffmann (INIFES)

Stadtbergen, April 2016

INIFES, Haldenweg 23, 86391 Stadtbergen, Tel. 0821 243694-0, E-Mail: info@inifes.de

Inhalt

Darstellungsverzeichnis	II
Das Wichtigste in Kurzform	V
1. Zur Datengrundlage und zur Beschäftigungsentwicklung	1
1.1 Die bayerische Stichprobe zum IAB-Betriebspanel	1
1.2 Beschäftigungsentwicklung nach BA-Statistik und Betriebspanel	3
1.2.1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Beschäftigte insgesamt	3
1.2.2 Beschäftigungserwartungen	8
1.3 Zusammenfassung	10
2. Wirtschaftliche Lage und Entwicklungen	11
2.1 Beurteilung des Jahresergebnisses 2014 und der Ertragslage	11
2.2 Empfundener Wettbewerbsdruck	14
2.3 Umsatz und Umsatzerwartungen; Export	16
2.4 Kapazitätsauslastung	20
2.5 Zusammenfassung	22
3. Personalstruktur	23
3.1 Personalstruktur nach Tätigkeitsgruppen und Geschlecht	23
3.2 Besondere Beschäftigungsformen	27
3.2.1 Teilzeitbeschäftigung	27
3.2.2 Mini- und Midijobs	29
3.2.3 Externe Mitarbeiter (inkl. Leiharbeitskräfte)	32
3.2.4 Befristet Beschäftigte	32
3.3 „Flexibilisierungsgrad“	35
3.4 Zusammenfassung	36
4. Ausbildung	39
4.1 Ausbildungsberechtigung und Ausbildungsbeteiligung der Betriebe und Dienststellen	41
4.2 Auszubildende	42
4.3 Betriebe mit neuen Ausbildungsangeboten 2014/2015 und unbesetzt gebliebene Ausbildungsstellen	45
4.4 Übernahmen von erfolgreichen Ausbildungsabsolventen	49
4.5 Zusammenfassung	52
5. Mindestlohn	55
5.1 Betriebe und Beschäftigte mit Lohnanhebungen	55
5.2 Andere Anpassungen in der Entlohnung und Ausnahmeregelungen	57
5.3 Andere Reaktionen und Effekte	58
5.4 Zusammenfassung	62
Literatur	64

Darstellungsverzeichnis

Darstellung 1.1:	Zusammensetzung der 1.212 befragten Betriebe aus Bayern im IAB-Betriebspanel 2015 (ungewichtete Nettostichprobe, Angaben in Prozent).....	1
Darstellung 1.2:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ohne sonstige Beschäftigte) zur Jahresmitte 2001 bis 2015 in Bayern (Angaben in Tsd.).....	4
Darstellung 1.3:	Entwicklung der Beschäftigtenzahl und der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von Juni 2014 bis Juni 2015 in den bayerischen Betrieben und Dienststellen (Angaben in Tsd. Personen; Hochrechnung IAB-Betriebspanel)	6
Darstellung 1.4:	Hochgerechnete Beschäftigtenzahl 2001 und 2007 bis 2015 (jeweils 30.06.; Angaben in Tsd.).....	6
Darstellung 1.5:	Vergleich der Beschäftigtenzahlen in Bayern 2001 und 2015 (Angaben in Tsd.).....	7
Darstellung 1.6:	Anteil der Betriebe mit wachsender bzw. schrumpfender Beschäftigung Mitte 2014 bis Mitte 2015 (Angaben in Prozent)	7
Darstellung 1.7:	Anteile von Beschäftigten in besonderen Beschäftigungsformen im Freistaat Bayern 2003 bis 2014 (Angaben in Prozent).....	8
Darstellung 1.8:	Beschäftigungserwartungen für 2016 (Angaben in Prozent und Tsd.)	9
Darstellung 2.1:	Anteile der Betriebe mit einem positiven Jahresergebnis 2006 bis 2014 (Angaben in Prozent).....	12
Darstellung 2.2:	Beurteilung der Ertragslage in den abgelaufenen Geschäftsjahren 2013 und 2014 (Anteil an Betrieben in Prozent).....	12
Darstellung 2.3:	Beurteilung der Ertragslage im abgelaufenen Geschäftsjahr 2006 bis 2014 (Anteil an Betrieben in Prozent)	13
Darstellung 2.4:	Einschätzung des Wettbewerbsdrucks 2013 bis 2015 (Angaben in Prozent)	15
Darstellung 2.5:	Entwicklung des Umsatzes je Beschäftigten und je Vollzeitäquivalent 2005 bis 2014 (Angaben in Tsd. €).....	16
Darstellung 2.6:	Veränderung des Umsatzes je Vollzeitäquivalent zwischen 2001 und 2014 nach Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößenklassen (Angaben in Prozent)	17
Darstellung 2.7:	Bruttowertschöpfung je Vollzeitäquivalent im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2014 (Angaben in Tsd. €).....	18
Darstellung 2.8:	Exportanteil am Umsatz der Betriebe 2001 bis 2014 (Angaben in Prozent).....	18
Darstellung 2.9:	Erwartete Umsatzentwicklung der Betriebe insgesamt und je Beschäftigten 2015 im Vergleich zu 2014 (Angaben in Prozent)	19
Darstellung 2.10:	Mehr Umsatz bei potenziell höherer Nachfrage in den Jahren 2008 bis 2014 möglich? (Anteil an der Zahl der Betriebe in Prozent; Mehrfachnennungen möglich)	21
Darstellung 3.1:	Beschäftigtenstruktur nach Tätigkeitsgruppen Mitte 2001 bis 2015 (Anteile an allen Beschäftigten (ohne Auszubildende) in Prozent).....	23

Darstellung 3.2:	Beschäftigte 2015 nach Qualifikationsanforderungen (Anteile an allen Beschäftigten (ohne Auszubildende) in Prozent)	24
Darstellung 3.3:	Beschäftigte Frauen 2015 nach Qualifikationsanforderungen (Anteile an allen Beschäftigten (ohne Auszubildende) in Prozent)	26
Darstellung 3.4:	Frauenanteil an den Beschäftigten Mitte 2015 nach Qualifikationsanforderungen (ohne Auszubildende und Beamtenanwärter; Angaben in Prozent)	27
Darstellung 3.5:	Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Beschäftigten Mitte 2005 bis Mitte 2015 (Angaben in Prozent)	28
Darstellung 3.6:	Beschäftigtenanteile in substanzieller Teilzeit und in geringfügiger Beschäftigung an allen abhängig Beschäftigten 2005 bis 2015 (Angaben in Prozent)	29
Darstellung 3.7:	Anteil der Betriebe mit geringfügig Beschäftigten und deren Beschäftigtenanteile 2015 (Angaben in Prozent).....	30
Darstellung 3.8:	Betriebe und Beschäftigte mit Midijobs 2008 bis 2015 (jeweils 30.06.; Angaben in Prozent).....	31
Darstellung 3.9:	Hochgerechnete Anzahl von Praktikanten, Freien Mitarbeitern und Leiharbeitskräften in Bayern 2002 bis 2015 (in Tsd.).....	32
Darstellung 3.10:	Befristet Beschäftigte 2001 bis 2015 (hochgerechnet in Tsd., jeweils 30.06.).....	33
Darstellung 3.11:	Anteil befristeter an allen abhängig Beschäftigten (inkl. Auszubildende) und Frauenanteile nach Branchen und Betriebsgrößenklassen 2011 bis 2015 (Angaben in Prozent).....	34
Darstellung 3.12:	Anteil der Betriebe/Dienststellen mit Nicht-Normarbeitsverhältnissen und Anteil der Nicht-Normbeschäftigten Mitte 2010 und Mitte 2015 (Angaben in Prozent).....	35
Darstellung 3.13:	Anteil der Beschäftigten in Nicht-Normarbeit in Bayern und Westdeutschland 2002 bis 2015 (Angaben in Prozent)	36
Darstellung 4.1:	Ausbildungsberechtigung und Ausbildungsbeteiligung der Betriebe in Bayern 2015	41
Darstellung 4.2:	Anteil ausbildender Betriebe an allen Betrieben und Dienststellen 2001 bis 2015 (Angaben in Prozent)	41
Darstellung 4.3:	Bayerische Ausbildungsbetriebe nach Betriebsgrößenklassen 2001 bis 2015 (Anteile an allen Betrieben in Prozent)	42
Darstellung 4.4:	Hochgerechnete Zahl der Auszubildenden und Beamtenanwärter 2002 bis 2015 im IAB-Betriebspanel (jeweils Jahresmitte; Angaben in Tsd.)	43
Darstellung 4.5:	Verteilung der Auszubildenden und Beamtenanwärter auf Betriebsgrößenklassen 2002 bis 2015 (Angaben in Prozent)	43
Darstellung 4.6:	Auszubildendenquote und Anteil weiblicher Auszubildender und Beamtenanwärter 2015 (Angaben in Prozent)	45
Darstellung 4.7:	Betriebe mit neuen Ausbildungsplatzangeboten für das Ausbildungsjahr 2014/15 (Anteil an Betrieben mit Ausbildungsberechtigung) und unbesetzte Ausbildungsstellen	46

Darstellung 4.8:	Anteil der Betriebe mit unbesetzten Ausbildungsplätzen 2004 bis 2014 (Angaben in Prozent).....	47
Darstellung 4.9:	Anteil nicht besetzter Ausbildungsplätze an allen angebotenen Ausbildungsplätzen 2004 bis 2015 (Angaben in Prozent)	48
Darstellung 4.10:	Anteil der Betriebe mit neuen Ausbildungsverträgen für das Ausbildungsjahr 2015/2016 an allen Ausbildungsbetrieben	48
Darstellung 4.11:	Anteil der Betriebe mit Übernahmen an der „zweiten Schwelle“ 2015 an allen Betrieben mit erfolgreichen Ausbildungsabsolventen (Angaben in Prozent)	49
Darstellung 4.12:	Übernahmequoten von Auszubildenden 2001 bis 2015 (Stand jeweils 30.06.; Angaben in Prozent)	50
Darstellung 4.13:	Übernahmequoten an der „zweiten Schwelle“ nach Geschlecht 2010 bis 2015 (Angaben in Prozent)	51
Darstellung 4.14:	Anteil der befristeten Übernahmen an allen Übernahmen an der zweiten Schwelle 2013 und 2015 nach Geschlecht (Angaben in Prozent).....	52
Darstellung 5.1:	Anteil der Betriebe und Anteil der Beschäftigten 2015 mit einer durch das Mindestlohngesetz bedingten Anhebung von Stundenlöhnen auf 8,50 Euro (in Prozent).....	56
Darstellung 5.2:	Anteile der Betriebe mit anderen Lohnanpassungen im Kontext des Mindestlohngesetzes (Mehrfachnennungen möglich; in Prozent).....	57
Darstellung 5.3:	Betriebe und Beschäftigte Mitte 2015 mit Stundenlöhnen unter 8,50 Euro (in Tausend und in Prozent).....	58
Darstellung 5.4:	Aufgrund der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes ergriffene Maßnahmen (Mehrfachnennungen möglich; in Prozent).....	59
Darstellung 5.5:	Aufgrund der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes beabsichtigte Maßnahmen (Mehrfachnennungen möglich; in Prozent).....	60
Darstellung 5.6:	Indirekte Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohnes (in Prozent)	61

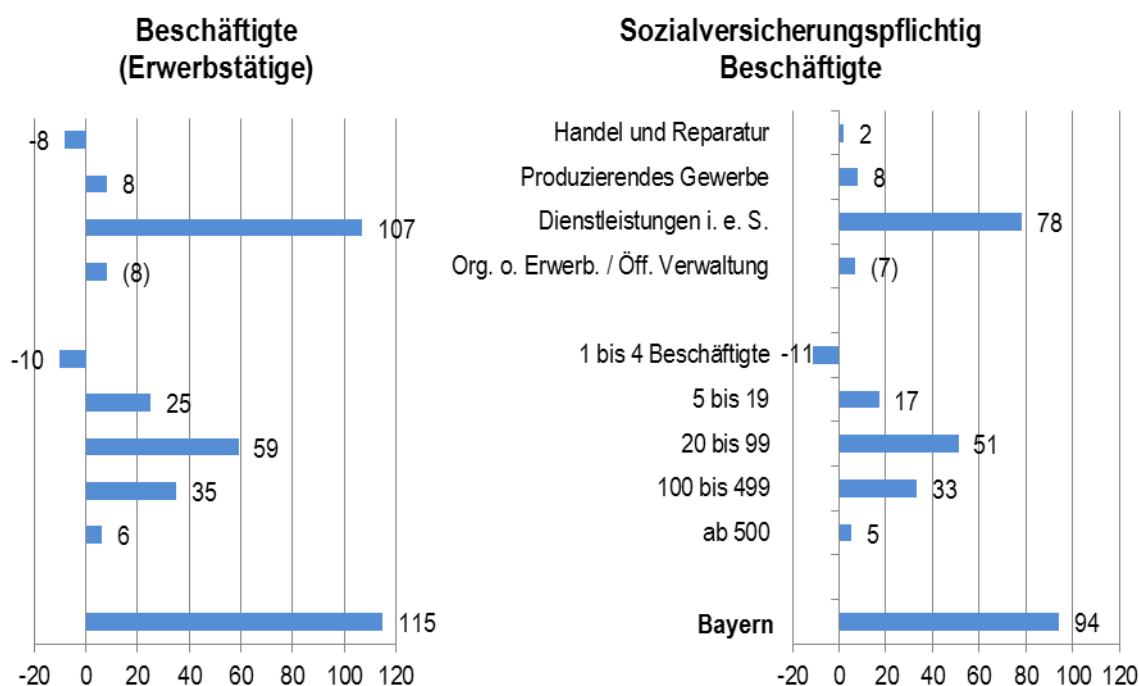
Das Wichtigste in Kurzform

Das IAB-Betriebspanel ist eine jährliche Panel-Erhebung, die unter dem Titel „Beschäftigungstrends“ seit 1993 (Westdeutschland) bzw. 1996 (Ostdeutschland) eine wichtige repräsentative Datenquelle zu betrieblichen Problemen und Verhaltensweisen darstellt. Seit der Befragung des Jahres 2001 beteiligt sich der Freistaat Bayern mit einer Aufstockungsstichprobe an diesem Vorhaben.

Dieser Bericht basiert auf Angaben aus Interviews mit Inhabern bzw. Personalverantwortlichen von 1.212 bayerischen Betrieben. Die Angaben sind damit repräsentativ für alle bayerischen Betriebe und Dienststellen mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis. Sie erlauben für einige wichtige Differenzierungen (z. B. Nord-/Südbayern, Branchenkategorien und Betriebsgrößenklassen) statistisch gesicherte Aussagen. Mit der Auswertung dieser Daten hat das bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration in Kooperation mit der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit das Internationale Institut für Empirische Sozialökonomie (INIFES) beauftragt. Der Bericht dokumentiert einen ersten Teil der Ergebnisse dieser Untersuchung

Beschäftigungsentwicklung

Entwicklung der Beschäftigtenzahl und der Zahl der (sv-)Beschäftigten Mitte 2014 bis Mitte 2015 in den bayerischen Betrieben und Dienststellen (Hochrechnung in Tsd.)



Für den Zeitraum Mitte Juni 2014 bis Mitte Juni 2015 weist das IAB-Betriebspanel bei den Betrieben und Dienststellen mit mindestens einem (sv-)pflichtigen Beschäftigungsverhältnis bezogen auf ganz Bayern erneut ein kräftiges Beschäftigungswachstum aus: die Zahl der Beschäftigten insgesamt (= Erwerbstätige) ist hochgerechnet um 115 Tausend gestiegen; dabei hat alleine die Zahl der (sv-)Beschäftigten um 94 Tausend zugenommen. Hauptsächlich wurde diese positive Entwicklung von den mittelgroßen Betrieben bzw. den Dienstleistungen i. e. S. getragen. Negativ ist die Entwicklung, wie schon im Vorjahr, bei den Kleinstbetrieben mit 1 bis 4 Beschäftigten.

Längerfristig betrachtet ist das Beschäftigungswachstum seit 2001 im Freistaat größer ausgefallen als im westdeutschen Durchschnitt (17,7 % vs. 14,4 %). Auch in dieser längeren Betrachtungsperiode fällt die Beschäftigungsbilanz der Kleinbetriebe negativ aus.

Die Teilzeitquote liegt im Freistaat wie im Vorjahr bei 29 Prozent. Darunter hat der Anteil der geringfügig Beschäftigten leicht zugenommen.

Positiv stellt sich auch die Frage nach den Beschäftigungserwartungen dar. Für den Zeitraum zwischen Mitte 2015 und Mitte 2016 erwarteten im Sommer 2015 mehr bayerische Betriebe (17 %) eine steigende Beschäftigtenzahl als es Betriebe mit der Erwartung eines Beschäftigungsrückgangs gab (4 %). Das entspricht auch dem westdeutschen Durchschnitt. Hochgerechnet wird von den Betrieben ein Anwachsen der Zahl der Beschäftigten um 103 Tausend erwartet (in der Vergangenheit lagen diese erwarteten Zahlen stets niedriger als die dann eingetretene tatsächliche Entwicklung).

Wirtschaftliche Lage und Entwicklungen

Die geschilderte, erneut sehr positive Beschäftigungsentwicklung ist vor dem Hintergrund einer positiven Beurteilung der wirtschaftlichen Lage seitens der Betriebe zu sehen: 76 Prozent der bayerischen Betriebe berichten von einem positiven Jahresergebnis im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 (Westdeutschland: 80 %), 6 Prozent von einem negativen Jahresergebnis. 54 Prozent der bayerischen Betriebe bezeichnen ihre Ertragslage auf einer fünfstufigen Notenskala als gut oder sehr gut und nur 5 Prozent vergeben die Note mangelhaft. Etwas schlechter ist dieses Urteil im Bereich Handel und Reparatur. Mit steigender Beschäftigtenzahl beurteilen die Betriebe die Ertragslage positiver. Die Beurteilung ist seit 2006 – mit nur kurzer Unterbrechung durch die Wirtschafts- und Finanzkrise – tendenziell immer besser geworden.

Der empfundene Wettbewerbsdruck hat bei den Betrieben dagegen abgenommen. Ein Viertel der Betriebe, vor allem solche im Dienstleistungsbereich, sehen sich keinem oder nur einem geringen Wettbewerbsdruck ausgesetzt. Auf der anderen Seite sprechen 31 Prozent der Betriebe von einem hohen Wettbewerbsdruck. 27 Prozent dieser Betriebe sehen darin auch eine potenzielle Gefahr für die Existenz des Betriebs. In Bayern sind letztgenannte Anteile geringer als im westdeutschen Durchschnitt.

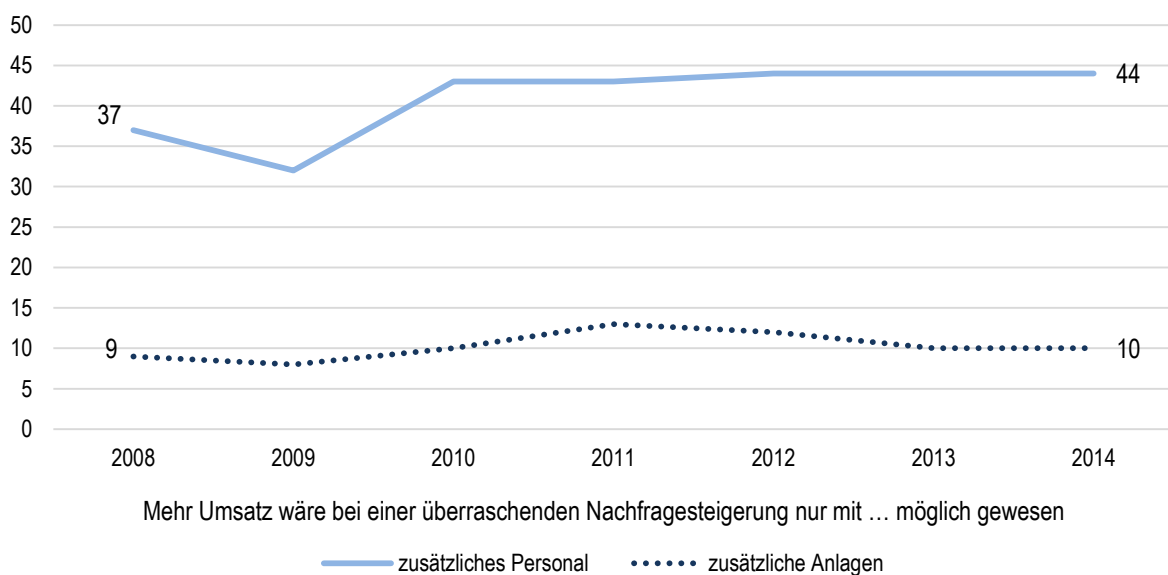
Der Umsatz je Beschäftigten ist in den bayerischen Betrieben zwischen 2005 und 2014 von 161 auf 176 Tausend Euro gestiegen. Im westdeutschen Durchschnitt ist der Umsatz je Beschäftigten im gleichen Zeitraum von 171 auf 167 Tausend Euro gesunken. Umgerechnet auf Vollzeitäquivalente verzeichnet Bayern einen Anstieg von 193 auf 213 Tausend Euro. In Westdeutschland lag der Wert für beide Jahre bei 206 Tausend Euro.

Der Vorleistungsanteil am Umsatz ist 2014 leicht auf 62 Prozent gesunken (Westdeutschland: leichter Rückgang auf 58 %). Die Bruttowertschöpfung je Vollzeitäquivalent ist im Freistaat etwas geringer als in Westdeutschland (82 versus 86 Tsd. €), der Exportanteil am Umsatz beträgt laut IAB-Betriebspanel 22,8 Prozent (Westdeutschland: 20,4 %). Trotz eines Rückgangs seit 2012 ist ein langfristig steigender Trend bei diesem Indikator zu verzeichnen. 29 Prozent der bayerischen Betriebe erwarten einen steigenden Umsatz ihres Betriebes (Westdeutschland: 26 %). Je 12 Prozent der bayerischen wie westdeut-

schen Betriebe sehen einen Rückgang des Umsatzes für das gesamte Jahr 2015 voraus. Quantifiziert würde das in Bayern wie in Westdeutschland ein Umsatzplus um je ein Prozent bedeuten.

Nach eigenen Angaben hätten – ein Spitzenwert seit Jahren – 44 Prozent der bayerischen Betriebe bei einer überraschenden Nachfragesteigerung im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 zusätzliches Personal gebraucht (Westdeutschland: 42 %). Bei 10 Prozent wären in Bayern wie Westdeutschland zusätzliche Anlagen nötig gewesen. Dabei kalkulieren mittlere bis sehr große Betriebe ihre Personalkapazitäten besonders knapp.

Anteile der Betriebe an der personellen bzw. anlageseitigen Kapazitätsgrenzen in Bayern 2008 bis 2014



Personalstruktur

Trotz eines zwischen 2014 und 2015 um einen Prozentpunkt gestiegenen Anteils von Arbeitsplätzen für einfache Tätigkeiten und eines Rückgangs von Arbeitsplätzen für Hochqualifizierte um einen Prozentpunkt ist der langfristige Trend bei der Qualifikationsstruktur der Beschäftigten klar: Der Anteil für einfache Tätigkeiten nimmt ab. Dennoch: 23 Prozent der Arbeitsplätze in Bayern wie Westdeutschland sind solche für Un-/Angelernte (58 % der Arbeitsplätze sind solche für Personen mit Berufsabschluss, 14 % für (Fach-)Hochschulabsolventen). 6 Prozent sind Tätige Inhaber/Vorstände/Geschäftsführer.¹ Kleinbetriebe und sehr große Betriebe bieten – relativ gesehen – die wenigstens Arbeitsplätze für Un-/Angelernte.

Bei einem Frauenanteil an allen Beschäftigten von 45 Prozent liegt ihr Anteil an den Einfacharbeitsplätzen bei 54 Prozent. Bei den Hochqualifizierten sind es 41 Prozent und bei den Tätigen Inhabern/Vorständen/Geschäftsführern 21 Prozent.

¹ Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird in diesem Bericht meist nur die männliche Bezeichnung verwendet. Selbstverständlich sind dabei beide Geschlechter gemeint.

In Bayern ist die Teilzeitquote zwischen 2005 und 2015 von 22 auf 29 Prozent gestiegen – seit 2012 eher stagnierend. In Westdeutschland gab es einen Zuwachs von 22 auf 31 Prozent. 79 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten sind in Bayern weiblich. Im westdeutschen Durchschnitt sind es 77 Prozent. In den Jahren seit 2005 geht der Anstieg der Teilzeitquote fast ausschließlich auf ein stärkeres Wachstum bei der substanziellen Teilzeit als auf einen wachsenden Anteil der Mini-Jobber zurück.

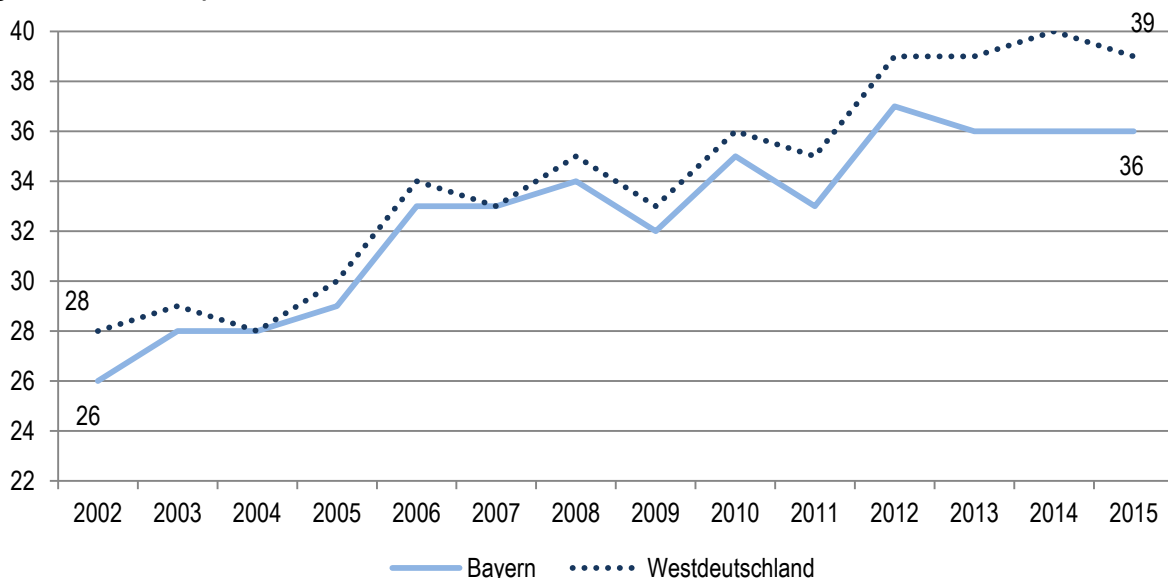
57 Prozent der bayerischen Betriebe haben mindestens ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis. 12 Prozent aller Beschäftigten sind Mini-Jobber. 3 Prozent aller Beschäftigten üben einen Midijob aus (mit gleitender Belastung bei den Sozialabgaben und zwischen 450,01 und 850,00 Euro).

Die Zahl externer Beschäftigter steigt bei den bayerischen Betrieben – mit erheblichen kurzfristigen Schwankungen – langfristig an. 2002 gab es etwa gleich viele Praktikanten wie 2015 (hochgerechnet gab es 2015 in dieser Gruppe 94 Tsd.). Dagegen hat die Zahl der Freien Mitarbeiter in diesem Zeitraum ebenso deutlich zugenommen wie die der Leiharbeitskräfte (auf 130 Tsd. bzw. 74 Tsd. im Jahr 2015).

Die hochgerechnete Anzahl der befristet Beschäftigten beträgt im Jahr 2015 400 Tausend. Ihr Anteil liegt seit Jahren bei 6 bis 7 Prozent (ebenso im westdeutschen Durchschnitt). Leicht überdurchschnittlich ist die Befristungsquote in Großbetrieben, bei den Dienstleistungen i. e. S. sowie Organisationen ohne Erwerbscharakter/Öffentlicher Verwaltung.

Der mit dem IAB-Betriebspanel errechnete Flexibilisierungsgrad (Anteil der Nicht-Normarbeitsverhältnisse (entspricht der Summe aus Teilzeitbeschäftigten, Vollzeit-Midijobs, befristeten Beschäftigungsverhältnissen und Leiharbeit) im Verhältnis zur gesamten Beschäftigtenzahl) ist in Bayern seit 2002 von 26 auf 36 Prozent gestiegen – allerdings mit einer Stagnation am aktuellen Rand. Im westdeutschen Durchschnitt sind es 28 bzw. 39 Prozent.

Anteil der Beschäftigten in Nicht-Normarbeit in Bayern und Westdeutschland 2002 bis 2015 (Angaben in Prozent)



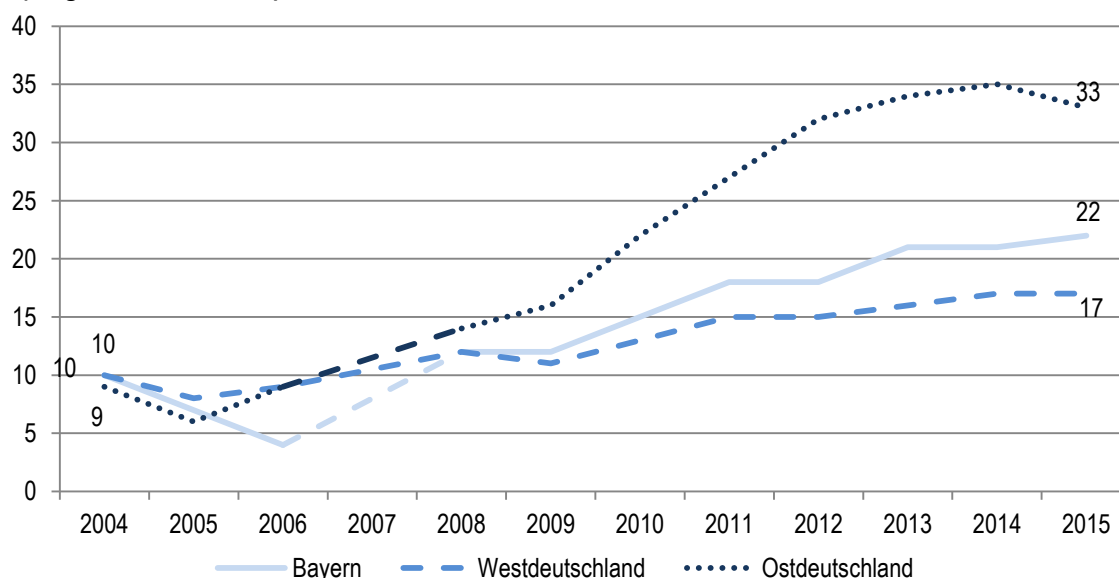
Ausbildung

Im Freistaat waren 2015 nach eigenen Angaben 55 Prozent aller Betriebe und Dienststellen ausbildungsberechtigt. Von diesen bildeten 52 Prozent aus. Damit liegt die im IAB-Betriebspanel nachgewiesene (und relativ weit definierte) Ausbildungsbetriebsquote aktuell bei 29 Prozent. Das ist um einen Prozentpunkt mehr als im Vorjahr und entspricht auch dem westdeutschen Durchschnitt (Ostdeutschland: 21 %). Nur bei Betrieben mit 20 bis 99 Beschäftigten liegt der Anteil der Ausbildungsbetriebe an allen Betrieben 2015 höher als im Jahr 2001. In allen anderen Betriebsgrößenklassen ist ein Rückgang zu verzeichnen, der sich bei den Kleinstbetrieben verfestigt hat.

Das IAB-Betriebspanel weist für 2015 im Vergleich zum Vorjahr einen Zuwachs von hochgerechnet 9 Tausend Auszubildenden und Beamtenanwärtern auf 258 Tausend aus. In Westdeutschland gab es dagegen einen Rückgang um 29 Tausend. Gegen Anfang und am Ende des letzten Jahrzehnts waren die Auszubildendenzahlen in Bayern allerdings höher. Die Auszubildendenquote liegt bei 4 Prozent. 43 Prozent der Auszubildenden sind weiblich.

Wie in den Vorjahren hatten 32 Prozent der bayerischen Betriebe und Dienststellen im zum Befragungszeitpunkt zu Ende gehenden Ausbildungsjahr 2014/2015 neue Ausbildungsplätze angeboten. Hochgerechnet waren das 146 Tausend Ausbildungsplätze. Von diesen angebotenen Ausbildungsplätzen haben die Betriebe 33 Tausend nicht besetzt. Die Nichtbesetzungsquote liegt bei 22 Prozent, 1 Prozentpunkt mehr als im Vorjahr und erreicht damit den höchsten Wert seit 2009). In Westdeutschland liegt die Nichtbesetzungsquote bei 17 Prozent, in Ostdeutschland bei 33 Prozent. Besonders hoch ist die Nichtbesetzungsquote in Kleinst- und Kleinbetrieben.

Anteil nicht besetzter Ausbildungsplätze an allen angebotenen Ausbildungsplätzen 2004 bis 2015 (Angaben in Prozent)



Für das zum Befragungszeitpunkt gerade beginnende Ausbildungsjahr 2015/2016 sagten 46 Prozent aller bayerischen Betriebe, dass sie bereits neue Ausbildungsverträge abgeschlossen haben; in Westdeutschland sind es ebenfalls 46 Prozent. 3 Prozent der bayerischen Betriebe berichten, dass die Ausbildung in anderen Betrieben/Unternehmensteilen erfolgt.

In 40 Prozent aller Ausbildungsbetriebe bzw. 11 Prozent aller Betriebe im Freistaat gab es 2015 erfolgreiche Ausbildungsabsolventen. Von diesen Betrieben haben 64 Prozent (eher kleine Betriebe) alle erfolgreichen Ausbildungsabsolventen an der „zweiten Schwelle“, zwischen Berufsausbildung und Beruf, übernommen und 14 Prozent (eher große) nur einen Teil. 22 Prozent dieser Betriebe (wiederum eher kleine) haben keinen ihrer erfolgreichen Absolventen übernommen (wohl auch einige, weil sie ohne Bedarf ausgebildet haben).

Bezogen auf die Anzahl aller erfolgreichen Absolventen ergibt sich eine Übernahmequote in Bayern von 70 Prozent (Westdeutschland: 68 %). Abgesehen vom Jahr 2009 liegt die Übernahmequote relativ konstant in dieser Höhe. Seit Mitte des letzten Jahrzehnts ist sie immer etwas höher als in Westdeutschland.

Tendenziell etwas niedriger als im Durchschnitt ist die Übernahmequote im Dienstleistungsbereich i. e. S. bzw. bei weiblichen Ausbildungsabsolventen. Die insgesamt hohen Übernahmequoten relativieren sich etwas, wenn man beachtet, dass 43 Prozent aller Übernahmen nur befristet erfolgen. Das wiederum bei Frauen etwas häufiger als bei Männern.

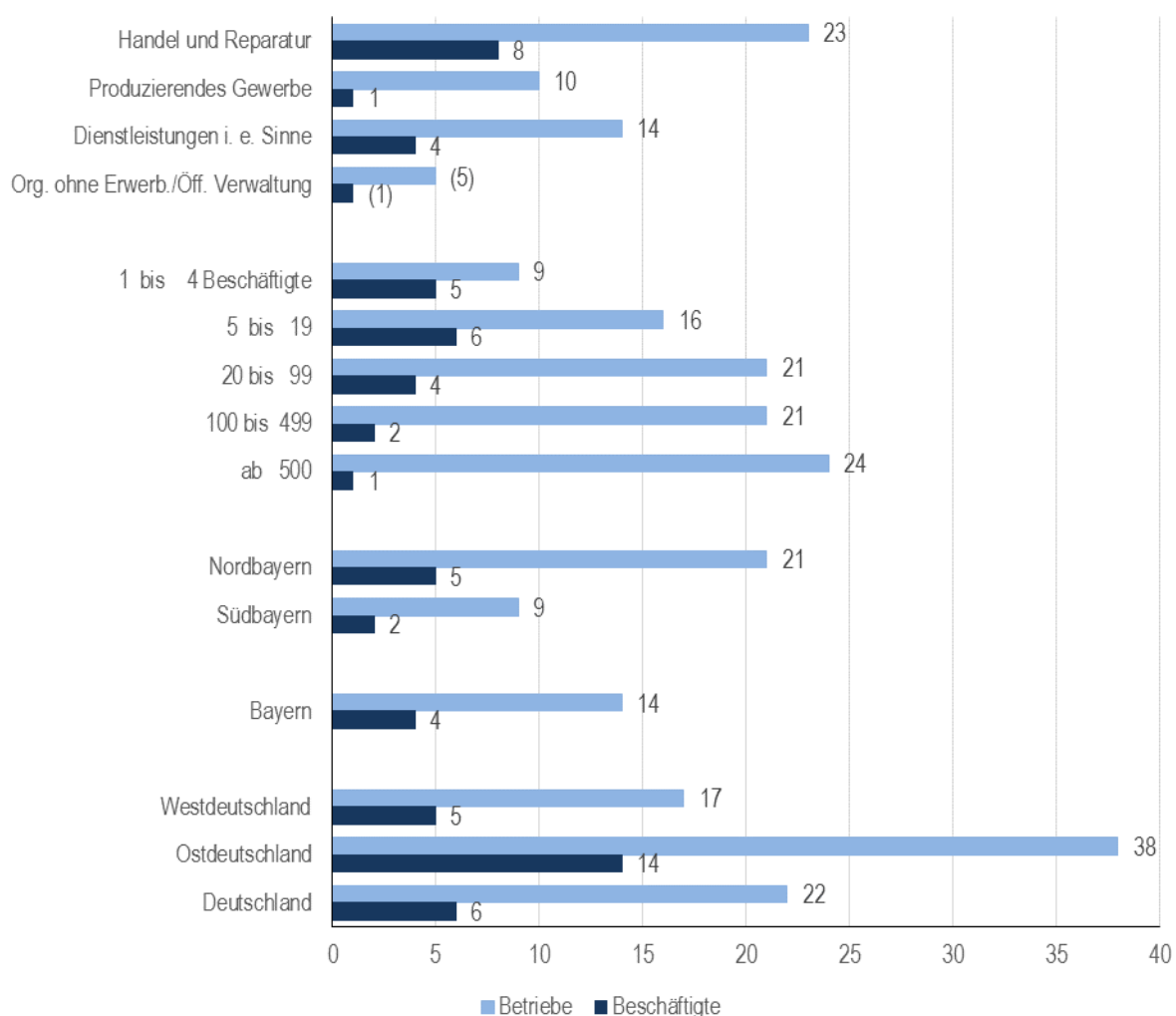
Mindestlohn

Bereits im IAB-Betriebspanel 2014 war mit Blick auf die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes zum Jahresanfang 2015 ermittelt worden, dass 5 Prozent der bayerischen (und 6 % der westdeutschen) Betriebe schon im Vorfeld Löhne unterhalb von 8,50 Euro angehoben hatten. Zum Befragungszeitpunkt der Umfrage 2014 (im Sommer 2014) gaben 7 Prozent der bayerischen und 9 Prozent der westdeutschen Betriebe an, mindestens eine Person zu einem Stundenlohn von weniger als die 8,50 Euro zu beschäftigen. Bezogen auf alle Beschäftigten im Freistaat entsprach das 2 Prozent aller Beschäftigten bzw. hochgerechnet 129 Tausend Personen.

In der aktuellen Erhebung 2015 berichten 14 Prozent aller bayerischen und 17 Prozent aller westdeutschen Betriebe und Dienststellen von einer Anhebung des Stundenlohnes auf 8,50 Euro bei mindestens einer Person aufgrund der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. Besonders häufig finden sich solche Anpassungen im Bereich Handel und Reparatur (23 %) sowie bei sehr großen Betrieben (24 %).

Der Anteil der Beschäftigten mit solchen Änderungen an allen Beschäftigten liegt in Bayern bei 4 Prozent und in Westdeutschland bei 5 Prozent. Je größer die Betriebe, um so höher ist der Anteil der Betriebe mit solchen Anhebungen; jedoch sinkt der Anteil der betroffenen Beschäftigten mit steigender Betriebsgröße. Hochgerechnet geht es um 225 Tausend Beschäftigte.

Anteil der Betriebe und Anteil der Beschäftigten 2015 mit einer durch das Mindestlohngesetz bedingten Anhebung von Stundenlöhnen auf 8,50 Euro (in Prozent)



Von einer Senkung von Löhnen oberhalb der Schwelle von 8,50 Euro berichten 0 Prozent aller bayerischen Betriebe. Im Gegensatz dazu haben 4 Prozent der bayerischen Betriebe Löhne oberhalb von 8,50 Euro angehoben (wohl um die Lohnstruktur zu erhalten). Bei einem Prozent der bayerischen Betriebe wurden aufgrund des gesetzlichen Mindestlohnes Sonderzahlungen gesenkt oder gestrichen.

Andere Reaktionen und Effekte des gesetzlichen Mindestlohnes – wie sie in der heftig geführten Mindestlohn-debatte diskutiert wurden – spielen (zumindest bisher) nur eine recht geringe Rolle. Insgesamt berichten nur 10 Prozent aller Betriebe von entsprechenden Maßnahmen. Aus einer langen Liste solcher im Prinzip denkbaren Reaktionen wird nur – bezogen auf alle Betriebe – bei folgenden Reaktionsweisen eine messbare Relevanz berichtet:

- 3 Prozent der Betriebe mit einer Zurückhaltung bei Einstellungen bzw. Wiederbesetzungen,
- 4 Prozent der Betriebe mit Reduzierungen der Arbeitszeit bzw. einer Verdichtung der Arbeit,
- 3 Prozent aller Betriebe mit einer Erhöhung der Absatzpreise.

Gefragt wurde – mit der gleichen Liste von Antwortmöglichkeiten – auch nach geplanten weiteren Reaktionen. Auch hier berichten wiederum 10 Prozent der bayerischen Betriebe (Westdeutschland: 9 %) von (noch) beabsichtigten Maßnahmen. Die Verteilung auf die Antwortvorgaben ist ähnlich:

- 2 Prozent aller Betriebe mit einer Zurückhaltung bei Einstellungen bzw. Wiederbesetzungen,
- 2 Prozent mit einer Zurückstellung oder Reduzierung von Investitionen,
- 3 Prozent aller Betriebe mit einer Erhöhung der Absatzpreise.

Im Gegensatz zu solchen direkten Reaktionen können auch indirekte Reaktionen auftreten: Etwa wenn Betriebe in ihrem Umfeld, z. B. bei Lieferanten, Preiserhöhungen feststellen, die auf die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zurückgeführt werden. 6 Prozent der bayerischen und 9 Prozent der westdeutschen Betriebe berichten von solchen indirekten Auswirkungen (aber 28 % in Ostdeutschland). Von diesen Betrieben sagen 62 Prozent – das entspricht dann 4 Prozent aller bayerischen Betriebe und Dienststellen –, dass sie darauf bereits reagiert hätten (z. B. mit eigenen Preiserhöhungen).

Ein weiteres Ergebnis aus dem IAB-Betriebspanel 2015 betrifft die Frage, wie viele Betriebe und Dienststellen aufgrund einer der Ausnahmeregelungen oder aufgrund von Tarifverträgen auch zur Jahresmitte 2015 noch Beschäftigte mit einem Bruttostundenlohn von weniger als 8,50 Euro hatten. In Bayern sind dies weniger als ein halbes Prozent (0 %) bzw. in hochgerechneten absoluten Zahlen ca. 2 Tausend Betriebe (Westdeutschland: 1 % bzw. 14 Tausend Betriebe). In etwa gleich viele davon nennen als Ursache, dass dies auf den Ausnahmeregelungen beruhe bzw. auf Tarifverträgen mit niedrigeren Vereinbarungen.²

² In Westdeutschland, wo die entsprechenden Antworten auf noch einigermaßen vertretbare Fallzahlen beruhen, verteilen sich die Gründe zu drei Viertel auf die Ausnahmeregelungen und zu einem Viertel auf Tarifverträge.

1. Zur Datengrundlage und zur Beschäftigungsentwicklung

1.1 Die bayerische Stichprobe zum IAB-Betriebspanel

Seit dem Jahr 2001 beteiligt sich der Freistaat Bayern mit einer Aufstockungsstichprobe an der jährlichen Betriebsbefragung „Beschäftigungstrends“, dem so genannten Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit, IAB.³ Mit dieser von TNS Infratest Sozialforschung durchgeführten Panelerhebung liegen aus dem Jahr 2015 repräsentative Angaben von 1.212 bayerischen Betrieben und Dienststellen mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis vor (ungewichtete Fälle). Sie sind nach Gewichtung repräsentativ für den Freistaat. Wie in den Vorjahren legt das Internationale Institut für Empirische Sozialökonomie, INIFES, dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration und der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit eine umfassende Auswertung zum Betriebspanel Bayern 2015 vor. Ebenso wie in den Vorjahren wird die Ergebnispräsentation in zwei Berichte aufgeteilt – dieser erste Bericht im Frühjahr und ein zweiter Bericht im Sommer.

Im Folgenden wird eine kurze Beschreibung der zugrundeliegenden Stichprobe gegeben (vgl. generell zum IAB-Betriebspanel Bellmann 1997; Fischer u. a. 2008; Bellmann 2014). Darstellung 1.1 zeigt die Verteilung⁴ der 1.212 bayerischen Panel-Betriebe und Dienststellen nach Branchen und Betriebsgrößenklassen.

Darstellung 1.1: Zusammensetzung der 1.212 befragten Betriebe aus Bayern im IAB-Betriebspanel 2015 (ungewichtete Nettostichprobe, Angaben in Prozent)

	Prozent		Prozent
Land- und Forstwirtschaft	2	1 bis 4 Beschäftigte	21
Bergbau, Energie, Wasser, Abfall	2	5 bis 19	26
Verarbeitendes Gewerbe	23	20 bis 99	27
Baugewerbe	8	100 bis 499	19
Handel und Reparatur	13	ab 500	7
Verkehr, Information, Kommunikation	7		
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	4		
Dienstleistungen, davon			
- Unternehmensnahe Dienstleistungen	11		
- Erziehung und Unterricht	4		
- Gesundheits- und Sozialwesen	13		
- Übrige Dienstleistungen	8	Nordbayern	46
Organisationen ohne Erwerbszweck	2	Südbayern	55
Öffentliche Verwaltung	5	Bayern insgesamt	100

Im Wesentlichen erfolgt die Auswertung der bayerischen Ergebnisse im Vergleich zu den west- bzw. gesamtdeutschen Zahlen, nach zusammengefassten Branchen und Betriebsgrößenklassen sowie im Vergleich Nord-/Südbayern.

³ Die Finanzierung der bundesweiten Basisstichprobe des Betriebspanels erfolgt durch das IAB.

⁴ Prozentwerte werden in diesem Bericht kaufmännisch gerundet. Daher können sich in der Summe Abweichungen von 100 ergeben.

Bei allen Ergebnissen aus dem IAB-Betriebspanel ist immer der Unterschied zwischen betriebs- und beschäftigtenproportionalen Aussagen zu beachten, da die Verteilung der Betriebe auf die Betriebsgrößenklassen von der Verteilung der Beschäftigten stark abweicht. 89,2 Prozent der bayerischen Betriebe hatten am 30.06.2015 weniger als 20 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2015a). Gleichzeitig arbeiten jedoch nur 25,9 Prozent aller Beschäftigten in Bayern in Betrieben dieser Größenordnung. Bei 66,8 Prozent aller Betriebe handelt es sich um Betriebe mit 1 bis 5 Beschäftigten. Aber nur 10,0 Prozent aller Beschäftigten arbeiten in solchen Betrieben. Das bedeutet, dass in der Stichprobenziehung und Hochrechnung z. B. Betriebe mit bis zu 5 Beschäftigten zu ca. 10,0 Prozent (entsprechend ihrem Beschäftigtenanteil) und nicht zu ca. 66,8 Prozent (entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe) berücksichtigt werden.⁵

Bei Stichprobenerhebungen ist immer eine statistische Fehlertoleranz zu beachten: Je stärker das betrachtete Merkmal in der Grundgesamtheit streut und je geringer die ungewichtete Fallzahl der interessierenden Teilgruppe, desto größer ist der statistische Unsicherheitsbereich. Daher werden die Ergebnisse im Folgenden normalerweise für fünf Betriebsgrößenklassen (1-4⁶, 5-19, 20-99, 100-499, 500 und mehr Beschäftigte) und für vier Branchengruppen ausgewiesen:

- Handel und Reparatur (ungewichtet: 159 Betriebe)
- Produzierendes Gewerbe (Bergbau, Energie, Wasser, Abfall; Verarbeitendes Gewerbe; Baugewerbe; ungewichtet: 390 Betriebe)
- Dienstleistungen im engeren Sinne (Verkehr, Information, Kommunikation, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Unternehmensnahe Dienstleistungen; ungewichtet: 553 Betriebe)
- Organisationen ohne Erwerbscharakter und Öffentliche Verwaltung (ungewichtet: 84 Betriebe bzw. Dienststellen).

Zu beachten ist auch die Verwendung verschiedener Begriffe zum Thema Beschäftigung im IAB-Betriebspanel. Das gilt insbesondere für den Begriff „Beschäftigte“.

Soweit nicht anders vermerkt, entspricht der Begriff „Beschäftigte“ im Panel dem Begriff der „Erwerbstätigen“ und wird auch synonym gebraucht. Diese umfassen auch nicht sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, also z. B. Tätige Inhaber, Mithelfende Familienangehörige und gegebenenfalls auch Beamte, aber nur in solchen Betrieben mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Nicht zu den Beschäftigten gerechnet werden die sog. weiteren Mitarbeiter, die mit den Betrieben nur Honorar-, Werk- oder Dienstverträge haben: Aushilfen, Freie Mitarbeiter, Praktikanten und Leiharbeitskräfte. Die im Betriebspanel hochgerechnete Erwerbstätigenzahl muss daher deutlich unter derjenigen der amtlichen Statistik liegen (vgl. „Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ 2012). Ähnlich gelagert gibt es auch kleinere Abweichungen in der Operationalisierung der Definitionen von Mini-Jobs, Midijobs und 1-Euro-Jobs (vgl. Conrads u. a. 2009, S. 3 f.)

Seit 2007 können Betriebe in Berlin in der Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit nicht mehr genau dem früheren Ost- und Westberlin zugeordnet werden. Folglich wird seit 2007 Berlin mit Ostdeutschland zusammengefasst (zuvor wurde Westberlin den alten und Ostberlin den neuen Bundesländern zugeordnet). Alle aktuellen Zahlen für Ost- und Westdeutschland sind somit nur bedingt mit den Werten für

⁵ Aufgrund einer größeren Datenrevision (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2014b) weichen die Zahlen zu Betrieben und Beschäftigten in Zeitreihen von früher von den von der Bundesagentur für Arbeit jetzt veröffentlichten Zahlen ab.

⁶ Im Panel werden die Betriebe mit 1-4 Beschäftigten als Kleinbetriebe bezeichnet.

die alten und neuen Bundesländer vor 2007 vergleichbar. Wir verwenden zur klaren Trennung seither die Begriffe Ost- und Westdeutschland.

Durch die Umstellung der amtlichen Statistik auf die Wirtschaftszweigesystematik 2008 (WZ08) sind auch Zeitreihen in der Differenzierung nach Branchen zu früheren Jahren nicht mehr statistisch sauber möglich. Ein zuverlässiger Umsteigeschlüssel für die Panel-Betriebe liegt seitens des IAB nicht vor. Daher werden in diesem Bericht in der Untergliederung nach Branchen nur wenige Vergleiche mit 2008 oder den Vorjahren angestellt (außer bei denjenigen Fragen, bei denen in der Erhebung 2009 retrospektiv Fragen für das Jahr 2008 gestellt wurden).

In Anbetracht der Tatsache, dass es sich bei der Datengrundlage um eine Stichprobe handelt, werden in diesem Bericht grundsätzlich nur gerundete Werte verwendet. Bei Balkendiagrammen spiegeln leichte Unterschiede der Balkenlänge aber trotz gleicher ausgewiesener Prozentzahl die Nachkommastelle wider. Generell gilt, dass bei Unterschieden um nur wenige Prozentpunkte eine vorsichtige Interpretation angebracht ist. Abweichungen in Summenbildungen ergeben sich aus der (kaufmännischen) Rundung.

1.2 Beschäftigungsentwicklung nach BA-Statistik und Betriebspanel

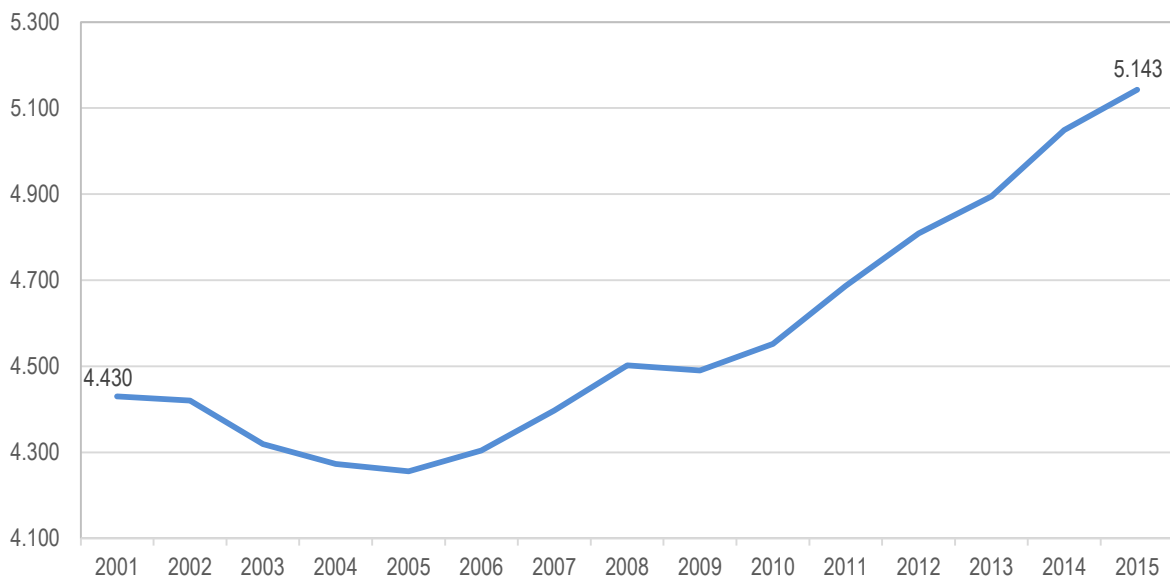
1.2.1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Beschäftigte insgesamt

Im Freistaat Bayern ist die Zahl der Betriebsstätten (Betriebe und Dienststellen) mit sozialversicherungspflichtig (sv-)Beschäftigten zwischen dem 30.06.2014 und dem 30.06.2015 vom 361.589 auf 365.451 gestiegen (+1,1 %). Gleichzeitig ist die Zahl der (sv-)Beschäftigten laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit von 5.065.073 auf 5.184.546 gestiegen (+2,4 %).

Die Zahlen des IAB-Betriebspanels korrespondieren eng mit den Zahlen der BA, sind aber nicht identisch. Von hochgerechneten Befragungsdaten sind naturgemäß gewisse Abweichungen zu erwarten, die aber seit Jahren beim IAB-Betriebspanel erfreulich gering ausfallen. Laut der hochgerechneten Angaben der Erhebung 2015 ist die Zahl der Betriebe und Dienststellen mit mindestens einem (sv-)Beschäftigten im Freistaat zwischen 2014 und 2015 (jeweils Ende Juni) von 349 Tausend auf 352 Tausend gestiegen (+0,9 %). Die Zahl der (sv-)Beschäftigten hat sich von 5,049 Mio. auf 5,143 Mio. erhöht (+1,9 %). Die hochgerechneten Zahlen aus dem Panel treffen also die Werte der Bundesagentur für Arbeit sehr gut.

Der Anstieg setzt eine seit 2010 zu beobachtende Entwicklung weiterhin fast linear fort (vgl. Darstellung 1.2). Noch deutlicher als bei den Beschäftigtenzahlen wird der positive Trend in Bayern bei der Betrachtung des Arbeitsvolumens (vgl. Kasten).

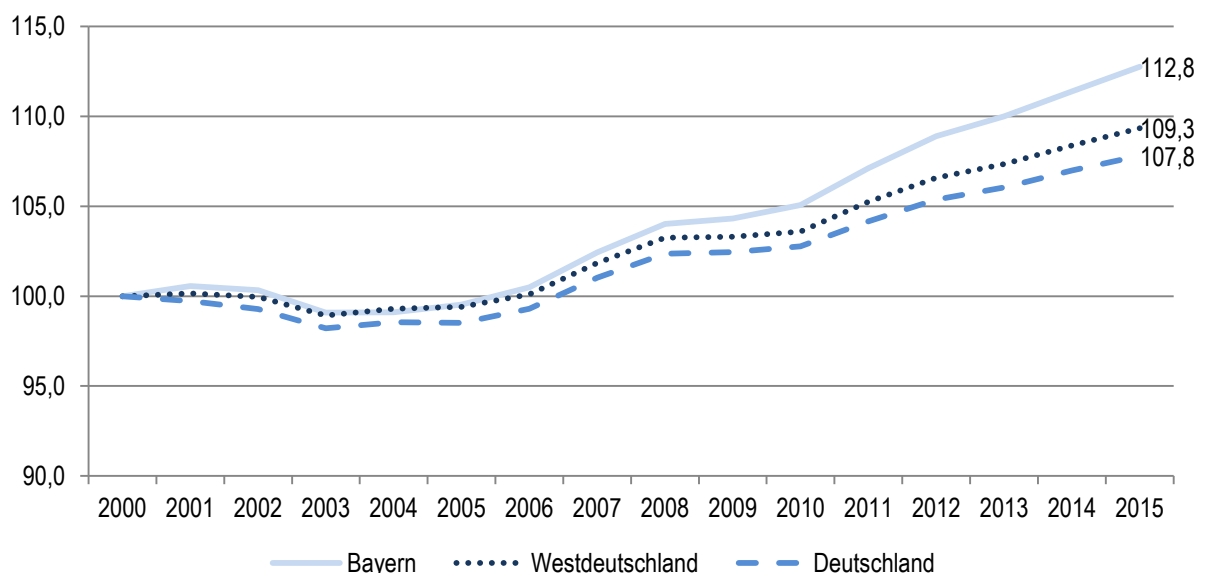
Darstellung 1.2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ohne sonstige Beschäftigte) zur Jahresmitte 2001 bis 2015 in Bayern (Angaben in Tsd.)



Stärkeres Wachstum des Arbeitsvolumens im Freistaat als in Deutschland insgesamt

Die Zahl der in Bayern arbeitenden Erwerbstätigen ist zwischen den Jahren 2000 und 2015 laut Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung um 12,8 Prozent gestiegen (vgl. Abbildung A). Dies ist ein wesentlich stärkerer Zuwachs als in West- (9,3 %) und in Deutschland insgesamt (7,8 %).

Abbildung A: Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen (am Arbeitsort) in Bayern, Westdeutschland und Deutschland 2000 bis 2015 (Index im Jahr 2000 = 100)

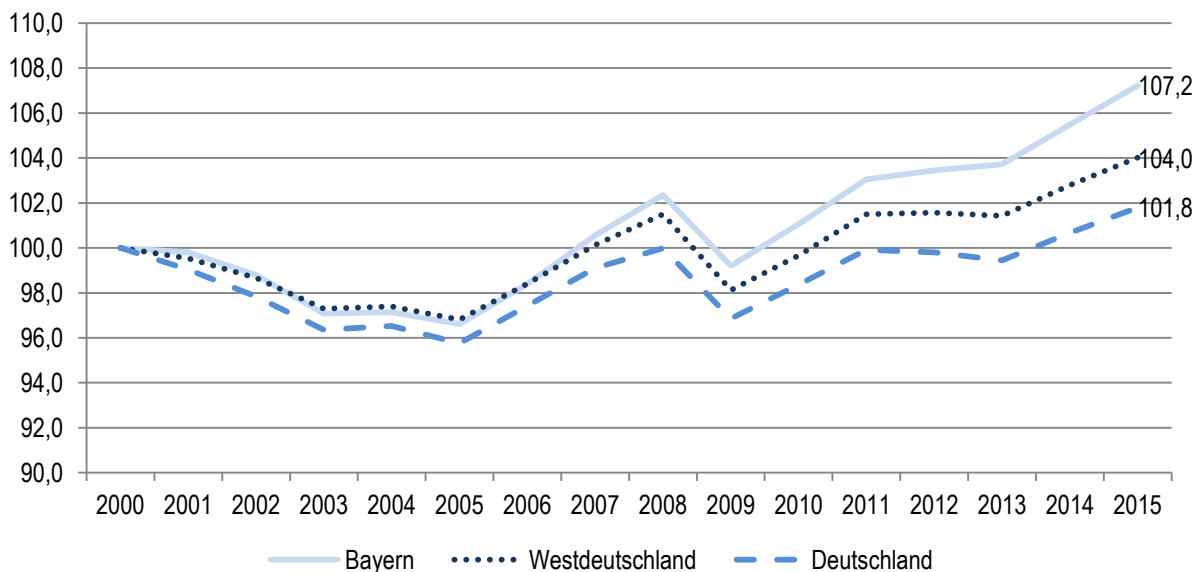


Quelle: Eigene Darstellung nach Arbeitskreis VGR.

Als erwerbstätig gilt entsprechend dieser Statistik eine Person aber bereits dann, wenn sie in der Berichtswoche eine Beschäftigung gegen Bezahlung von nur einer Stunde ausgeübt hat. Als Maßzahl für die Beschäftigungsentwicklung ist daher das Arbeitsvolumen, d. h. die Zahl der von den Erwerbstätigen

geleisteten Arbeitsstunden ein präziserer Indikator, da Teilzeit- und vor allem die geringfügige Beschäftigung entsprechend berücksichtigt werden.

Abbildung B: Entwicklung der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland) in Bayern, Westdeutschland und Deutschland 2000 bis 2015 (Indexwerte 2000 = 100)

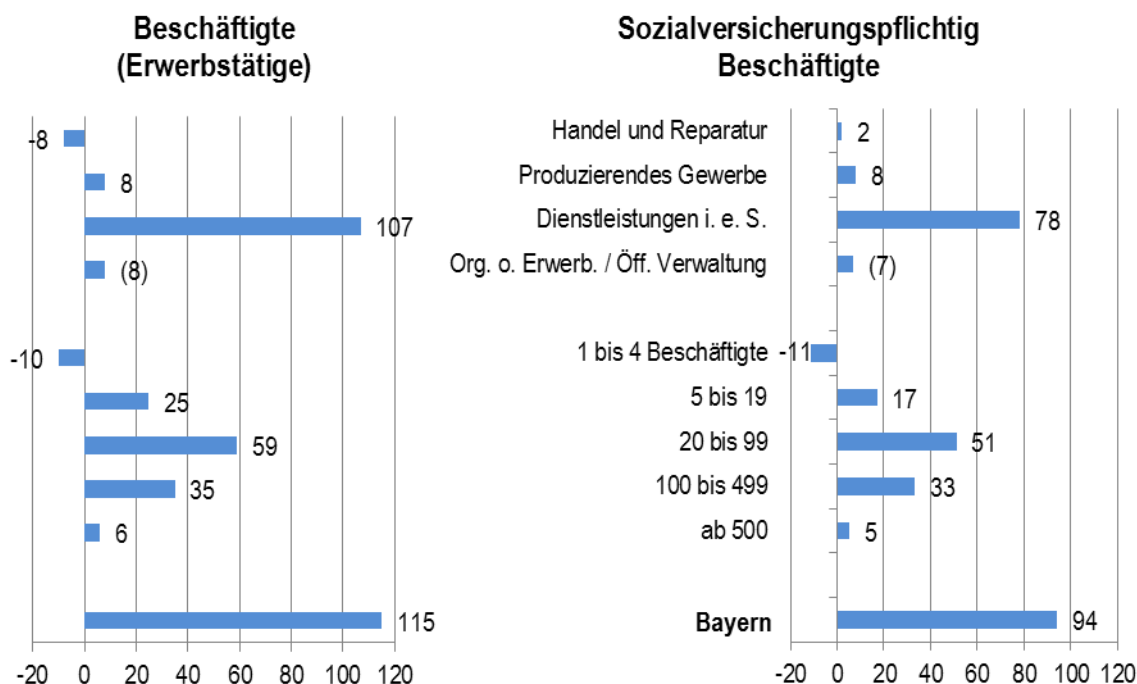


Quelle: Eigene Darstellung nach Arbeitskreis VGR

Bei Betrachtung des Arbeitsvolumens fallen vor allem zwei Dinge auf. Die Zuwachsraten im Vergleich der Jahre 2015 zu 2000 sind erstens erheblich niedriger als bei der Zahl der Erwerbstätigen. Zweitens ist das stärkere Wachstum in Bayern (+7,2 %) versus Deutschland (+1,8 %; Westdeutschland +4,0 %) noch wesentlich deutlicher ausgeprägt. In anderen Worten: Im Zeitraum 2000 bis 2015 hat das Arbeitsvolumen im Freistaat um 677 Mio. Stunden zugenommen, in Deutschland insgesamt dagegen um 1.039 Mio. Stunden. Der Freistaat allein konnte also rund zwei Drittel des Zuwachses auf sich vereinen.

Im Detail weist die Hochrechnung der Zahlen aus dem IAB-Betriebspanel einen Zuwachs um 94 Tausend (sv-)Beschäftigungsverhältnisse im Zeitraum Jahresmitte 2014 bis 2015 nach, der zu mehr als zwei Drittel in Südbayern stattgefunden hat. Hauptträger dieses Beschäftigungswachstums war mit einem Plus von 78 Tausend der Bereich Dienstleistungen i. e. S., bzw. in der Differenzierung nach Betriebsgrößenklassen sind es die Betriebe mit 20 bis 99 Beschäftigten (+ 51 Tsd.). Als einziger Rückgang bei den (sv-)Beschäftigten fällt erneut das Minus um 11 Tausend bei den Kleinstbetrieben ins Auge (vgl. Darstellung 1.3).

Darstellung 1.3: Entwicklung der Beschäftigtenzahl und der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von Juni 2014 bis Juni 2015 in den bayerischen Betrieben und Dienststellen (Angaben in Tsd. Personen; Hochrechnung IAB-Betriebspanel)



Neben der Entwicklung der (sv-)Beschäftigung enthält Darstellung 1.3 auch die Zahlen für die Entwicklung der Beschäftigten insgesamt (was in etwa den Erwerbstätigen entspricht). Im Wesentlichen sind die Veränderungen der Beschäftigtenzahlen in der Struktur mit denjenigen bei den (sv-)Beschäftigten vergleichbar, wobei jedoch der Zuwachs mit plus 115 Tausend insgesamt etwas höher ausfällt. Die Differenz von rund 20 Tausend stellt den Anstieg der nicht sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung dar, der sich offensichtlich fast ausschließlich im Dienstleistungsbereich abgespielt hat.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Beschäftigung 2015 im Freistaat um 1,8 Prozent auf 6,363 Mio. gestiegen. Auch für Westdeutschland ist ein Zuwachs um 1,8 Prozent zu verzeichnen (vgl. Darstellung 1.4). Im Vergleich der Jahre 2001 bis 2015 ergibt sich für Bayern jedoch mit einem Anstieg um 17,7 Prozent ein stärkerer Zuwachs als in Westdeutschland mit 14,4 Prozent.

Darstellung 1.4: Hochgerechnete Beschäftigtenzahl 2001 und 2007 bis 2015 (jeweils 30.06.; Angaben in Tsd.)

	2001	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Bayern	5.406	5.454	5.631	5.602	5.658	5.834	5.931	6.076	6.248	6.363
Westdeutschland	27.447	27.414	28.007	27.828	28.157	29.069	29.641	30.157	30.848	31.389
Ostdeutschland	6.472	6.067	6.181	6.224	6.286	6.383	6.517	6.567	6.754	6.835
Deutschland	33.920	33.481	34.188	34.052	34.442	35.452	36.158	36.723	37.602	38.224

In diesem längeren Zeitraum hat das Produzierende Gewerbe an Beschäftigten verloren und bei Organisationen ohne Erwerbscharakter/Öffentlicher Verwaltung ist nur ein ganz schwacher Anstieg zu verzeichnen. Differenziert nach Betriebsgrößenklassen zeigt sich, dass die Kleinstbetriebe als einzige Gruppe langfristig Beschäftigung abgebaut haben – und das (immerhin) um mehr als 10 Prozent (vgl. Darstellung 1.5)

Darstellung 1.5: Vergleich der Beschäftigtenzahlen in Bayern 2001 und 2015 (Angaben in Tsd.)

	2001	2015
Handel und Reparatur	888	928
Produzierendes Gewerbe	1.929	1.886
Dienstleistungen i. e. S.	2.113	3.066
Org. o. Erwerb./Öff. Verwaltung	(421)	(433)
1 bis 4 Beschäftigte	449	400
5 bis 19	1.310	1.498
20 bis 99	1.362	1.750
100 bis 499	1.233	1.460
ab 500	1.052	1.255

Darstellung 1.6: Anteil der Betriebe mit wachsender bzw. schrumpfender Beschäftigung Mitte 2014 bis Mitte 2015 (Angaben in Prozent)

	Anteil der Betriebe mit ...		
	Beschäftigungsrückgang (Beschäftigung < -2%)	konstanter Beschäftigung (Beschäftigung -2% bis +2%)	Beschäftigungsaufbau (Beschäftigung >+2%)
Handel und Reparatur	20	63	17
Produzierendes Gewerbe	28	50	22
Dienstleistungen i. e. S.	19	53	28
Org. o. Erwerb. / Öff. Verwaltung	(18)	(66)	(16)
1 bis 4 Beschäftigte	16	74	10
5 bis 19	23	46	31
20 bis 99	30	27	43
100 bis 499	26	26	48
ab 500	21	43	37
Nordbayern	21	54	25
Südbayern	21	55	24
Bayern	21	55	24
Westdeutschland	22	52	26

Die Veränderungen in den Beschäftigtenzahlen konzentrieren sich dabei auf eine Minderheit der Betriebe und Dienststellen. In 52 Prozent der Betriebe gab es eine praktisch zwischen 2014 und 2015 unveränderte Beschäftigtenzahl (d. h. eine Veränderung von weniger als plus/minus 2 Prozentpunkten).

In 21 Prozent der Betriebe wurde die Beschäftigtenzahl um mehr als 2 Prozentpunkte reduziert. Am häufigsten findet sich dies in Betrieben im Produzierenden Gewerbe sowie bei den mittelgroßen Betrieben.

Betriebe und Dienststellen mit einem Beschäftigungszuwachs von mehr als 2 Prozentpunkten gab es in 24 Prozent der Fälle. Solche Betriebe waren am häufigsten im Dienstleistungssektor i. e. S. und in den Kategorien mittelgroße bzw. große Betriebe beheimatet.

Insgesamt kann bezogen auf die Beschäftigung sowie speziell – und noch wichtiger – bezogen auf die (sv-)Beschäftigung von einer sehr erfreulichen langfristigen Entwicklung gesprochen werden. Dies gilt deutlich auch für den Zeitraum 2014/2015.

Dass sich im Vorjahresvergleich auch bei den sogenannten besonderen Beschäftigungsformen wenig verändert hat, zeigt an dieser Stelle die Darstellung 1.7. An späterer Stelle (vgl. Abschnitt 3.2) wird ausführlicher auf die besonderen Beschäftigungsformen eingegangen.

Darstellung 1.7: Anteile von Beschäftigten in besonderen Beschäftigungsformen im Freistaat Bayern 2003 bis 2015 (Angaben in Prozent)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Teilzeitbeschäftigte	22	21	22	26	24	25	24	27	25	29	28	29	29
darunter:													
- Geringfügige/ „sonstige“ Beschäftigte	10	11	11	11	13	12	11	12	12	12	11	11	12
Midijobs	4	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Befristet Beschäftigte	4	5	6	6	7	6	6	6	6	7	6	6	6
Aushilfen/ Praktikanten	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	1
Freie Mitarbeiter	1	1	1	2	1	1	1	1	1	1	2	2	2
Leiharbeitskräfte	1	1	1	1	2	2	1	2	1	2	2	1	1

1.2.2 Beschäftigungserwartungen

In das positive Bild der Beschäftigungsentwicklung in Bayern fügt sich der Befund zur Frage der Beschäftigungserwartung für die Zukunft nahtlos ein.

74 Prozent der bayerischen Betriebe und Dienststellen erwarten, dass die Beschäftigung bei Ihnen gleichbleiben wird. 17 Prozent erwarten eine steigende und 4 Prozent eine fallende Beschäftigtenzahl (Rest: Keine Antwort/kann man noch nicht sagen). In Westdeutschland ist die Erwartung ebenfalls positiv, aber etwas verhaltener. Auffällig ist in der Darstellung 1.8 der hohe Anteil (16 %) von sehr großen Betrieben, die von einer fallenden Beschäftigtenzahl ausgehen. Die Erwartung eines Beschäftigungszuwachses (BY: plus 103 Tsd., D: plus 393 Tsd.) korreliert erwartungsgemäß positiv mit der Beurteilung der Ertragslage (und mit Investitionen) im vorausgegangenen Geschäftsjahr

Im Anschluss an diese Frage werden diejenigen Interviewten im IAB-Betriebspanel, die eine Veränderung der Zahl ihrer Beschäftigten erwarten, gebeten diese zu quantifizieren. Die rechte Spalte in Darstellung 1.8 enthält die saldierten Ergebnisse der Antworten.

Danach wäre für das nächste Jahr, das bedeutet bis Mitte 2016, eine Steigerung der Beschäftigtenzahl in Bayern um 103 Tausend zu erwarten. Hauptträger dieser positiven Erwartungen sind der Dienstleistungsbereich i. e. S. (plus 76 Tsd.) bzw. Klein- und Mittelbetriebe (zusammen: plus 77 Tsd.).

Derartig direkt abgefragte quantifizierte Erwartungen sind methodisch naturgemäß nicht sehr treffsicher. Zur Einordnung ihres Stellenwerts muss jedoch bedacht werden, dass sie im Panel seit Jahren immer im Folgejahr von der Realität nicht nur in der Richtung bestätigt, sondern zahlenmäßig jeweils sogar deutlich übertroffen wurden.⁷

Darstellung 1.8: Beschäftigungserwartungen für 2016 (Angaben in Prozent und Tsd.)

	Anteil der Betriebe mit erwarteter ...*			Hochgerechnete Abnahme/ Zunahme der Beschäftigtenzahl in Tsd. Pers.
	steigender Beschäftigung	gleichbleibender Beschäftigung	fallender Beschäftigung	
Handel und Reparatur	16	73	7	11
Produzierendes Gewerbe	17	67	8	8
Dienstleistungen i. e. S.	18	76	2	76
Org. ohne Erwerb./Öff. Verwaltung	(8)	(91)	(1)	(5)
1 bis 4 Beschäftigte	9	84	3	11
5 bis 19	21	67	6	41
20 bis 99	23	68	4	36
100 bis 499	29	55	9	19
ab 500	20	49	16	-4
Nordbayern	15	75	5	40
Südbayern	18	73	4	63
Bayern	17	74	4	103
<i>(zum Vergleich: für 2015)</i>	13	78	4	88
<i>(zum Vergleich: für 2014)</i>	14	77	3	84
Westdeutschland	14	76	4	393
Ostdeutschland	12	78	5	100
Deutschland	13	76	4	493

* Differenz auf 100: „Das kann man noch nicht sagen“

⁷ Für 2015 (zur Jahresmitte) wurde von den im bayerischen IAB-Betriebspanel befragten Personalverantwortlichen z. B. ein Beschäftigungszuwachs um 88 Tausend „prognostiziert“ (vgl. Kistler, Holler 2015, S. 10). Wie oben dargestellt, wurde ein Anstieg um 114 Tausend erreicht. In der Periode zuvor lautete die Erwartung plus 84 Tausend; erreicht wurde ein Anstieg von 151 Tausend (vgl. ebenda).

1.3 Zusammenfassung

Im Freistaat hat die positive Beschäftigungsentwicklung im Berichtszeitraum Mitte 2014 bis Mitte 2015 angehalten. Die Betriebe erwarten auch für den weiteren Verlauf einen Anstieg ihrer Beschäftigtenzahlen.

- Die Zahl der Betriebe und Dienststellen mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis ist um 0,9 Prozent gestiegen.
- Das IAB-Betriebspanel weist einen Anstieg der Zahl der (sv-)Beschäftigten von 1,9 Prozent nach (dabei ist auch das Arbeitsvolumen in Bayern stärker gewachsen als im westdeutschen Durchschnitt).
- Im Detail hat die Zahl der (sv-)Beschäftigten um 94 Tausend zugenommen und die der Beschäftigten insgesamt um 115 Tausend. Hauptträger der Beschäftigungsausweitung war der Dienstleistungsbereich i. e. S. bzw. mittelgroße Betriebe. Kleinstbetriebe verzeichneten dagegen schrumpfende Beschäftigtenzahlen (Bezogen auf alle Beschäftigten gab es auch im Bereich Handel und Reparatur ein Minus) (**Darstellungen 1.2 und 1.3**).
- Im Vergleich der Jahre 2001 bis 2015 ergibt sich für Bayern ein Anstieg der Beschäftigtenzahl von 17,7 Prozent. In Westdeutschland sind es 14,4 Prozent (**Darstellung 1.4**).
- Von hundert Betrieben in Bayern berichten 24 von einem Beschäftigungsanstieg zwischen Mitte 2014 und Mitte 2015 von mehr als 2 Prozent. 21 Prozent berichten von einem entsprechenden Beschäftigungsabbau (**Darstellung 1.6**).
- Die Teilzeitquote liegt im Freistaat wie im Vorjahr bei 29 Prozent. Darunter hat laut IAB-Betriebspanel⁸ der Anteil der geringfügig Beschäftigten ganz leicht zugenommen (**Darstellung 1.7**).
- Für Mitte 2016 erwarteten zum Befragungszeitpunkt im Sommer 2015 17 Prozent der bayerischen Betriebe eine (bei ihnen) steigende Beschäftigung (Westdeutschland: 14 %). 4 Prozent (in Bayern wie Westdeutschland) erwarteten eine fallende Beschäftigtenzahl. Rechnet man die quantifizierten Erwartungen dieser Betriebe hoch, so sagen die befragten Personalverantwortlichen für den Freistaat einen Anstieg der Beschäftigtenzahl um 103 Tausend voraus (**Darstellung 1.8**). Das ist eine höhere Voraussage als in den vorherigen Umfragen, deren diesbezügliche Werte jedes Mal von der Realität übertroffen wurden.

⁸ Zu beachten ist, dass sich die Ergebnisse des Panels nur auf Betriebe mit mindestens einem (sv-)Beschäftigungsverhältnis beziehen. Bezieht man Betriebe mit nur Minijobs mit ein (wie in den Statistiken der BA bzw. des IAB), so kann sich die Entwicklung anders darstellen.

2. Wirtschaftliche Lage und Entwicklungen

Die geschilderte erneut sehr positive Beschäftigungsentwicklung ist vor dem Hintergrund einer positiven Stimmung in der Mehrheit der Betriebe zu sehen. Dabei gehen in diese Stimmungen sowohl kurz- als auch langfristige Beurteilungen der Lage und der bisherigen wie zukünftigen Trends seitens der Betriebe ein.

Kurzfristig muss z. B. auf aktuelle Ereignisse und Debatten während der Feldzeit der Befragungen oder unmittelbar davor geachtet werden (vgl. Kasten).

Zur wirtschaftlichen und politischen Lage während der Erhebungsphase des IAB-Betriebspanels 2015

Aktuelle Ereignisse oder auch nur politisch gerade stark diskutierte Themen können während der Feldzeit von Umfragen durchaus Einfluss auf die Ergebnisse haben. Aus diesem Grund ist es immer sinnvoll, dies zu beachten und auch die Befunde anderer einschlägig relevanter Erhebungen aus dieser Zeit mit im Auge zu haben.

Größere, einschneidende Ereignisse in diesem Sinne gab es im Sommer 2015 nicht, sieht man von den inzwischen üblich gewordenen Turbulenzen auf den Finanzmärkten, dem Schwächeln der Konjunktur in China und den sinkenden Energiepreisen ab (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2015, S. 3, 935 ff.). Themen wie die Flüchtlingszuwanderung oder die VW-Krise kamen im Wesentlichen erst danach auf die Agenda.

Die ökonomische Lage im Sommer 2015 lässt sich z. B. anhand des ifo-Konjunkturtests wie folgt skizzieren (vgl. ifo Institut 2015): Beide Teile des Konjunkturtests – der Index zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage wie der zu den Erwartungen – lagen 2015, wie schon ein Jahr zuvor, auf einem recht hohen, vergleichbaren Niveau. Zeigten die beiden Indices jedoch 2014 bereits seit einigen Monaten vor und während der Feldphase nach unten, so schwankten sie 2015 nach einer längeren Phase des Anstiegs auf hohem Niveau.

Bezogen auf den Freistaat schreiben z. B. die Industrie- und Handelskammern in Bayern (2015, S. 1) sogar: „Der Höhenflug der bayerischen Wirtschaft hat sich im Sommer fortgesetzt. Die Unternehmen bewerten ihre aktuelle Geschäftslage so gut wie zuletzt vor vier Jahren“.

2.1 Beurteilung des Jahresergebnisses 2014 und der Ertragslage

In der Befragung 2015 berichten erneut, wie schon in den drei vorherigen Jahren, rund drei Viertel der interviewten Personalverantwortlichen im Freistaat, das Jahresergebnis sei 2014 positiv gewesen. 6 Prozent berichten von einem negativen Jahresergebnis.

In West- bzw. Gesamtdeutschland sind es nochmals etwas mehr Befragte (80 bzw. 79 %), die so positiv urteilen (vgl. Darstellung 2.1). In Kleinstbetrieben mit 1 bis 4 Beschäftigten ist das Urteil nur etwas gedämpfter (73 %).

Darstellung 2.1: Anteile der Betriebe mit einem positiven Jahresergebnis 2006 bis 2014 (Angaben in Prozent)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
1 bis 4 Beschäftigte	64	59	61	60	70	73	76	76	73
5 bis 19	68	70	67	71	74	77	78	77	76
20 bis 99	75	74	74	68	78	76	80	78	80
100 bis 499	67	72	72	65	87	81	78	76	80
ab 500	84	80	78	67	81	78	71	80	86
Bayern	67	66	65	66	73	75	77	76	76
Westdeutschland	70	71	71	68	75	76	78	79	80
Ostdeutschland	64	67	64	63	69	70	72	73	73
Deutschland	69	70	69	67	74	75	76	77	79

* Alle Betriebe in Bayern mit Umsatz plus Banken und Versicherungen.

Eine andere einschlägige Frage, die im IAB-Betriebspanel regelmäßig erhoben wird, bezieht sich auf die Ertragslage im abgeschlossenen Geschäftsjahr. Antworten können die Betriebe mit einer fünfstufigen Notenskala (vgl. Darstellung 2.2).

Darstellung 2.2: Beurteilung der Ertragslage in den abgelaufenen Geschäftsjahren 2013 und 2014 (Anteil an Betrieben in Prozent)

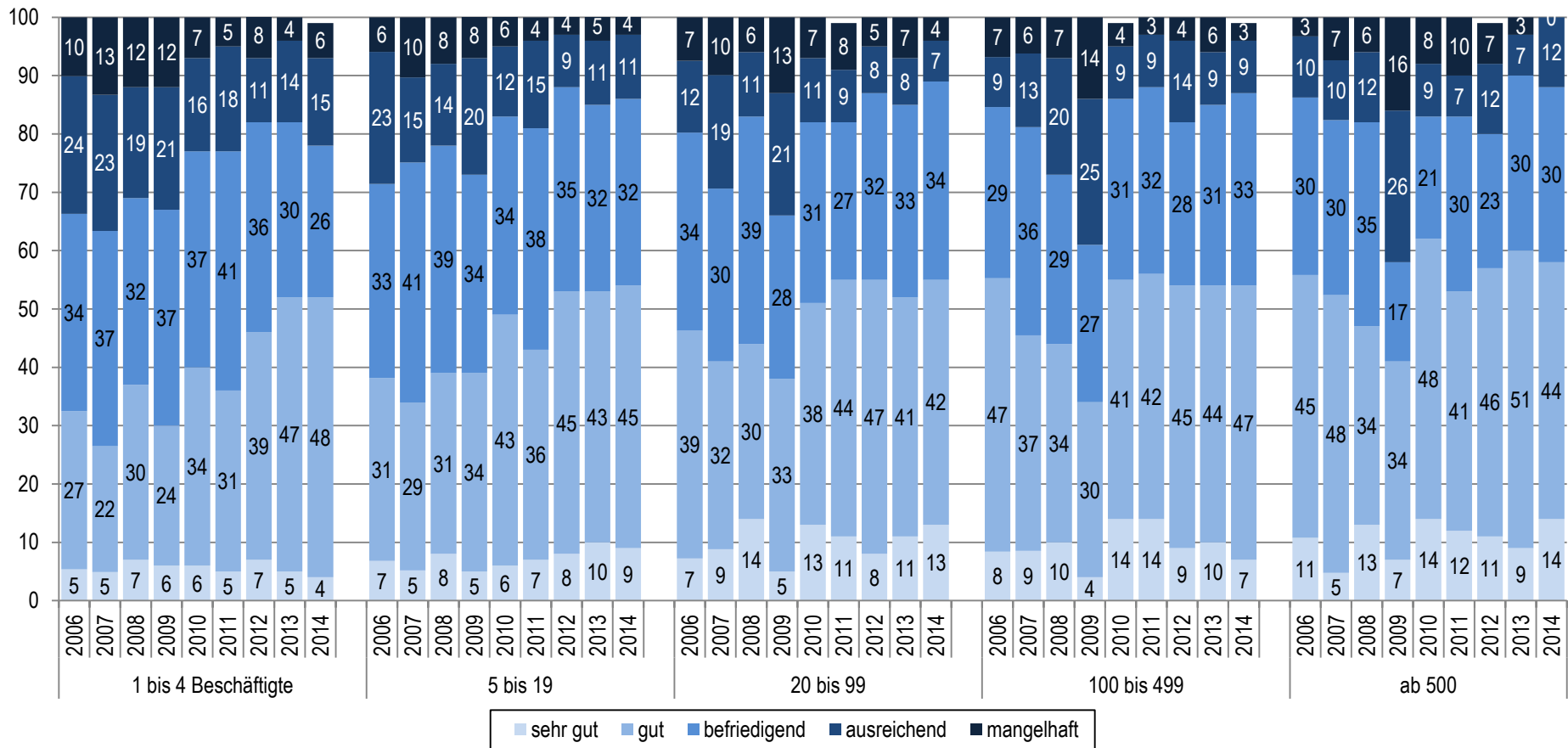
	sehr gut		gut		befriedigend		ausreichend		mangelhaft	
	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014
Handel und Reparatur	6	6	39	38	33	33	17	14	5	8
Produzierendes Gewerbe	6	7	44	47	32	32	14	10	4	4
Dienstleistungen i. e. S.	9	8	46	49	31	27	9	12	5	4
Bayern	8	8	44	46	31	30	12	12	5	5

* Teilgesamtheit: Alle Betriebe in Bayern, die nicht zum öffentlichen Dienst gehören und keine gemeinnützigen Einrichtungen o. ä. sind.

Nur 5 Prozent der bayerischen Betriebe bewerten die Ertragslage 2014 als mangelhaft. Weitere 12 Prozent sprechen von einer ausreichenden Ertragslage. Auf der anderen Seite vergeben (sich) 8 Prozent die Note sehr gut und 46 Prozent die Note gut. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine praktisch unveränderte, keinesfalls aber verschlechterte Bewertung.

Differenziert nach Wirtschaftszweigen kann man von einer – im Vergleich zum Durchschnitt – etwas schlechteren Beurteilung der Ertragslage im Bereich Handel und Reparatur sprechen.

Darstellung 2.3: Beurteilung der Ertragslage im abgelaufenen Geschäftsjahr 2006 bis 2014 (Anteil an Betrieben in Prozent)



* Teilgesamtheit: Alle Betriebe in Bayern, die nicht zum öffentlichen Dienst gehören und keine gemeinnützigen Einrichtungen o. ä. sind.

Darstellung 2.3 enthält die Zeitreihe 2006 bis 2014 zu dieser Frage sowie die Differenzierung nach Betriebsgrößenklassen. Es ist augenscheinlich, dass sich die Bewertung der Ertragslage der Betriebe in den Kleinst- und Kleinbetrieben seit 2006 deutlich verbessert hat. In der Tendenz gilt das auch für mittelgroße Betriebe. In großen und sehr großen Betrieben hat sich von 2006 bis zur Krise 2009 das Urteil eher verschlechtert. Seither ist im Trend jedoch eine Verbesserung zu beobachten. Insgesamt kann von einer besseren Beurteilung mit zunehmender Beschäftigtenzahl gesprochen werden. Zwischen der Beurteilung der Ertragslage durch die bayerischen Betriebe und den west- bzw. gesamtdeutschen Werten sind keine größeren bzw. anhaltenden Unterschiede festzustellen.

2.2 Empfundener Wettbewerbsdruck

Für das Verhalten der Betriebe ist es von großer Bedeutung, wie sehr sie sich einem starken Wettbewerbsdruck ausgesetzt fühlen. Darstellung 2.4 zeigt, dass in Bayern etwas mehr Betriebe keinen und etwas weniger Betriebe als im westdeutschen Durchschnitt einen hohen Wettbewerbsdruck empfinden.

Darstellung 2.4: Einschätzung des Wettbewerbsdrucks 2013 bis 2015 (Angaben in Prozent)

	kein Wettbewerbsdruck			geringer Wettbewerbsdruck			mittlerer Wettbewerbsdruck			hoher Wettbewerbsdruck					
										insgesamt			(darunter: Gefahr für Betrieb)		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015	2013	2014	2015	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Handel und Reparatur	6	1	4	9	12	6	45	50	51	40	37	38	33	45	21
Produzierendes Gewerbe	2	6	6	15	16	16	37	41	43	47	37	34	35	44	34
Dienstleistungen i. e. S.	8	16	17	23	18	14	40	38	44	30	27	25	39	29	22
1 bis 4 Beschäftigte	7	15	16	22	18	13	38	39	43	32	29	28	46	38	41
5 bis 19	5	9	11	13	17	13	44	45	48	37	29	29	33	41	18
20 bis 99	2	6	6	14	9	9	36	39	43	48	46	42	(31)	29	19
100 bis 499	2	2	2	9	9	4	31	38	33	58	51	62	(13)	19	13
ab 500	0	4	0	6	3	10	38	35	36	56	58	54	(32)	18	23
Nordbayern	6	10	12	15	16	11	44	45	49	35	29	27	36	39	35
Südbayern	6	12	11	19	16	14	37	38	42	38	33	33	39	38	21
Bayern	6	11	12	17	16	13	40	41	45	36	31	31	37	37	27
Westdeutschland	7	9	10	16	17	16	40	41	41	37	33	34	42	42	34
Ostdeutschland	9	10	10	16	16	14	40	44	42	35	29	33	44	43	39
Deutschland	7	9	10	16	17	15	40	42	41	37	32	34	42	42	35

Von denjenigen Betrieben im Freistaat, die von einem hohen Wettbewerbsdruck sprechen, sagen 27 Prozent, davon könne auch eine Gefahr für die Existenz des Betriebes ausgehen. In (West-) Deutschland ist der entsprechende Wert mit 34 Prozent wesentlich höher. Gegenüber 2014 und 2013 – aber auch im Vergleich zu früheren Jahren (vgl. Kistler, Holler 2015, S. 16) – nimmt der empfundene Wettbewerbsdruck ab. Im Dienstleistungsbereich i. e. S.⁹ empfinden die Betriebe seltener einen Wettbewerbsdruck und weniger stark als vor allem im Produzierenden Gewerbe. Mit zunehmender Beschäftigtenzahl nimmt der empfundene Wettbewerbsdruck zu. Neu gegründete Betriebe (ab 2005) berichten etwas seltener von einem hohen Wettbewerbsdruck als Betriebe, die vor 2005 gegründet wurden.

2.3 Umsatz und Umsatzerwartungen; Export

Gegenüber dem Jahr 2013 ist der Umsatz je Beschäftigten 2014 im Freistaat von 183 auf 176 Tausend Euro gesunken; das ist das Niveau der Jahre 2010 bis 2012 (vgl. Darstellung 2.3). Mit den genannten 176 Tausend Euro liegt der Umsatz je Beschäftigten in Bayern erneut leicht über dem westdeutschen Wert (167 Tsd. €).

Bezieht man den Umsatz nicht auf die Beschäftigtenzahl, sondern auf Vollzeitäquivalente, so müssen die Entwicklungen bei den atypisch Beschäftigten herausgerechnet werden. Auch bei diesem Indikator liegt der Betrag für Bayern (213 Tsd. €) im Jahr 2014 geringfügig unter dem Wert von 2013 und leicht über dem westdeutschen Betrag (206 Tsd. €).

Darstellung 2.5: Entwicklung des Umsatzes je Beschäftigten und je Vollzeitäquivalent 2005 bis 2014 (Angaben in Tsd. €)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Umsatz je Beschäftigten									
Bayern	161	161	164	173	162	177	174	177	183	176
Westdeutschland	171	173	175	174	166	174	171	165	168	167
	Umsatz je Vollzeitäquivalent									
Bayern	193	194	195	207	197	215	207	213	216	213
Westdeutschland	206	208	210	210	202	211	206	202	203	206

Angaben für alle Betriebe mit Umsatz; ohne Umsatzsteuer.

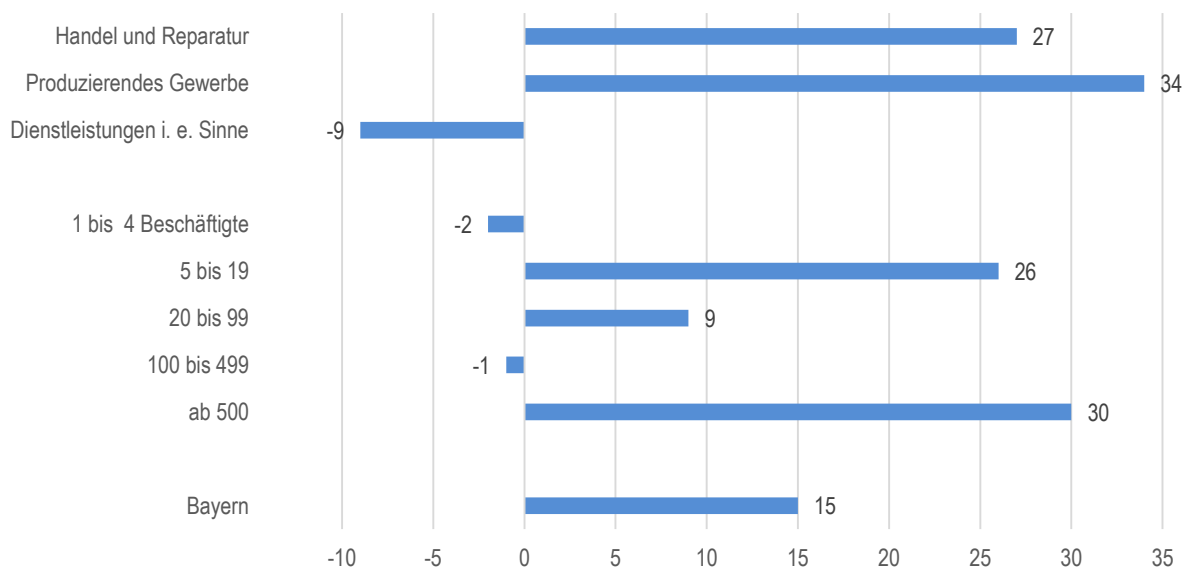
Der Umsatz je Beschäftigten ist auch mittelfristig, seit 2005, in Bayern gestiegen und in Westdeutschland leicht zurückgegangen. Beim Umsatz je Vollzeitäquivalent verzeichnet Bayern seit 2005 einen deutlichen Anstieg. In Westdeutschland war der Betrag im Jahr 2005 bereits so hoch wie 2014. Erst seit dem Jahr 2010 ist der Wert in Bayern bei beiden Indikatoren höher als im westdeutschen Durchschnitt.

⁹ Das gilt z. B. deutlich im Bereich Erziehung und Unterricht (hoher Wettbewerbsdruck 2015: 7 %).

Über den längeren Zeitraum 2001 bis 2014 ist der im IAB-Betriebspanel nachgewiesene hochgerechnete Umsatz in Bayern um 29,7 Prozent und in Westdeutschland um 12,3 Prozent gestiegen. Der Umsatz je Beschäftigten ist von 2001 bis 2014 in Bayern um 12,1 Prozent gestiegen und in Westdeutschland um 2,9 Prozent gesunken. Je Vollzeitäquivalent betrachtet verzeichnet Bayern im Zeitraum seit 2001 einen Zuwachs um 15,1 Prozent, Westdeutschland dagegen von nur 1,5 Prozent.

Darstellung 2.6 ist zu entnehmen, dass der erwähnte Anstieg des Umsatzes je Vollzeitäquivalent im Zeitraum 2001 bis 2014 um 15 Prozent auf das Produzierende Gewerbe und den Bereich Handel und Reparatur zurückgeht (plus 34 bzw. 27 %). Im Dienstleistungsbereich i. e. S. gab es dagegen einen Rückgang um 9 Prozent. Differenziert nach der Beschäftigtenzahl findet sich bei den Kleinst- und Großbetrieben ein leichter Rückgang. Besonders bei sehr großen Betrieben (plus 30 %) und Kleinbetrieben ist der Umsatz je Vollzeitäquivalent aber deutlich gestiegen.

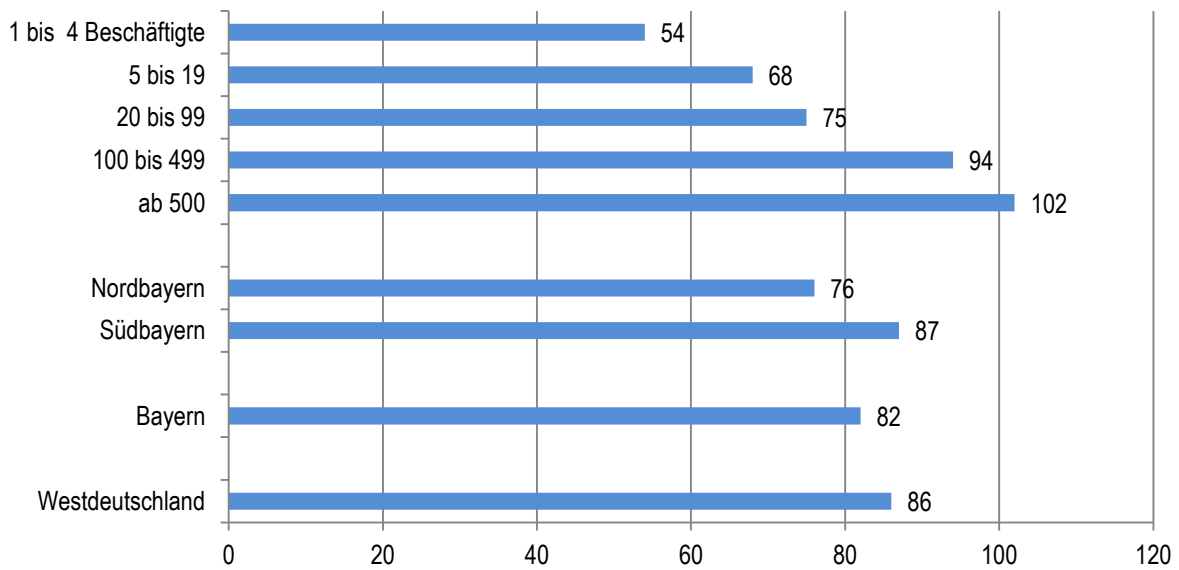
Darstellung 2.6: Veränderung des Umsatzes je Vollzeitäquivalent zwischen 2001 und 2014 nach Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößenklassen (Angaben in Prozent)



Um die Bruttowertschöpfung je Vollzeitäquivalent zu errechnen, muss der Vorleistungsanteil am Umsatz berücksichtigt werden. Dieser ist in den letzten Jahren in Bayern leicht gesunken (2012: 64 %; 2013: 63 %) und liegt 2014 bei 62 Prozent (Westdeutschland: 58 %; Ostdeutschland: 57 %). Mit 74 Prozent ist der Vorleistungsanteil im Bereich Handel und Reparatur erwartungsgemäß am höchsten und mit 44 Prozent bei den Dienstleistungen i. e. S. am geringsten. In sehr großen Betrieben ist der Vorleistungsanteil am höchsten (71 %); ansonsten liegen die Vorleistungsanteile der anderen Betriebsgrößenklassen bei 55 bis 60 Prozent.

Die Bruttowertschöpfung je Vollzeitäquivalent ist im Freistaat 2014 mit 82 Tausend Euro etwas geringer als im westdeutschen Durchschnitt (86 Tsd. €; vgl. Darstellung 2.7). In Südbayern ist sie deutlich höher als in Nordbayern (87 versus 76 Tsd. €). Mit 102 Tausend Euro je Vollzeitäquivalent erreichen sehr große Betriebe eine fast doppelt so hohe Bruttowertschöpfung je Vollzeitäquivalent als Kleinbetriebe (54 Tsd. €). Unterdurchschnittlich ist sie bei den Dienstleistungen i. e. S. mit 66 Tausend Euro.

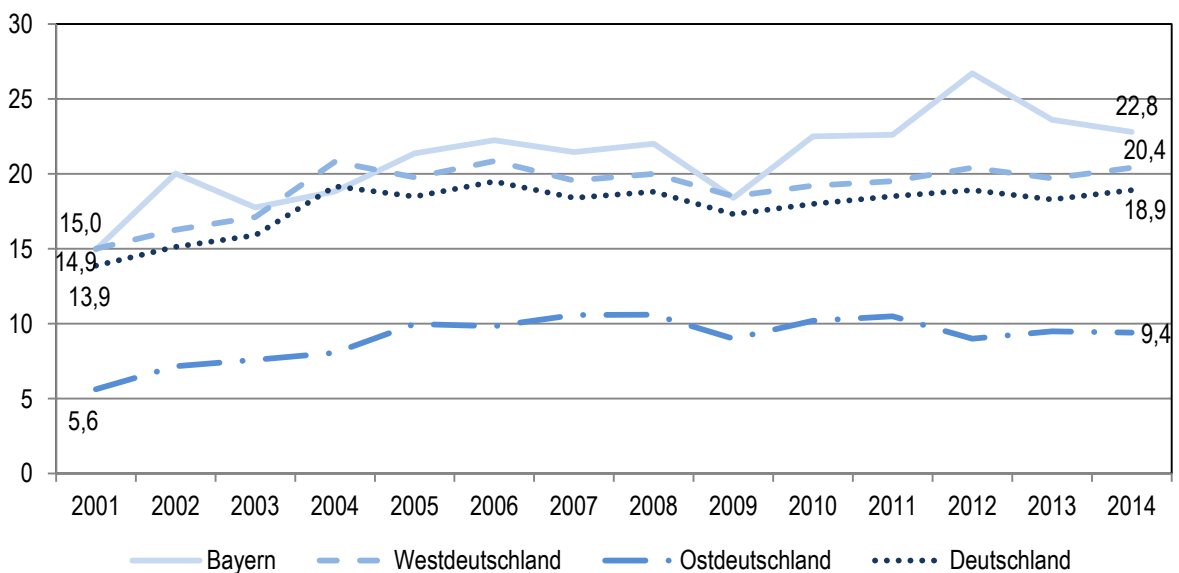
Darstellung 2.7: Bruttowertschöpfung je Vollzeitäquivalent im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2014 (Angaben in Tsd. €)



Nur Betriebe mit Umsatz und Angaben zu Umsatz und Bruttowertschöpfung.

Der Exportanteil, der im IAB-Betriebspanel für Bayern nachgewiesen wird, liegt für das Jahr 2014 bei 22,8 Prozent. Das sind 0,8 Prozentpunkte weniger als 2013. In Westdeutschland dagegen hat der Exportanteil am Umsatz von 18,7 Prozent auf 20,4 Prozent zugenommen. Er liegt aber dennoch unter dem Anteil in Bayern (vgl. Darstellung 2.8). In der Tendenz hat sich in den letzten zehn Jahren der Exportanteil in West- und Ostdeutschland weit weniger stark erhöht als Anfang des letzten Jahrzehnts.

Darstellung 2.8: Exportanteil am Umsatz der Betriebe 2001 bis 2014 (Angaben in Prozent)

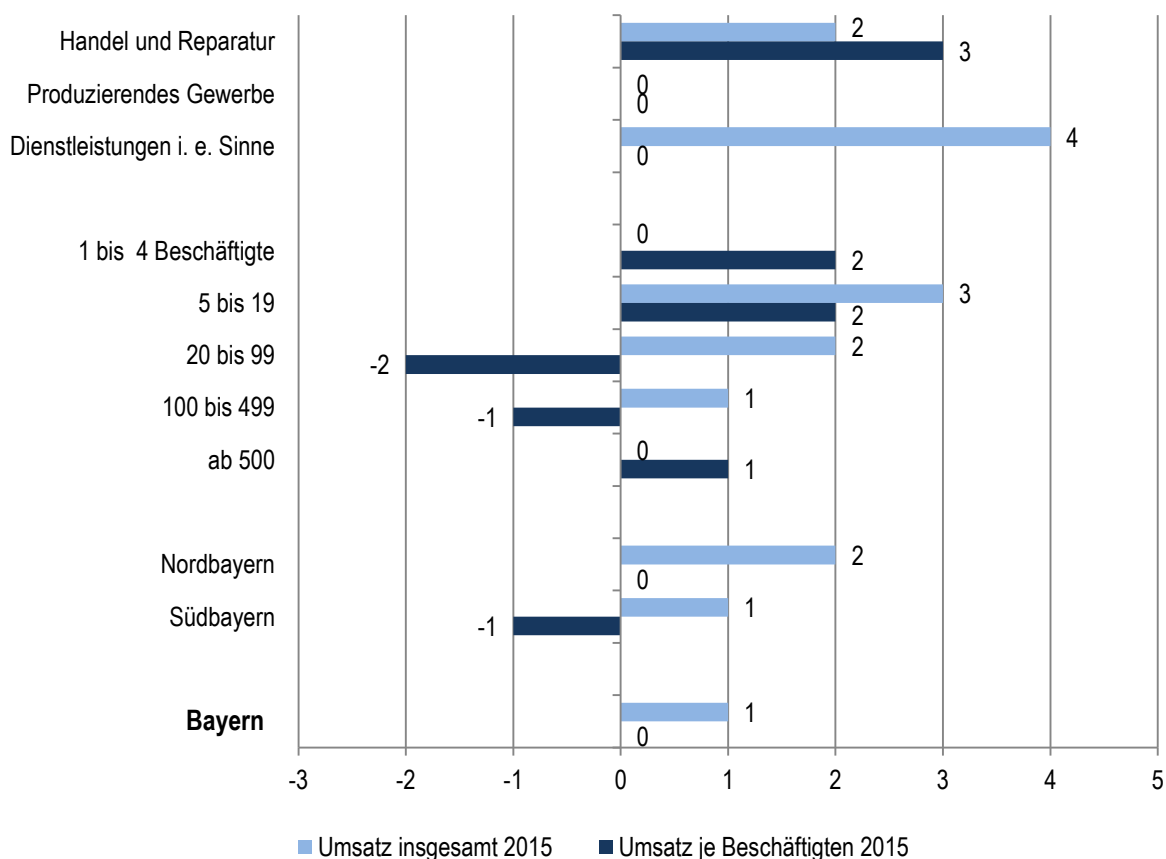


* Alle Betriebe mit Umsatz.

Im IAB-Betriebspanel werden die Befragten jeweils auch gefragt, welche Umsatzentwicklung sie für das gerade laufende Geschäftsjahr (hier: 2015) im Vergleich zum Jahr zuvor erwarten (hier: 2014). Die Frage ist dabei zweistufig aufgebaut: Zunächst geht es darum, ob die Betriebe einen eher wachsenden, gleichbleibenden oder sinkenden Umsatz erwarten. In der nächsten Frage werden die Interviewten dann gebeten, ihre Aussagen auch (in Prozentpunkten) zu quantifizieren.

29 Prozent der Betriebe im Freistaat (Westdeutschland: 26 %) gehen von einem Umsatzanstieg aus, 50 Prozent erwarten, dass der Umsatz in etwa gleich bleibt. Einen Umsatzrückgang erwarten 12 Prozent (ebenso in Westdeutschland) und 8 Prozent waren sich unsicher.

Darstellung 2.9: Erwartete Umsatzentwicklung der Betriebe insgesamt und je Beschäftigten 2015 im Vergleich zu 2014 (Angaben in Prozent)



Basis: Alle Betriebe in Bayern mit Umsatz; ohne Umsatzsteuer

Zusammen mit den quantifizierten Angaben errechnet sich ein erwartetes Umsatzwachstum in Bayern wie Westdeutschland um 1 Prozent (vgl. Darstellung 2.9). Ein überproportionales Umsatzwachstum erwarten Betriebe aus dem Dienstleistungssektor i. e. S. (4 %) und Kleinbetriebe (3 %).

Umgerechnet auf den erwarteten Beschäftigungsstand ergibt sich für Bayern – wegen des gleichzeitig erwarteten Beschäftigungszuwachses – ein stagnierender Umsatz pro Beschäftigten in Bayern und ein leichtes Minus von einem Prozent in Westdeutschland. Ein überproportionales Wachstum des Umsatzes pro Beschäftigten errechnet sich mit je 2 Prozent für Kleinst- und Kleinbetriebe.

2.4 Kapazitätsauslastung

Für die betrieblichen Reaktions- und Verhaltensweisen ist die Kapazitätsauslastung eine wichtige Einflussgröße. Im IAB-Betriebspanel wird dazu die Frage gestellt, ob im vergangenen Geschäftsjahr eine zusätzlich auftretende Nachfrage mit dem bestehenden Personal bzw. den bestehenden Anlagen hätte befriedigt werden können, oder ob mehr Personal bzw. mehr Anlagen nötig gewesen wären. In Bayern sagten 54 Prozent der Betriebe, dies wäre mit den bestehenden Kapazitäten möglich gewesen. 36 Prozent meinen, man hätte mehr Personal einstellen und 2 Prozent, man hätte eine Erweiterung der Anlagen vornehmen müssen. 8 Prozent sagen, es hätte mehr Personal und mehr Anlagen gebraucht.¹⁰

Darstellung 2.10 zeigt, dass die Kapazitätsauslastung der Betriebe in Bayern, insbesondere bezogen auf das Personal, insgesamt sehr hoch ist, noch ein wenig stärker als in Westdeutschland bzw. Deutschland. 44 Prozent der befragten Personalverantwortlichen sagen, sie hätten für das Jahr 2014 in einem solchen Fall zusätzliches Personal gebraucht (mehr Anlagen: 10 %). In Westdeutschland äußern das 42 Prozent. Dabei liegen die Angaben in Bayern im gesamten Betrachtungszeitraum 2008 bis 2014 über den westdeutschen Werten. Die 44 Prozent sind (wie 2012 und 2013) ein Spitzenwert. Der Differenzierung nach Betriebsgrößenklassen ist zu entnehmen, dass eher mittlere bis sehr große Betriebe „ihr Personal auf Kante nähern“. Dementsprechend trifft das auch eher auf tarifgebundene Betriebe zu. Auch bei Betrieben/Dienststellen im öffentlichen Eigentum findet sich ein weit überdurchschnittlicher Anteil in dieser Antwortkategorie.

¹⁰ Diese Prozente werden im Folgenden jeweils beim Personal und bei den Anlagen hinzu addiert.

Darstellung 2.10: Mehr Umsatz bei potenziell höherer Nachfrage in den Jahren 2008 bis 2014 möglich? (Anteil an der Zahl der Betriebe in Prozent; Mehrfachnennungen möglich)

Mehr Umsatz wäre möglich gewesen ...																					
	mit vorhandenem Personal/Anlagen							nur mit zusätzlichem Personal							nur mit zusätzlichen Anlagen						
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
1 bis 4 Beschäftigte	60	68	55	57	58	54	59	38	30	44	37	38	44	40	9	7	9	12	10	12	8
5 bis 19	61	62	60	52	49	56	52	36	36	40	47	49	42	46	9	8	10	12	12	9	10
20 bis 99	62	67	55	51	48	52	47	34	30	45	48	50	48	50	14	9	11	15	16	13	19
100 bis 499	59	68	46	51	56	51	47	44	33	51	47	41	51	50	17	14	21	24	19	16	19
ab 500	56	76	71	56	73	61	55	42	26	28	45	29	41	50	11	1	8	11	4	6	7
Bayern	61	66	57	54	53	54	54	37	32	43	43	44	44	44	9	8	10	13	12	10	10
Westdeutschland	64	68	62	60	58	56	57	34	30	37	38	41	43	42	8	6	9	9	10	10	10
Ostdeutschland	65	67	62	60	62	59	57	33	31	36	38	36	39	40	9	9	10	11	12	11	12
Deutschland	64	68	62	60	59	57	57	34	30	37	38	40	42	42	9	7	9	10	10	10	10

* Alle Betriebe mit Umsatz.

2.5 Zusammenfassung

Wie im Vorjahr erfolgte die Befragung zum IAB-Betriebspanel in einer Zeit einer positiven Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Betriebe auf hohem Niveau. Im Gegensatz zu 2014 zog im Zeitraum der Befragungen die positive Lagebeurteilung aber 2015 noch an, während 2014 ein kurzfristiger Rückgang zu beobachten war.

- 2015 berichten in Bayern 76 Prozent und in Westdeutschland sogar 80 Prozent der Betriebe von einem positiven Jahresergebnis für das abgelaufene Geschäftsjahr 2014 (**Darstellung 2.1**).
- 8 Prozent beurteilen die Ertragslage des abgelaufenen Geschäftsjahres mit der Note sehr gut auf einer fünfstufigen Skala und 46 Prozent mit gut. Nur 5 Prozent vergaben – wie im Vorjahr – die Note 5 (mangelhaft). Im Dienstleistungssektor i. e. S. ist die Beurteilung der Ertragslage überdurchschnittlich (**Darstellung 2.2**). Mit zunehmender Betriebsgröße steigt die positive Beurteilung (**Darstellung 2.3**).
- Der von den Betrieben wahrgenommene Wettbewerbsdruck hat in den letzten Jahren etwas nachgelassen. 12 Prozent der Betriebe verspüren keinen und 13 Prozent nur einen geringen Wettbewerbsdruck. 31 Prozent (Westdeutschland: 34 %) berichten dagegen von einem hohen Wettbewerbsdruck. Von diesen sagen 27 Prozent (Westdeutschland: 34 %), dass davon auch eine existenzielle Gefahr für den Betrieb ausgehen könne (**Darstellung 2.4**).
- Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 ist der Umsatz je Beschäftigten in Bayern leicht gesunken (aufgrund des Beschäftigungswachstums). In Westdeutschland ist dagegen keine nennenswerte Änderung zu beobachten. Umgerechnet auf Vollzeitäquivalente ist in Bayern ein Rückgang festzustellen (WD: Anstieg). Längerfristig verzeichnet der Freistaat eine gegenüber 2005 deutliche Steigerung des Umsatzes je Vollzeitäquivalent um 10 Prozent. In Westdeutschland ist der Umsatz je Vollzeitäquivalent 2014 nur genau so groß wie er 2005 bereits war (**Darstellung 2.5**). Im Zeitraum 2005 bis 2014 verzeichnen das Produzierende Gewerbe sowie der Bereich Handel und Reparatur deutliche Anstiege des Umsatzes je Vollzeitäquivalent. Im Bereich der Dienstleistungen i. e. S. ist dagegen ein Rückgang zu verzeichnen (**Darstellung 2.6**).
- Der Vorleistungsanteil am Umsatz ist in Bayern in den letzten Jahren leicht gesunken und liegt 2014 bei 62 Prozent (Westdeutschland: 58 %). Die Bruttowertschöpfung je Vollzeitäquivalent ist im Freistaat 2014 mit 82 Tausend Euro etwas geringer als im westdeutschen Durchschnitt (86 Tsd. €) (**Darstellung 2.7**).
- Der Exportanteil am Umsatz ist in Bayern 2014 gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken. Er ist mit 22,8 Prozent höher als im westdeutschen Durchschnitt (20,4 %) und steigt im Trend seit 2001 deutlicher an als in Westdeutschland (**Darstellung 2.8**).
- Für das gesamte laufende Geschäftsjahr 2015 sagten die Betriebe einen Umsatzanstieg um 1 Prozent voraus. Umgerechnet pro Kopf der Beschäftigten würde das bei steigenden Beschäftigtenzahlen einen leichten Rückgang bedeuten (**Darstellung 2.9**).
- Bei einer überraschenden Nachfragesteigerung hätten im abgelaufenen Geschäftsjahr 44 Prozent der bayerischen Betriebe nach eigenen Angaben zusätzliches Personal und 10 Prozent zusätzliche Anlagen benötigt. Seit 2010 „nähen die Betriebe ihr Personal immer mehr auf Kante“ (**Darstellung 2.10**).

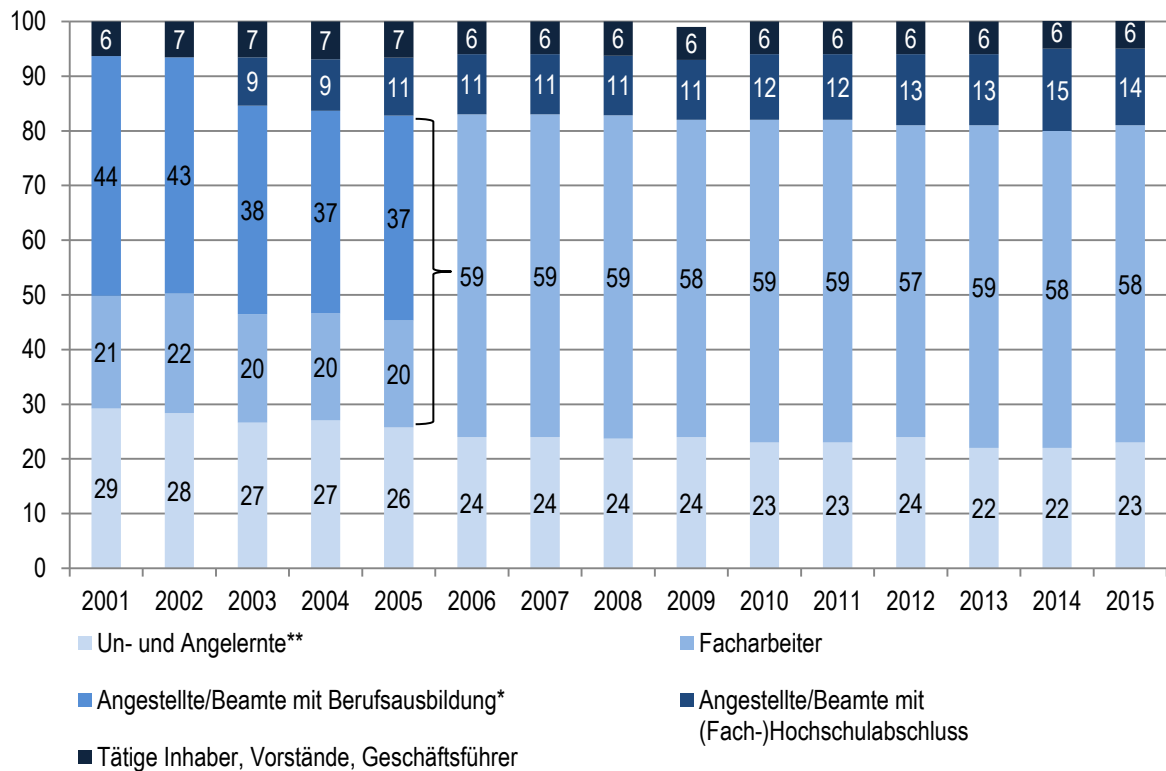
3. Personalstruktur

In diesem Kapitel wird in Quer- und Längsschnittbetrachtungen auf die Personalstruktur nach Tätigkeitsgruppen sowie Beschäftigungsformen eingegangen. Dabei wird auch die Geschlechterdifferenzierung ausführlicher behandelt. Eine Darstellung der Ergebnisse zu den Personalbewegungen (Personalsuche, Einstellungsverhalten der Betriebe, Vakanzen) erfolgt in Teil II des Berichtes.

3.1 Personalstruktur nach Tätigkeitsgruppen und Geschlecht

Darstellung 3.1 zeigt für die Jahre 2001 bis 2015, dass sich auch in Bayern langfristig die Beschäftigtenstruktur zu qualifizierten Tätigkeiten hin verschiebt (weniger Un-/Angelernte und mehr Angestellte/Beamte mit Hochschulabschluss).

Darstellung 3.1: Beschäftigtenstruktur nach Tätigkeitsgruppen Mitte 2001 bis 2015 (Anteile an allen Beschäftigten (ohne Auszubildende) in Prozent)



* 2001 und 2002 Angestellte/Beamte für qualifizierte Tätigkeiten, inkl. solche mit Hochschulabschluss.

** Einschließlich un- und angelernte Arbeiter sowie Angestellte/Beamte für einfache Tätigkeiten.

Zwar deuten die Zahlen am aktuellen Rand, zwischen 2014 und 2015, eine minimale Entwicklung an, die genau in die andere Richtung zu gehen scheint (ein Prozentpunkt mehr Arbeitsplätze für Un-/Angelernte und ein Prozentpunkt weniger Arbeitsplätze für (Fach-)Hochschulabsolventen). Gegenüber

dem offensichtlichen langfristigen Trend kann das aber nur ein kurzfristiger Zyklus sein. Überhaupt dürfen (vgl. oben, Abschnitt 1.1) solch geringe Unterschiede nicht überinterpretiert werden.¹¹

Außer dem Trend zu höheren Qualifikationen ist bei den Zahlen in Darstellung 3.1 die Konstanz der 6 Prozent Selbstständiger, Vorstände und Geschäftsführer bemerkenswert: Trotz der steigenden Selbstständigenzahlen laut anderer Statistiken verändert sich der Anteil im IAB-Betriebspanel nicht wesentlich. Tendenziell sinkt er sogar. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die wachsende Anzahl vor allem auf einem Anstieg der Solo-Selbstständigkeit beruht, also der Selbstständigen ohne abhängig Beschäftigte, die gerade nicht zur Grundgesamtheit des IAB-Betriebspanels gehören. Im Übrigen unterscheiden sich die Werte für Bayern kaum von den westdeutschen Zeitreihen zur Tätigkeitsstruktur.

Das gilt, wie Darstellung 3.2 zeigt, auch für das Jahr 2015. Im Gegensatz dazu gibt es aber auf der kleinräumlicheren Ebene merklichere Unterschiede. So verzeichnet Nordbayern etwas höhere Anteile von Arbeitsplätzen für Un-/Angelernte und für Beschäftigte mit Berufsausbildung als Südbayern. Auf der anderen Seite gibt es in Nordbayern weniger Arbeitsplätze für Hochschulabsolventen.

Darstellung 3.2: Beschäftigte 2015 nach Qualifikationsanforderungen (Anteile an allen Beschäftigten (ohne Auszubildende) in Prozent)

	Beschäftigte für einfache Tätigkeiten	Beschäftigte mit Berufsausbildung	Beschäftigte mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss	Tätige Inhaber, Vorstände, Geschäftsführer
Handel und Reparatur	20	70	4	6
Produzierendes Gewerbe	20	65	10	4
Dienstleistungen i. e. S.	27	49	17	6
Org. ohne Erwerb./Öff. Verwaltung	(15)	(59)	(25)	(1)
1 bis 4 Beschäftigte	19	45	4	33
5 bis 19	23	57	9	11
20 bis 99	26	58	13	3
100 bis 499	25	59	15	1
ab 500	18	60	21	0
Nordbayern	24	60	11	5
Südbayern	22	56	16	6
Bayern	23	58	14	6
Westdeutschland	23	58	13	6
Ostdeutschland	14	66	14	6
Deutschland	22	60	13	6

¹¹ Sie bewegen sich erstens im statistischen Unsicherheitsbereich von Umfrageergebnissen. Zweitens handelt es sich hier um gerundete Werte, so dass bereits kleinere Unterschiede im Nachkommabereich Veränderungen suggerieren.

Kleinstbetriebe und sehr große Betriebe bieten laut dieser Darstellung relativ gesehen die wenigsten Arbeitsplätze für Un-/Angelernte. Für Beschäftigte mit (Fach-)Hochschulabschluss steigt der Anteil mit zunehmender Beschäftigtenzahl deutlich an. In der Differenzierung nach Wirtschaftszweigen fallen die hohen Anteile von „Einfacharbeitsplätzen“ im Dienstleistungsbereich i. e. S. (27 %) und die geringen (4 %) Anteile von Arbeitsplätzen für Hochqualifizierte im Bereich Handel und Reparatur sowie in der Tendenz auch im Produzierenden Gewerbe (10 %) auf.

Auffällig ist darüber hinaus, dass in neu (nach 2005) gegründeten Betrieben ebenso wie in Betrieben mit einem deutlich überdurchschnittlichen Anteil junger Beschäftigter, sog. „jugendzentrierte Betriebe“¹², ein deutlich überproportionaler Anteil von Arbeitsplätzen für Geringqualifizierte zu finden ist. Auch zur räumlichen Differenzierung der Tätigkeitsstruktur bietet das IAB-Betriebspanel interessante Befunde.¹³ Hier nur ein Beispiel: So liegt der Anteil der Arbeitsplätze für formal Hochqualifizierte in Südbayern über dem Landesdurchschnitt (16 versus 14 %; dagegen Nordbayern: 11 %). Im südbayerischen Verdichtungsraum sind es 23 Prozent. Dem entspricht erwartungsgemäß auch der Anteil für die Planungsregion München. Bei den Betrieben und Dienststellen im Gebiet der Landeshauptstadt München sind es sogar 25 Prozent Arbeitsplätze für Hochqualifizierte.

Darstellung 3.3 enthält die Anteile der Tätigkeitsgruppen (Qualifikationsstruktur) unter den weiblichen Beschäftigten 2015. Im Vergleich zu den 23 Prozent Arbeitsplätzen für Un-/Angelernte beträgt der Anteil bei den Frauen bayernweit 27 Prozent. Bei den Männern lautet der entsprechende Wert 19 Prozent.

¹² Vgl. zur Altersdifferenzierung und -struktur der Beschäftigten die Ergebnisse zum Themenschwerpunkt Ältere des Panels 2015 in Teil II dieses Berichts.

¹³ Einige dieser regionalisierten Ergebnisse werden – über den Auswertungsauftrag hinaus – seit einigen Jahren in einem Anhang zu Teil II dieses Berichts behandelt.

Darstellung 3.3: Beschäftigte Frauen 2015 nach Qualifikationsanforderungen (Anteile an allen Beschäftigten (ohne Auszubildende) in Prozent)

	Beschäftigte für einfache Tätigkeiten	Beschäftigte mit Berufsausbildung	Beschäftigte mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss	Tätige Inhaber, Vorstände, Geschäftsführer
Handel und Reparatur	23	70	4	2
Produzierendes Gewerbe	30	61	7	2
Dienstleistungen i. e. S.	29	53	15	3
Org. ohne Erwerb./Öff. Verwaltung	(19)	(58)	(23)	(0)
1 bis 4 Beschäftigte	22	56	5	18
5 bis 19	28	58	9	4
20 bis 99	33	54	12	1
100 bis 499	27	59	14	0
ab 500	19	61	20	0
Nordbayern	28	60	10	3
Südbayern	27	56	15	3
Bayern	27	58	12	3
Westdeutschland	27	59	11	3
Ostdeutschland	16	66	15	4
Deutschland	25	60	12	3

Der Anteil der Un-/Angelernten an allen weiblichen Beschäftigten ist in Kleinstbetrieben (22 %) und in sehr großen Betrieben (19 %) besonders gering. Als sehr hoch erweist sich dieser Anteil in der Differenzierung nach Wirtschaftszweigen mit 30 Prozent im Produzierenden Gewerbe bzw. mit 29 Prozent bei den Dienstleistungen i. e. S. Ein überdurchschnittlicher Anteil Hochqualifizierter unter den weiblichen Beschäftigten findet sich neben Organisationen ohne Erwerbscharakter und der Öffentlichen Verwaltung ebenfalls bei den Dienstleistungen i. e. S.

Noch augenscheinlicher wird eine relative Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt, wenn man die Frauenanteile an den Beschäftigten nach Qualifikationsanforderungen, d. h. in den verschiedenen Tätigkeitsgruppen betrachtet. Gemessen an den je 45 Prozent Frauen an allen Beschäftigten ist der Frauenanteil auf den Arbeitsplätzen für Un-/Angelernte in Bayern mit 54 Prozent und in Westdeutschland (53 %) deutlich größer. Der Anteil der weiblichen Hochqualifizierten liegt dagegen mit 41 Prozent unter dem Gesamtdurchschnitt. Bei den Tätigen Inhabern/Vorständen/Geschäftsführern sind sogar nur 21 Prozent Frauen.

Besonders hohe Anteile von Frauen an den Un-/Angelernten finden sich, wie Darstellung 3.4 zu entnehmen ist, bei Organisationen ohne Erwerbscharakter/Öffentlicher Verwaltung bzw. in Kleinbetrieben mit 5 bis 19 Beschäftigten. Besonders niedrige Anteile von Frauen unter den formal hochqualifizierten Beschäftigten, aber auch unter den Tätigen Inhabern/Vorständen/Geschäftsführern, weisen das Produzierende Gewerbe bzw. die sehr großen Betriebe auf.

Darstellung 3.4: Frauenanteil an den Beschäftigten Mitte 2015 nach Qualifikationsanforderungen (ohne Auszubildende und Beamtenanwärter; Angaben in Prozent)

	Beschäftigte für einfache Tätigkeiten	Beschäftigte mit Berufsausbildung	Beschäftigte mit (Fach-) Hochschulabschluss	Tätige Inhaber, Vorstände, Geschäftsführer	Beschäftigte (ohne Auszubildende) insgesamt
Handel und Reparatur	62	53	61	19	53
Produzierendes Gewerbe	35	22	16	8	23
Dienstleistungen i. e. S.	60	60	47	27	55
Org. ohne Erwerb./Öff. Verwaltung	(67)	(54)	(50)	(26)	(55)
1 bis 4 Beschäftigte	54	57	59	24	45
5 bis 19	68	56	54	20	55
20 bis 99	57	42	41	16	45
100 bis 499	47	43	40	18	43
ab 500	39	37	34	11	37
Nordbayern	54	46	41	22	46
Südbayern	54	44	40	20	45
Bayern	54	45	41	21	45
Westdeutschland	53	46	40	22	45
Ostdeutschland	55	48	50	27	48
Deutschland	53	46	42	23	46

Wie im nachfolgenden Abschnitt gezeigt wird, hängen diese geschlechterspezifischen Muster unmittelbar auch mit der unterschiedlichen Verbreitung atypischer Beschäftigungsformen zusammen.

3.2 Besondere Beschäftigungsformen

3.2.1 Teilzeitbeschäftigung

Atypische Beschäftigungsverhältnisse bzw. besondere Beschäftigungsformen¹⁴ haben in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung gewonnen. Das gilt insbesondere auch für die Teilzeitarbeit als besondere

¹⁴ Wir verwenden diese Begriffe synonym, ebenso wie die Bezeichnungen Nicht-Normarbeit bzw. Nichtnormalarbeit. Dagegen ist der Ausdruck prekäre Beschäftigung abzugrenzen, da es durchaus atypische Beschäftigungsverhältnisse gibt, die nicht prekär sind. Aller-

Beschäftigungsform. Diese hat sich auch in den letzten zehn Jahren immer weiter ausgebreitet, allerdings, wie Darstellung 3.5 zu entnehmen ist, nicht mehr seit 2012. Laut IAB-Betriebspanel beträgt der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Beschäftigten (inklusive Auszubildende) im Freistaat seit einigen Jahren 29 Prozent. Dabei sind auch die geringfügig Beschäftigten und Midijobs in Teilzeit mitgerechnet. In Westdeutschland ist die Teilzeitquote, wie schon seit einigen Jahren, mit 31 Prozent etwas höher. 81 Prozent aller Betriebe in Bayern haben Teilzeitkräfte.

Darstellung 3.5: Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Beschäftigten Mitte 2005 bis Mitte 2015 (Angaben in Prozent)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
1 bis 4 Beschäftigte	23	31	26	30	28	33	30	36	35	37	34
5 bis 19	26	34	34	35	31	40	33	40	39	41	39
20 bis 99	21	25	22	25	24	28	23	28	28	30	29
100 bis 499	19	22	21	21	22	20	22	22	22	24	23
ab 500	20	18	18	18	18	19	18	20	20	19	21
Bayern	22	26	24	25	24	27	25	29	28	29	29
Westdeutschland	22	26	25	26	25	28	26	30	30	31	31
Ostdeutschland	20	23	22	23	23	25	24	27	27	27	28
Deutschland	22	26	24	25	25	27	26	29	29	30	30

Vor allem Klein- und Kleinstbetriebe haben traditionell die höchsten Anteile an Teilzeitbeschäftigten. Dort gibt es auch die stärksten Zuwächse im Betrachtungszeitraum seit 2005. In den sehr großen Betrieben liegt die Teilzeitquote dagegen relativ konstant bei einem Fünftel.

Mit 13 Prozent ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Beschäftigten (inkl. Auszubildende) im Produzierenden Gewerbe mit Abstand am geringsten. Die Bereiche Handel und Reparatur sowie Organisationen ohne Erwerbscharakter verzeichnen 37 Prozent, der Dienstleistungssektor i. e. S. 35 Prozent (vgl. Darstellung 3.5).

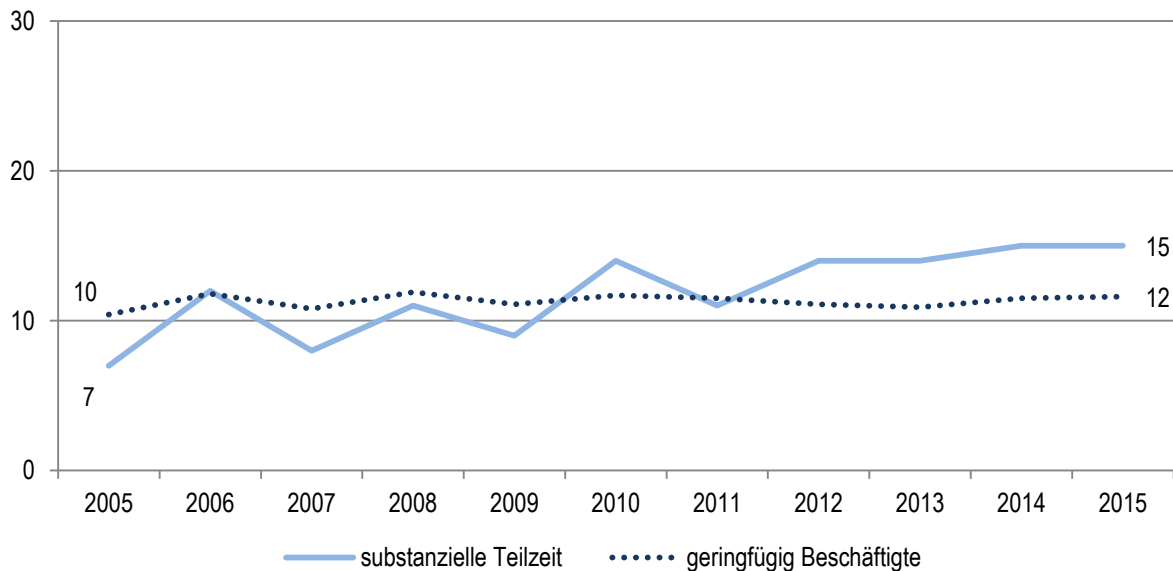
Dass Teilzeitbeschäftigung eine Frauendomäne ist, ist allgemein bekannt. Das gilt auch in Bayern. So liegt 2015 der Frauenanteil an allen Teilzeitbeschäftigten bei 79 Prozent (Westdeutschland: 77 %). Die Teilzeitquote liegt für Frauen im Freistaat bei 50 Prozent, diejenige für Männer bei nur 11 Prozent (Westdeutschland: 53 bzw. 13 %).

Darstellung 3.6 unterscheidet die Teilzeitbeschäftigung in die sogenannte „substanzielle Teilzeit“ und die geringfügige Beschäftigung. Von den hochgerechnet 1,834 Mio. Teilzeitbeschäftigten Ende Juni 2015 waren laut IAB-Betriebspanel 1.135 Mio. oder 62 Prozent Teilzeitjobs in substanziellem Umfang, d. h. keine Minijobs. Wie der Darstellung zu entnehmen ist, geht der langfristige Zuwachs der Teilzeitarbeit in Bayern eindeutig auf einen Anstieg der Beschäftigung in substanzieller Teilzeit zurück. Der Anteil

dings ist bei atypischer Beschäftigung eine hohe Wahrscheinlichkeit gegeben, dass sie unter einem oder mehreren Aspekten prekär ist.

der geringfügigen Beschäftigung an der Gesamtbeschäftigung ist dagegen mit 10,4 Prozent in 2005 und 11,6 Prozent in 2015 eher konstant geblieben.

Darstellung 3.6: Beschäftigtenanteile in substanzieller Teilzeit und in geringfügiger Beschäftigung an allen abhängig Beschäftigten 2005 bis 2015 (Angaben in Prozent)



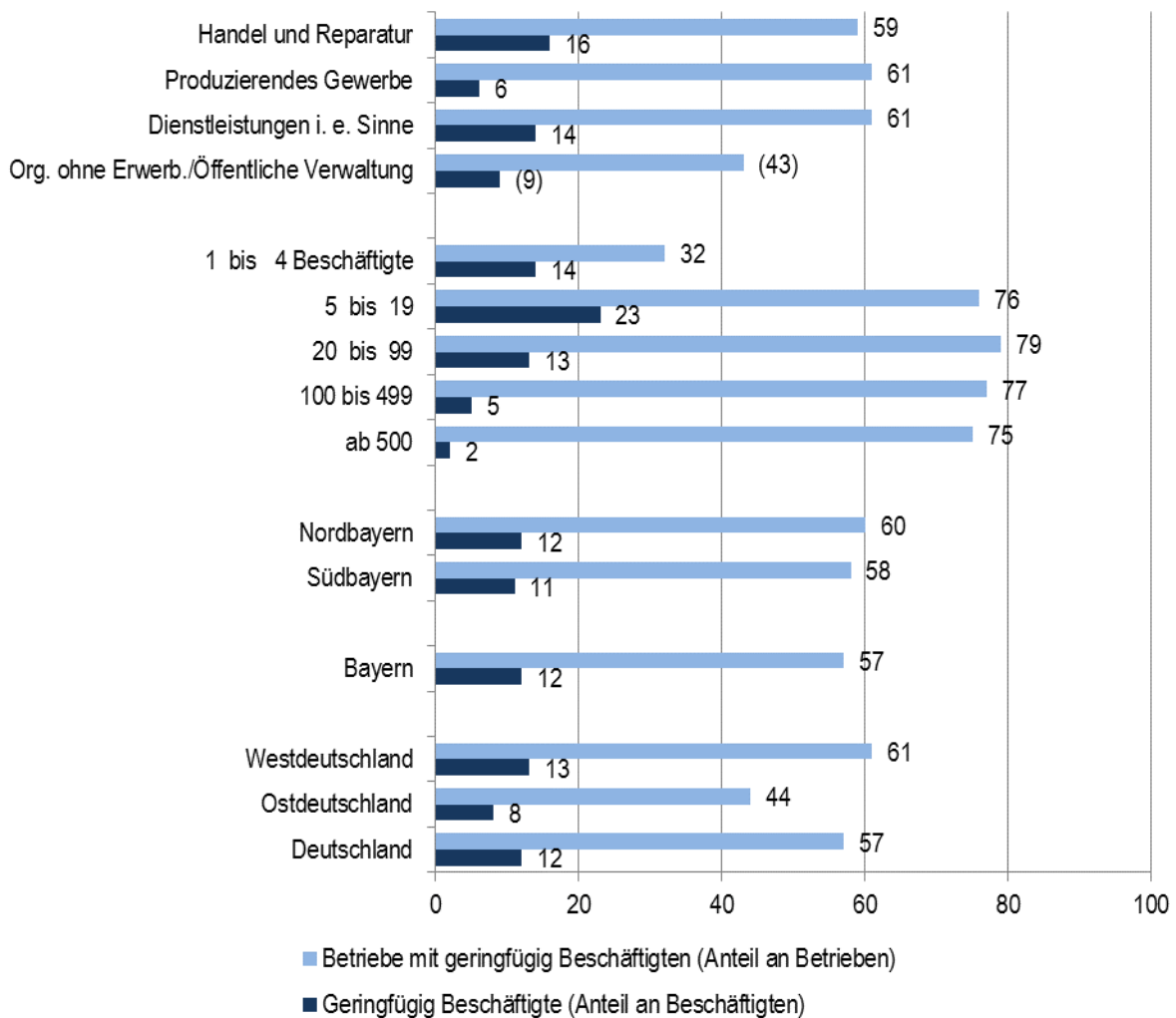
Die Geschlechterdifferenzierung ist bei der substanziellen Teilzeit noch größer als es oben für die Teilzeit insgesamt dargestellt wurde: 84 Prozent der Beschäftigten in substanzieller Teilzeit sind weiblich. Die Quote für substanzielle Teilzeit liegt für Frauen bei 33 und für Männer bei 5 Prozent (Westdeutschland: 34 bzw. 6 %).

3.2.2 Mini- und Midijobs

Im Zeitraum seit 2005 ist der Anteil der Betriebe und Dienststellen mit mindestens einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis in Bayern von 42 auf 57 Prozent gestiegen und in Westdeutschland von 48 auf 61 Prozent.

Nur noch bei den Kleinstbetrieben ist dieser Anteil mit 32 Prozent vergleichsweise gering. In allen anderen Betriebsgrößenklassen beträgt der Wert 75 und mehr Prozent. Branchenbezogen ist der Anteil der Betriebe mit Minijobs an allen Betrieben und Dienststellen im Bereich Organisationen ohne Erwerbscharakter/Öffentliche Verwaltung mit 43 Prozent am kleinsten (vgl. Darstellung 3.7).

Darstellung 3.7: Anteil der Betriebe mit geringfügig Beschäftigten und deren Beschäftigtenanteile 2015 (Angaben in Prozent)



Der Anteil der geringfügig Beschäftigten an allen Beschäftigten von, wie oben gezeigt, 12 Prozent in Bayern variiert wesentlich stärker, z. B. von 6 Prozent im Produzierenden Gewerbe bis zu 16 Prozent bei Handel und Reparatur. Nach Betriebsgrößenklassen streut der Anteil zwischen 2 in sehr großen Betrieben und 23 Prozent in Kleinbetrieben (5 bis 19 Beschäftigte).

Der Anteil der Frauen an den geringfügig Beschäftigten liegt bei 72 Prozent. Von allen weiblichen Beschäftigten sind 17 Prozent geringfügig beschäftigt (Männer: 6 %).

Midijobs, also Beschäftigungsverhältnisse mit einer Gleitzone bei den Sozialbeiträgen und einem Entgelt zwischen 450,01 Euro und 850,00 Euro, sind in 26 Prozent aller Betriebe in Bayern (Westdeutschland: 25 %) zu finden. Midijobs gibt es überdurchschnittlich häufig in großen und sehr großen Betrieben (vgl. Darstellung 3.8).

Darstellung 3.8: Betriebe und Beschäftigte mit Midijobs 2008 bis 2015 (jeweils 30.06.; Angaben in Prozent)

	Anteil der Betriebe mit Midijobs an allen Betrieben								Anteil der Beschäftigten mit Midijobs an allen Beschäftigten							
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
1 bis 4 Beschäftigte	26	26	26	24	20	24	23	22	10	11	10	10	8	9	9	9
5 bis 19	29	30	28	27	29	29	27	28	5	5	4	4	5	5	5	4
20 bis 99	31	28	30	29	30	27	26	29	2	2	2	2	2	2	2	2
100 bis 499	43	43	42	37	33	45	35	40	2	2	2	1	1	1	1	2
ab 500	49	50	53	45	41	47	36	40	1	1	1	0	1	1	1	1
Nordbayern	23	26	29	31	28	27	27	28	2	3	3	3	3	3	3	3
Südbayern	32	30	26	22	23	27	24	25	3	4	3	2	2	3	2	2
Bayern	28	28	28	26	25	27	25	26	3	3	3	3	3	3	3	3
Westdeutschland	23	23	23	24	24	25	25	25	3	3	3	3	3	3	3	3
Ostdeutschland	25	22	24	24	25	25	23	23	4	4	4	4	4	4	3	3
Deutschland	23	23	23	24	24	25	24	24	3	3	3	3	3	3	3	3

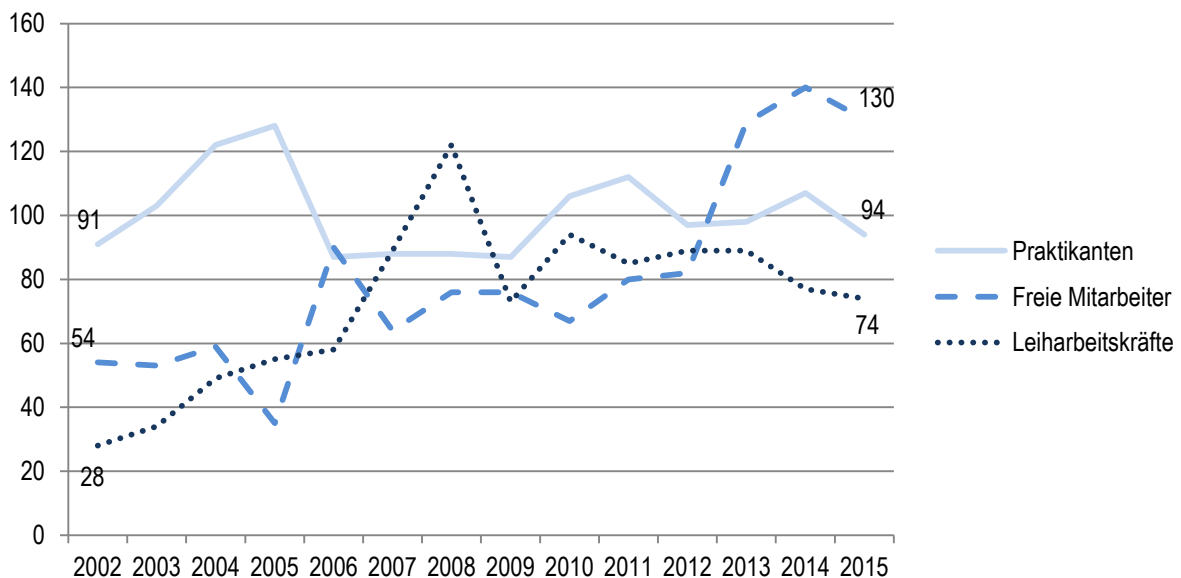
Seit Jahren gleichbleibend machen die Midi-Jobber 3 Prozent der gesamten Beschäftigtenzahl in Bayern und hochgerechnet rund 161 Tausend aus. Mit 9 Prozent ist dieser Anteil in Kleinbetrieben am höchsten und nimmt mit der Betriebsgröße bis auf 1 Prozent bei den sehr großen Betrieben ab. Mit 82 Prozent ist der Frauenanteil an den Midi-Jobbern sehr hoch (Westdeutschland: 77 %).

3.2.3 Externe Mitarbeiter (inkl. Leiharbeitskräfte)

Gegenüber dem Jahr 2014 ist die Zahl der externen Mitarbeiter aller drei hier betrachteter Kategorien (Praktikanten, Freie Mitarbeiter, Leiharbeitskräfte) leicht gesunken (vgl. Darstellung 3.9). Langfristig, im Vergleich der Jahre 2002 bis 2015 zeigt sich bei den Freien Mitarbeitern und den Leiharbeitskräften jedoch ein steigender Trend.

Der Anteil an allen Beschäftigten (einschließlich der Praktikanten, Freien Mitarbeiter und Leiharbeitskräfte) liegt für die Freien Mitarbeiter bei 2 Prozent, für die Praktikanten und Leiharbeitskräfte bei rund einem Prozent. Wie schon im Vorjahr fällt ein recht hoher Anteil (8 %) von Praktikanten in den Kleinbetrieben auf, der auch mit einem überdurchschnittlichen Anteil dieser Gruppe im Bereich der Dienstleistungen i. e. S. korrespondiert.

Darstellung 3.9: Hochgerechnete Anzahl von Praktikanten, Freien Mitarbeitern und Leiharbeitskräften in Bayern 2002 bis 2015 (in Tsd.)



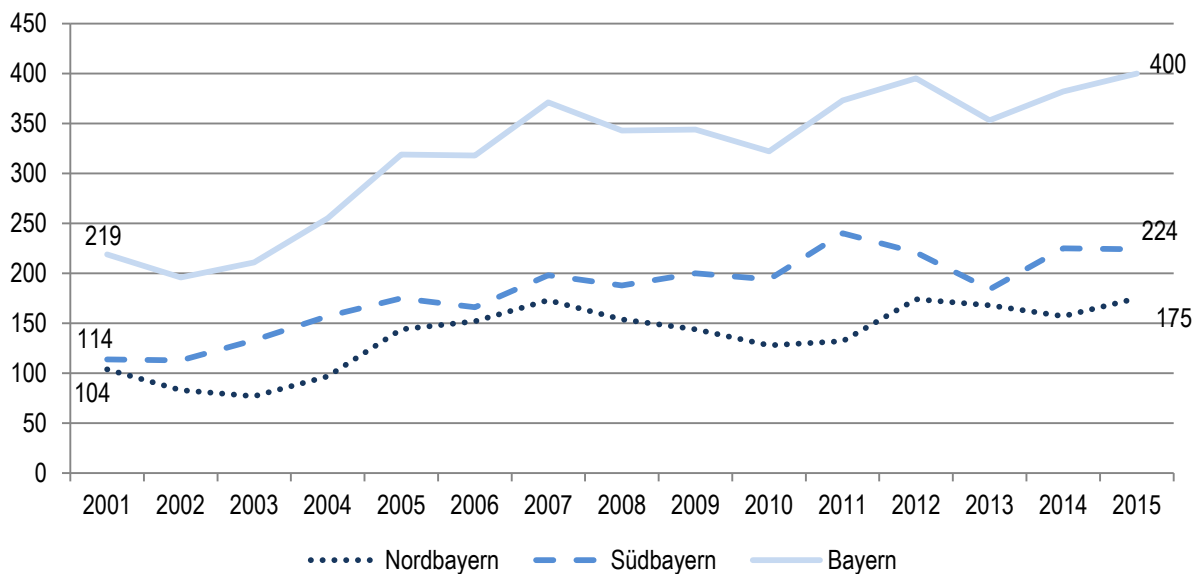
3.2.4 Befristet Beschäftigte

Wie im Vorjahr war in Bayern und in Westdeutschland zur Jahresmitte 2015 in 16 Prozent aller Betriebe und Dienststellen mindestens eine Person befristet beschäftigt. Unterdurchschnittlich ist dieser Anteil erwartungsgemäß in Kleinbetrieben (5 %), im Produzierenden Gewerbe (11 %) und in Betrieben, die an ihrer personellen Kapazitätsgrenze arbeiteten (11 %). Deutlich überdurchschnittlich ist der Anteil der

Betriebe mit befristet Beschäftigten dagegen in Betrieben in öffentlichem Eigentum (41 %) ¹⁵ bzw. in der Öffentlichen Verwaltung (40 %) und im Bereich Erziehung und Unterricht (32 %).

Die hochgerechnete Zahl befristet Beschäftigter hat sich im Freistaat seit 2003 fast verdoppelt und liegt 2015 bei 400 Tausend. Dieser starke Anstieg konzentrierte sich auf die Zeit bis zur Krise 2008. Seither schwanken die Werte auf hohem Niveau mit nur noch schwach steigender Tendenz. Dabei ist der Zuwachs in diesem Zeitraum in Nordbayern etwas moderater verlaufen als in Südbayern (vgl. Darstellung 3.10).

Darstellung 3.10: Befristet Beschäftigte 2001 bis 2015 (hochgerechnet in Tsd., jeweils 30.06.)



Bezogen auf die Zahl der abhängig Beschäftigten (inklusive Auszubildende) liegt der Anteil der befristet Beschäftigten seit Jahren bei rund 6 bis 7 Prozent (vgl. Darstellung 3.11). Leicht überdurchschnittliche Anteile weisen Großbetriebe und die Dienstleistungen i. e. S. sowie Organisationen ohne Erwerbscharakter/Öffentlicher Verwaltung aus.

Auch die befristete Beschäftigung ist eine besondere Beschäftigungsform in der Frauen überproportional häufig zu finden sind: 58 Prozent der befristet Beschäftigten sind Frauen. Besonders hoch ist dieser Frauenanteil 2015 in Organisationen ohne Erwerbscharakter/Öffentlicher Verwaltung (75 %) sowie in Kleinstbetrieben (74 %). Der Anteil befristet beschäftigter Frauen an allen weiblichen Beschäftigten liegt bei 8 Prozent (Männer: 5 %). ¹⁶

¹⁵ Dieser Wert liegt in der Größenordnung nahe bei den Werten der Vorjahre. Nur im Panel 2013 und 2014 lagen die Zahlen um über 10 Prozentpunkte niedriger. Dies kann der relativ geringen Fallzahl geschuldet sein.

¹⁶ Weitere Ergebnisse zur befristeten Beschäftigung, insbesondere zum Einstellungsgeschehen und zu den Übernahmen/verlängerten Befristungen beim Ablaufen befristeter Arbeitsverträge finden sich in Teil II dieses Berichts.

Darstellung 3.11: Anteil befristeter an allen abhängig Beschäftigten (inkl. Auszubildende) und Frauenanteile nach Branchen und Betriebsgrößenklassen 2011 bis 2015 (Angaben in Prozent)

	Anteil an abhängig Erwerbstätigen (inkl. Auszubildende)					Anteil der Frauen an den befristet Beschäftigten					Anteil befristet Beschäftigter an Frauen (inkl. Auszubildende)				
	2011	2012	2013	2014	2015	2011	2012	2013	2014	2015	2011	2012	2013	2014	2015
Handel und Reparatur	5	6	6	8	6	63	64	73	59	62	6	7	8	9	7
Produzierendes Gewerbe	4	4	3	3	3	29	28	36	36	32	4	4	4	4	5
Dienstleistungen i. e. S.	10	9	9	8	8	62	63	62	62	61	10	10	9	9	9
Org. ohne Erwerb./ Öff. Verwaltung	6	7	(6)	(6)	(8)	73	66	(72)	(70)	(75)	8	9	(8)	(8)	(11)
1 bis 4 Beschäftigte	6	4	3	6	4	81	80	74	57	74	7	4	3	5	4
5 bis 19	3	3	4	4	4	68	65	74	73	66	3	4	4	4	5
20 bis 99	6	6	6	6	6	57	64	60	56	54	7	9	8	8	7
100 bis 499	11	9	8	8	9	54	56	56	59	55	14	11	10	11	11
ab 500	8	11	8	7	8	52	48	58	51	58	11	14	12	10	13
Bayern	7	7	6	6	7	57	57	60	57	58	8	8	8	8	8

3.3 „Flexibilisierungsgrad“

In den Berichten zum IAB-Betriebspanel Bayern wird seit einigen Jahren – abgestimmt mit der Berechnungsweise in den Panel-Berichten einer Reihe anderer Bundesländer – ein Indikator „Flexibilisierungsgrad“ ausgewiesen. Dieser umfasst den Anteil der Nicht-Normarbeitsverhältnisse (Summe aus Teilzeitbeschäftigten, Vollzeit-Midijobs, befristeten Beschäftigungsverhältnissen plus Leiharbeit) an allen Beschäftigten. Unbenommen der dabei auftretenden und nicht bis in letzte Detail¹⁷ quantifizierbaren Überschneidungen (z. B. befristete Teilzeit), kann aus der Entwicklung des Flexibilisierungsgrades über die Zeit eine wichtige Information über das Fortschreiten der Ausbreitung dieser atypischen Beschäftigungsformen gewonnen werden.¹⁸

Laut Darstellung 3.12 liegt der Anteil der Betriebe in Bayern mit mindestens einem solchen Beschäftigungsverhältnis an allen Betrieben zum 30. Juni 2015 bei 82 Prozent (Westdeutschland: 81 %). 2010 waren es ebenfalls bereits 82 Prozent.

Darstellung 3.12: Anteil der Betriebe/Dienststellen mit Nicht-Normarbeitsverhältnissen und Anteil der Nicht-Normbeschäftigten Mitte 2010 und Mitte 2015 (Angaben in Prozent)

	Anteil Betriebe mit Nicht-Normarbeitsverhältnissen 2010	Anteil der Nicht-Normbeschäftigten 2010	Anteil Betriebe mit Nicht-Normarbeitsverhältnissen 2015	Anteil der Nicht-Normbeschäftigten 2015
Handel und Reparatur	88	36	85	43
Produzierendes Gewerbe	72	20	76	19
Dienstleistungen i. e. S.	84	44	85	43
Org. ohne Erwerb./ Öff. Verwaltung	(91)	(42)	(84)	(45)
1 bis 4 Beschäftigte	66	40	68	37
5 bis 19	92	43	90	43
20 bis 99	97	33	97	36
100 bis 499	100	33	100	33
ab 500	100	30	100	32
Bayern	82	35	82	36

Unterdurchschnittlich ist dieser Anteil im Produzierenden Gewerbe und erwartungsgemäß in kleineren Betrieben.

Auch der auf die Beschäftigtenzahl bezogene Flexibilisierungsgrad hat in den letzten Jahren nur noch marginal zugenommen (von 35 auf 36 %). Auch bei diesem Indikator weist das Produzierende Gewerbe

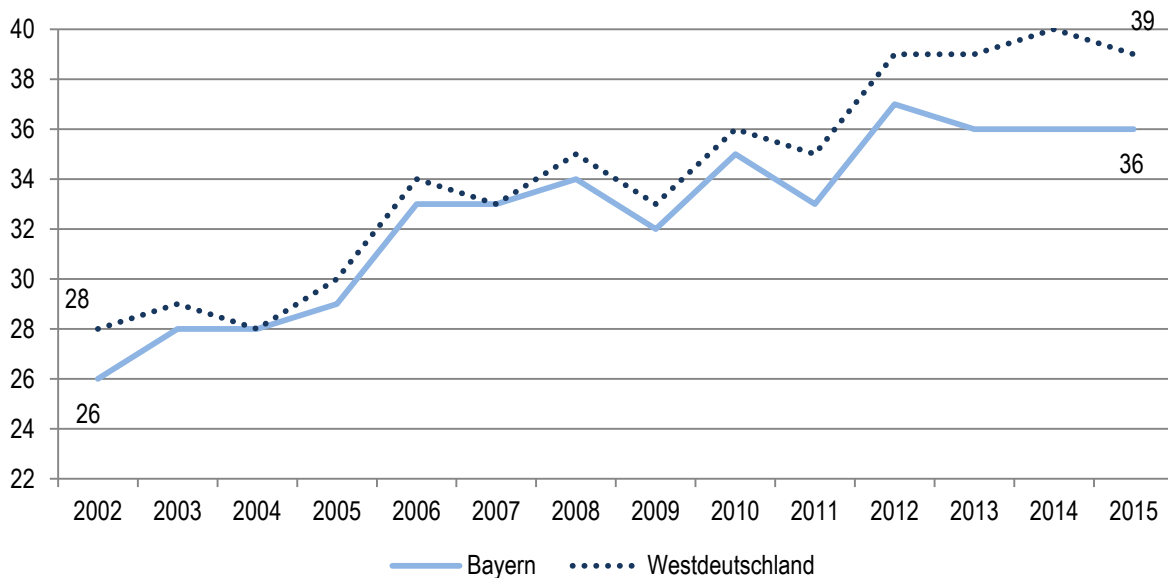
¹⁷ Wichtiger ist an dieser Stelle, da es vor allem um die Zeitreihen geht, dass jährlich die gleiche Zuordnung/Vorgehensweise angewendet wird.

¹⁸ Einen Überblick über die Entwicklung bei den einzelnen besonderen Beschäftigungsformen bietet oben Darstellung 1.7.

den bei weitem niedrigsten Anteil auf (19 %). Unter den Betriebsgrößenklassen ragt der Wert für Kleinbetriebe mit 43 Prozent heraus.

In Westdeutschland liegt der Flexibilisierungsgrad im Jahr 2015 bei 39 Prozent. Wie Darstellung 3.13 zu entnehmen ist, lag der Flexibilisierungsgrad im gesamten letzten Jahrzehnt im Freistaat bei oder leicht unter dem westdeutschen Wert. Seit 2011 ist dieser Abstand tendenziell etwas größer geworden.

Darstellung 3.13: Anteil der Beschäftigten in Nicht-Normarbeit in Bayern und Westdeutschland 2002 bis 2015 (Angaben in Prozent)



3.4 Zusammenfassung

- Längerfristig weisen die Zahlen aus dem IAB-Betriebspanel einen langsamen, aber klaren Trend zu höheren Qualifikationsanforderungen in den Betrieben nach. Daran ändert auch nichts, dass zwischen 2014 und 2015 der Anteil der Arbeitsplätze für Un-/Angelernte marginal gestiegen und derjenige für Hochschulabsolventen marginal gesunken ist (**Darstellung 3.1**).
- Der Anteil von Beschäftigten mit hoher formaler Qualifikation steigt mit zunehmender Betriebsgrößenklasse deutlich an. Beschäftigung für einfache Tätigkeiten (Un-/Angelernte) findet sich überproportional häufig im Dienstleistungssektor i. e. S. (**Darstellung 3.2**).
- Unter allen Arbeitsplätzen sind solche für Beschäftigte mit einfachen Qualifikationen zu 23 Prozent vertreten. Bei den weiblichen Beschäftigten machen solche Tätigkeiten aber 27 Prozent aus. Dagegen sind weibliche Beschäftigte deutlich seltener auf Arbeitsplätzen für Hochqualifizierte und – noch deutlicher – unter Tätigen Inhabern/Vorständen/Geschäftsführern zu finden (**Darstellung 3.3**). Klar zeigt sich die Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt auch beim Vergleich ihres Beschäftigtenanteils insgesamt von 45 Prozent mit ihrem Anteil an den Geringqualifizierten von 54 Prozent und unter den Hochqualifizierten (41 %) bzw. bei den Tätigen Inhabern/Vorständen/Geschäftsführern (21 %) (**Darstellung 3.4**).

- 29 Prozent der Beschäftigten in Bayern arbeiten Teilzeit (Westdeutschland: 31 %). Dabei hat der Anteil der Teilzeitbeschäftigten seit 2005 deutlich zugenommen, stagniert aber in den letzten Jahren (**Darstellung 3.5**). Die Teilzeitquote liegt für Frauen bei 50 und für Männer bei 11 Prozent.
- Der Zuwachs der Teilzeitarbeit geht im Freistaat seit 2005 vor allem auf die substantielle Teilzeit zurück und nicht auf die geringfügige Beschäftigung (**Darstellung 3.6**).
- 57 Prozent der bayerischen Betriebe und Dienststellen haben mindestens ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis. 12 Prozent der Beschäftigten sind Mini-Jobber. Die korrespondierenden Anteile in Westdeutschland liegen marginal höher (61 bzw. 13 %) (**Darstellung 3.7**).
- Midijobs machen in Bayern seit Jahren 3 Prozent aller Beschäftigten aus. Sie sind eher eine Domäne von Kleinbetrieben (**Darstellung 3.8**).
- Seit 2002 ist die Zahl der Freien Mitarbeiter und diejenige der Leiharbeitskräfte gestiegen. Die Zahl der Aushilfen und Praktikanten bleibt, von zyklischen Schwankungen abgesehen, relativ konstant (**Darstellung 3.9**).
- Die Anzahl der befristet Beschäftigten ist langfristig gestiegen – besonders stark in der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts – und steigt auch am aktuellen Rand weiter (**Darstellung 3.10**). Aufgrund der insgesamt gestiegenen Beschäftigung bleibt ihr Anteil mit 6 bis 7 Prozent jedoch stabil (**Darstellung 3.11**).
- Der Flexibilisierungsgrad (Anteil der Summe aus Teilzeitbeschäftigten, Vollzeit-Midijobs, Befristeten plus Leiharbeitskräfte) ist in Bayern zwischen 2010 und 2015 zwar gestiegen, aber nur um 1 Prozentpunkt von 35 auf 36 Prozent. In Westdeutschland liegt der Flexibilisierungsgrad höher (39 %). Er ist in Klein- und Kleinbetrieben überproportional hoch (**Darstellung 3.12**). Der Zuwachs der Nichtnormarbeitsverhältnisse bzw. der Anstieg des Flexibilisierungsgrades war bis Mitte des letzten Jahrzehnts in Bayern etwa gleich hoch wie im westdeutschen Durchschnitt. Seither ist dieser Zuwachs in Bayern schwächer ausgeprägt (mit wachsendem Abstand) als im westdeutschen Durchschnitt (**Darstellung 3.13**).

4. Ausbildung

Das komplexe Gesamtsystem der Berufsausbildung in Deutschland wird durch keine der verfügbaren Datengrundlagen vollständig abgedeckt. Vielmehr konkurrieren zum Teil einzelne Datenquellen, was unterschiedliche Beurteilungen in gleicher Fragestellung provoziert.¹⁹ Das IAB-Betriebspanel trägt als kontinuierliche große Panelbefragung zu dem für eine Analyse des Ausbildungsmarktes nötigen breiten Datenfundus bei (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2011, S. 194 ff), indem es zu einigen wichtigen Indikatoren dieses komplizierten Puzzles jährlich repräsentative und anderweitig in dieser Qualität nicht vorhandene Zahlen liefert, insbesondere zu:

- der Ausbildungsberechtigung von Betrieben (deren Selbsteinschätzung),
- der Ausbildungsaktivität von Betrieben und
- der Übernahme von erfolgreichen Absolventen.

Da im Panel eine Stichprobe aller Betriebe und Dienststellen mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis befragt wird, wird auch ein breites Spektrum an Ausbildungsverhältnissen abgedeckt (Teile des Schulberufssystems, Beamtenanwärter), die nicht dem Berufsbildungsgesetz bzw. der Handwerksordnung unterliegen. Es ist allerdings zu beachten, dass auch damit immer noch nicht das ganze Berufsbildungssystem abgebildet wird. Nicht erfasst werden Teile des Schulberufssystems²⁰ sowie des Übergangssystems. Zum Übergangssystem, das Jugendlichen keine qualifizierte Berufsausbildung, sondern eine Berufsvorbereitung vermittelt, wird Folgendes gezählt: Jugendsofortprogramme, berufsvorbereitende Maßnahmen, sonstige schulische Bildungsgänge, Schüler/innen ohne Ausbildungsvertrag in Berufsschulen, Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln, und das schulische Berufsvorbereitungsjahr, soweit es in Vollzeit besucht wird. Soweit Ausbildung im Übergangssystem erfasst ist, findet sie sich v. a. in der Branche „Erziehung und Unterricht“ und damit in der vorliegenden Auswertung bei den „Dienstleistungen im engeren Sinne“.

Der Ausbildungsmarkt ist aus Bewerbersicht in Bayern rein statistisch besser als in allen anderen Bundesländern, außer in Mecklenburg-Vorpommern. Dennoch ist er bundesweit nicht so gut, wie er in den Medien dargestellt wird, wo das Thema „unbesetzte Ausbildungsplätze“ alle anderen Aspekte in den Hintergrund drängt (vgl. Kasten).

¹⁹ Ein Beispiel hierfür ist die Verwendung der traditionellen versus der sogenannten erweiterten Definition der Ausbildungsstellennachfrage, also die Frage der Einbeziehung von Altbewerbern (vgl. Kistler, Trischler 2013, S. I-44 f.). Je nach verwendeter Definition (und verwendeter Datenbasis) besteht in Deutschland gegenwärtig ein Stellen- oder ein Bewerberüberhang von 103,7 oder 93,4 für das Jahr 2015 (vgl. Matthes u. a. 2016, S. 43).

²⁰ Z. B. Auszubildende in manchen Sozialberufen, die sich nicht gerade in der Praktikumsphase befinden.

Gute Lage am bayerischen Ausbildungsmarkt 2015 – Nur wenig Veränderung zum Vorjahr

„Mehr Ausbildungsplatzangebote der Betriebe, eine weitgehend stabile Ausbildungsplatznachfrage der Jugendlichen, aber weiter wachsende Schwierigkeiten, die Ausbildungsplatzangebote der Betriebe und die Ausbildungswünsche der Jugendlichen in Einklang zu bringen, so dass letztlich dennoch nicht mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen werden konnten“ (Matthes u. a. 2015, S. 4), so charakterisiert das Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) die Entwicklung des Ausbildungsmarktes in Deutschland im Jahr 2015.

Tabelle C: Einige Kennziffern des Ausbildungsmarktes 2015 (Ende September, Angaben in Prozent)

	Bayern	West-deutschland	Ost-deutschland	Deutschland
Anteil der von der BA erfassten Bewerber, die in eine Berufsausbildungsstelle einmündeten	59,9	47,9	52,7	48,6
Anteil der institutionell erfassten Ausbildungsinteressierten, die in eine Berufsausbildung eingemündet sind*	73,7	65,3	63,7	64,9
Anteil der Ende September unbesetzten Stellen an der institutionell erfassten Ausbildungsnachfrage	10,6	7,1	9,9	7,5
Anteil der Bewerber, die Ende Sept. 2015 noch weiter suchten, an der erweiterten Nachfrage	7,6	13,6	11,9	13,4
Angebots-Nachfrage-Relation bei alter Nachfrageberechnung	110,6	103,7	104,0	103,7
Angebots-Nachfrage-Relation bei neuer (erweiterter) Nachfrageberechnung	103,2	92,8	97,0	93,4
Angebote je 100 institutionell erfasste Ausbildungsinteressierte	82,3	70,2	70,2	70,0

* Statistik der BA (Bundesagentur für Arbeit) plus BIBB-Erhebung (Bundesinstitut für Berufsbildung)
Quelle: Matthes u. a. 2016 (BIBB), S. 43.

Bayern ist neben Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen eines von nur drei Bundesländern mit einer Angebots-Nachfrage-Relation von über eins, wenn man – realistisch²¹ – die erweiterte Berechnungsweise der Nachfrage des BiBB anwendet. D. h.: Wenn man weiterhin suchende Bewerber in alternativem Verbleib mit berücksichtigt („unversorgte Bewerber plus Bewerber mit Alternativen zum 30.09.“). Wie schon im Vorjahr mündeten im Freistaat auch 2015 deutlich mehr Bewerber in eine Ausbildungsstelle ein als in den anderen Bundesländern. Mit 82,3 Angeboten je 100 institutionell (bei der BA oder den Kammern) erfassten Ausbildungsinteressierten ist dieser Anteil in Bayern der höchste Wert aller Bundesländer.²²

²¹ Letztlich dreht sich die Debatte immer um die Frage, ob man bei der Beurteilung des Ausbildungsmarktes die Perspektive der Bewerber oder die der Betriebe einnimmt. Dabei ist aber auch mit zu beachten, dass „nicht ausbildungsreife“ Ausbildungsinteressierte seitens der Bundesagentur für Arbeit nicht als Nachfrager mitgezählt werden.

²² „Die Zahl der institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Personen wird rechnerisch ermittelt, indem zur Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge jene registrierten Ausbildungsstellenbewerber hinzugerechnet werden, die nach der Verbleibsstatistik der Arbeitsverwaltung nicht in eine Berufsausbildungsstelle einmündeten“ (Bundesinstitut für Berufsbildung 2015, S. 11).

4.1 Ausbildungsberechtigung und Ausbildungsbeteiligung der Betriebe und Dienststellen

Im Freistaat waren 2015 55 Prozent aller Betriebe und Dienststellen nach eigenen Angaben ausbildungsberechtigt. Von diesen bilden gut die Hälfte aus (52 %). Bezogen auf die Gesamtheit aller Betriebe bilden damit aktuell 29 Prozent tatsächlich aus²³ (vgl. Darstellung 4.1). Gegenüber dem Vorjahr bedeuten diese 29 Prozent einen Zuwachs von einem Prozentpunkt. Sie entsprechen auch dem westdeutschen Durchschnitt (Ostdeutschland: 21 %). Mit einer Ausbildungsbetriebsquote von 40 Prozent verzeichnet das Produzierende Gewerbe den höchsten Anteil, gefolgt vom Bereich Handel und Reparatur (32 %). Mit steigender Betriebsgrößenklasse nimmt der Anteil der ausbildenden Betriebe zu – von 10 Prozent bei Kleinstbetrieben bis auf 94 Prozent bei sehr großen Betrieben. In Nordbayern ist der Anteil 2015 deutlich höher als in Südbayern (32 vs. 26 %). Unter den Betrieben, die einen Beschäftigungszuwachs erwarten, ist die Ausbildungsbetriebsquote mit 40 Prozent deutlich überdurchschnittlich.

Darstellung 4.1: Ausbildungsberechtigung und Ausbildungsbeteiligung der Betriebe in Bayern 2015

Alle Betriebe 100 %	
Betriebe ohne Ausbildungsberechtigung 45 %	Betriebe mit Ausbildungsberechtigung 55 % davon:
	<i>nicht ausbildende</i> 48 %
	<i>ausbildende</i> 52 %
Nicht ausbildende Betriebe insgesamt 71 %	Ausbildende Betriebe insgesamt 29 %

Die lange Zeitreihe in Darstellung 4.2 belegt, dass die Quote 2015 unmittelbar nacheinander zum dritten Mal seit 2001 unter 30 Prozent liegt. Diese Entwicklung ist ähnlich auch für Westdeutschland zu beobachten.

Darstellung 4.2: Anteil ausbildender Betriebe an allen Betrieben und Dienststellen 2001 bis 2015 (Angaben in Prozent)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Bayern	30	35	34	33	30	31	31	31	33	33	32	30	28	28	29
Deutschland	30	30	29	29	30	30	30	30	30	30	31	29	29	28	28

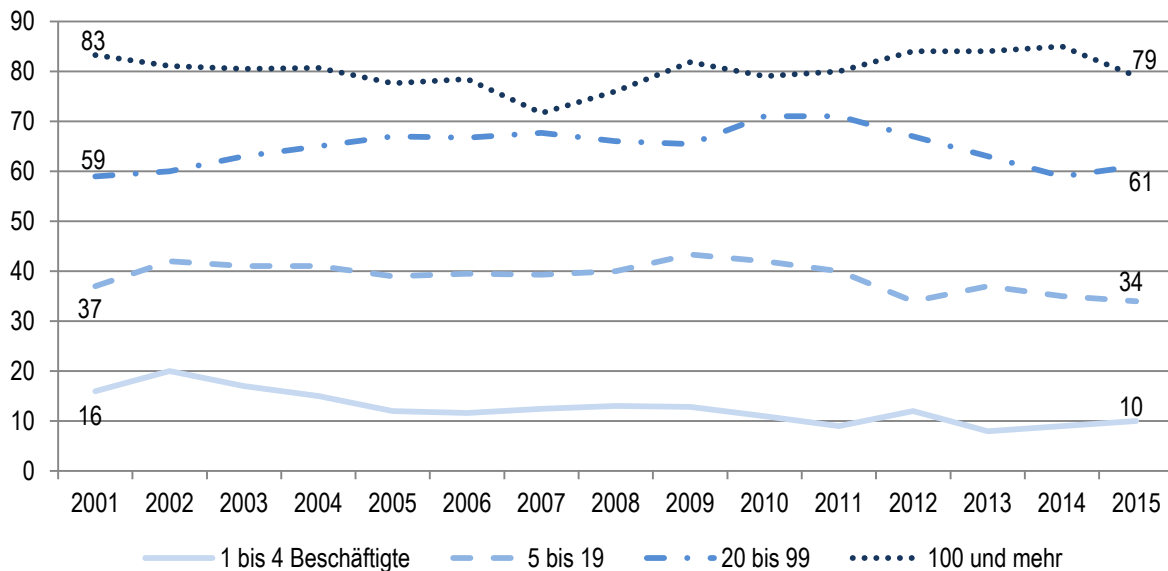
²³ Im Panel werden als Ausbildungsbetriebe – sehr weit – alle Betriebe definiert, die (vgl. Infratest 2002, S.23):

- ausbildungsberechtigt sind und die Auszubildende bzw. Beamtenanwärter/-innen im Bestand haben oder
- im jeweils zu Ende gehenden Ausbildungsjahr selbst neue Verträge abgeschlossen haben oder
- im zu Ende gehenden Ausbildungsjahr erfolgreich abgeschlossene Ausbildungen verzeichnet haben oder
- für das beginnende Ausbildungsjahr neue Verträge abgeschlossen haben oder das noch planen.

Damit umfasst diese Definition auch Betriebe, bei denen sich zum Befragungszeitpunkt keine Auszubildenden im Betrieb befinden.

Insbesondere bei den Kleinstbetrieben hat sich der Rückgang der Ausbildungsbetriebsquote verfestigt, der in der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts stattgefunden hatte (vgl. Darstellung 4.3). Nur in Betrieben mit 20 bis 99 Beschäftigten liegt der Anteil der ausbildenden Betriebe an allen Betrieben und Dienststellen 2015 leicht höher als im Jahr 2001.

Darstellung 4.3: Bayerische Ausbildungsbetriebe nach Betriebsgrößenklassen 2001 bis 2015 (Anteile an allen Betrieben in Prozent)



4.2 Auszubildende

Trotz eines Anstiegs der hochgerechneten Zahl der Auszubildenden und Beamtenanwärter in Bayern gegenüber dem Vorjahr um 9 Tausend liegt der Wert von 258 Tausend im Vergleich zu den meisten Jahren seit 2002 niedriger. In Westdeutschland ist die Zahl der Auszubildenden und Beamtenanwärter dagegen von 2014 auf 2015 zurückgegangen und liegt in etwa wieder auf dem Niveau des Jahres 2002 (vgl. Darstellung 4.4). Bemerkenswert ist auch: Seit 2002 ist in Ostdeutschland außer im Jahr 2008 die Zahl der Auszubildenden Jahr für Jahr geringer geworden; 2014/2015 ist ein Anstieg um hochgerechnet 3 Tausend zu verzeichnen.

Differenziert nach Wirtschaftszweigen zeigt das IAB-Betriebspanel für den Dienstleistungsbereich i. e. S. eine etwa gleich hohe Auszubildendenzahl im Jahr 2015 wie im Jahr 2002 (104 versus 102 Tsd.). Bei Organisationen ohne Erwerbscharakter/Öffentlicher Verwaltung gab es einen Anstieg auf niedrigem Niveau von 11 auf 13 Tausend, im Produzierenden Gewerbe und im Bereich Handel und Reparatur aber jeweils deutliche Rückgänge.

Darstellung 4.4: Hochgerechnete Zahl der Auszubildenden und Beamtenanwärter 2002 bis 2015 im IAB-Betriebspanel (jeweils Jahresmitte; Angaben in Tsd.)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Bayern	290	283	269	267	256	247	267	271	272	263	267	254	249	258
Westdeutschland	1.278	1.258	1.218	1.220	1.204	1.205	1.267	1.286	1.277	1.262	1.269	1.267	1.303	1.274
Ostdeutschland	361	347	345	340	330	313	314	298	277	254	237	217	205	208
Deutschland	1.640	1.606	1.563	1.560	1.534	1.518	1.581	1.584	1.555	1.516	1.506	1.484	1.508	1.482

Darstellung 4.5: Verteilung der Auszubildenden und Beamtenanwärter auf Betriebsgrößenklassen 2002 bis 2015 (Angaben in Prozent)

Beschäftigte	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
1 bis 4	8	8	6	6	6	7	5	6	4	3	4	4	4	3
5 bis 9	16	14	15	11	11	11	13	10	12	13	9	12	7	8
10 bis 49	33	34	32	35	32	34	33	35	34	32	33	31	33	30
50 bis 249	20	20	23	24	24	22	22	22	24	25	27	22	22	28
ab 250	23	24	24	24	27	27	26	26	27	27	28	31	34	31

Darstellung 4.5 verdeutlicht in einer anderen Perspektive nochmals den oben schon gezeigten Rückgang der Ausbildungsaktivitäten speziell der Kleinstbetriebe. Dargestellt ist für die einzelnen Jahre seit 2002 die Verteilung der Auszubildenden und Beamtenanwärter auf die Betriebe und Dienststellen verschiedener Größe. Waren 2002 noch 8 Prozent aller Auszubildenden in Betrieben mit 1 bis 4 Beschäftigten zu finden, so sind es 2015 gerade noch 3 Prozent. Auch bei den Betrieben mit 5 bis 19 Beschäftigten ist ein starker Rückgang ihrer Ausbildungsleistung zu beobachten. Nur die Betriebe mit ab 50 Beschäftigten haben ihre Ausbildungsleistung erhöht.

In Darstellung 4.6 ist zunächst die Auszubildendenquote wiedergegeben (Anteil der Auszubildenden inkl. Beamtenanwärter an allen Beschäftigten inkl. Auszubildende plus Beamtenanwärter) und der Frauenanteil an den Auszubildenden und Beamtenanwärtern.

Die Auszubildendenquote liegt in Bayern wie für Westdeutschland seit einigen Jahren bei 4 Prozent. Zuvor waren es in beiden Fällen fast durchgängig 5 Prozent. Nach der Betriebsgröße bzw. dem Wirtschaftszweig differenziert spiegelt die Auszubildendenquote die oben geschilderten Probleme wider: So z. B. die geringere Ausbildungsleistung der Kleinstbetriebe. (Nur noch 2 % der Beschäftigten in den Kleinstbetrieben sind in der Ausbildung; dagegen gibt es in Betrieben mit 100 bis 499 Beschäftigten deutlich häufiger Auszubildende, was in einer Auszubildendenquote von 5 Prozent zum Ausdruck kommt. Gleiches gilt für das Produzierende Gewerbe und den Bereich Handel und Reparatur.

Mit 43 Prozent liegt der Anteil der weiblichen an allen Auszubildenden etwas niedriger als der Frauenanteil an allen Beschäftigten (45 %). Hohe Frauenanteile finden sich bei den Dienstleistungen i. e. S. (61 %) sowie den Organisationen ohne Erwerbscharakter/Öffentlicher Verwaltung.

Darstellung 4.6: Auszubildendenquote und Anteil weiblicher Auszubildender und Beamtenanwärter 2015 (Angaben in Prozent)

	Auszubildendenquote	Frauenanteil an Auszubildenden und Beamtenanwärtern
Handel und Reparatur	5	42
Produzierendes Gewerbe	5	20
Dienstleistungen i. e. S.	3	61
Org. ohne Erwerb./Öff. Verwaltung	(3)	(55)
1 bis 4 Beschäftigte	2	52
5 bis 19	4	48
20 bis 99	4	43
100 bis 499	5	40
ab 500	4	41
Nordbayern	4	46
Südbayern	4	41
Bayern	4	43
Westdeutschland	4	42
Ostdeutschland	3	46
Deutschland	4	43

4.3 Betriebe mit neuen Ausbildungsangeboten 2014/2015 und unbesetzt gebliebene Ausbildungsstellen

Wie in den Vorjahren haben 32 Prozent der bayerischen Betriebe und Dienststellen im Ausbildungsjahr 2014/2015 neue Ausbildungsplätze. Überhaupt sind in diesem Punkt die Veränderungen über Zeit und die Variationen zwischen den Gruppen von Betrieben eher gering; allenfalls regional gibt es auch größere Unterschiede. Vor allem im Bereich Handel und Reparatur wurden neue Ausbildungsplätze angeboten (vgl. Darstellung 4.7).

Darstellung 4.7: Betriebe mit neuen Ausbildungsplatzangeboten für das Ausbildungsjahr 2014/15 (Anteil an Betrieben mit Ausbildungsberechtigung) und unbesetzte Ausbildungsstellen

	Betriebe mit neuen Ausbildungsplatzangeboten für 2014/15	Angebotene Ausbildungsstellen	Unbesetzte Ausbildungsstellen	
	Anteil an allen Betrieben mit Ausbildungsberechtigung* (in Prozent)	Anzahl (in Tsd.)	Anzahl (in Tsd.)	Anteil an angebotenen Ausbildungsstellen (in Prozent)
Handel und Reparatur	35	30	8	26
Produzierendes Gewerbe	32	43	11	26
Dienstleistungen i. e. S.	32	68	13	20
Org. ohne Erwerb./Öff. Verwaltung	(27)	(4)	(0)	(7)
1 bis 4 Beschäftigte	8	4	2	37
5 bis 19	34	46	15	32
20 bis 99	56	43	11	26
100 bis 499	73	31	4	13
ab 500	95	22	2	7
Nordbayern	36	74	19	25
Südbayern	29	72	14	20
Bayern	32	146	33	22
<i>Nachrichtlich: 2014</i>	32	139	30	21
<i>nachrichtlich: 2013</i>	32	142	29	21
<i>nachrichtlich: 2012</i>	31	145	26	18
<i>nachrichtlich: 2011</i>	31	133	24	18
<i>nachrichtlich: 2010</i>	30	127	19	15
<i>nachrichtlich: 2009</i>	31	124	15	12
Westdeutschland	31	649	110	17
Ostdeutschland	28	124	41	33
Deutschland insgesamt	31	773	151	20

* Auszubildende und nicht auszubildende Betriebe mit Ausbildungsberechtigung nach Eigenangaben der befragten Personalverantwortlichen.

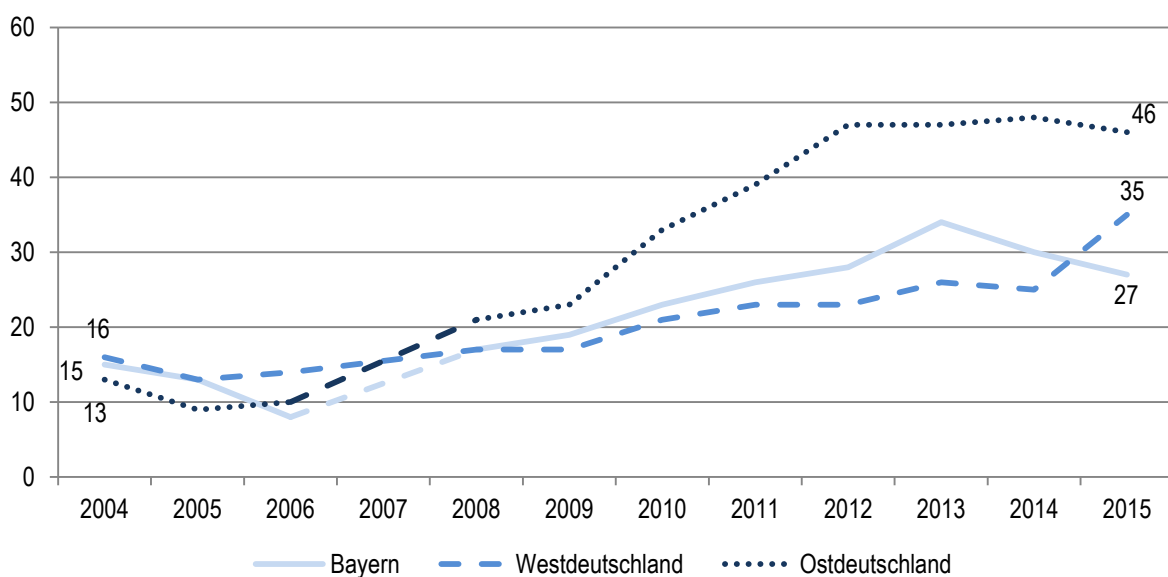
Insgesamt wurden im Freistaat für das Ausbildungsjahr 2014/2015 146 Tausend neue Ausbildungsstellen angeboten; die meisten im Dienstleistungsbereich und im Produzierenden Gewerbe sowie von Klein- und Mittelbetrieben.

Von diesen hochgerechnet 146 Tausend neuen Ausbildungsplatzangeboten konnten nach Angaben der Betriebe rund 33 Tausend, das sind 22 Prozent, nicht besetzt werden. Im westdeutschen Durchschnitt liegt der Anteil der nach Angaben der Betriebe nicht besetzbaren Ausbildungsstellen bei 17 Prozent, in Ostdeutschland bei 33 Prozent. Besonders hoch ist dieser Anteil im Bereich Handel und Reparatur bzw.

im Produzierenden Gewerbe (je 26 %) sowie mit 37 Prozent in Kleinstbetrieben und 32 Prozent in Kleinbetrieben.

Die Darstellungen 4.8 und 4.9 enthalten die Anteile von Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsplätzen und die Anteile unbesetzter Ausbildungsplätze an allen offenen Ausbildungsstellen im Regionenvergleich. In beiden Fällen ist ein Rückgang zur Mitte des letzten Jahrzehnts, gegen Ende der damaligen Wirtschaftskrise, zu beobachten. Auch die Krise 2009 hat diesbezüglich Spuren hinterlassen, wenn auch nur geringer ausgeprägt. Nach der Krise 2009 haben beide Anteile, vor allem in Ostdeutschland, stark zugenommen. Seit 2012 ist ein Stopp dieses Anstiegs zu beobachten. Bayern verzeichnet bei einem etwas stärkeren Anstieg ein ähnliches Verlaufsmuster wie Westdeutschland

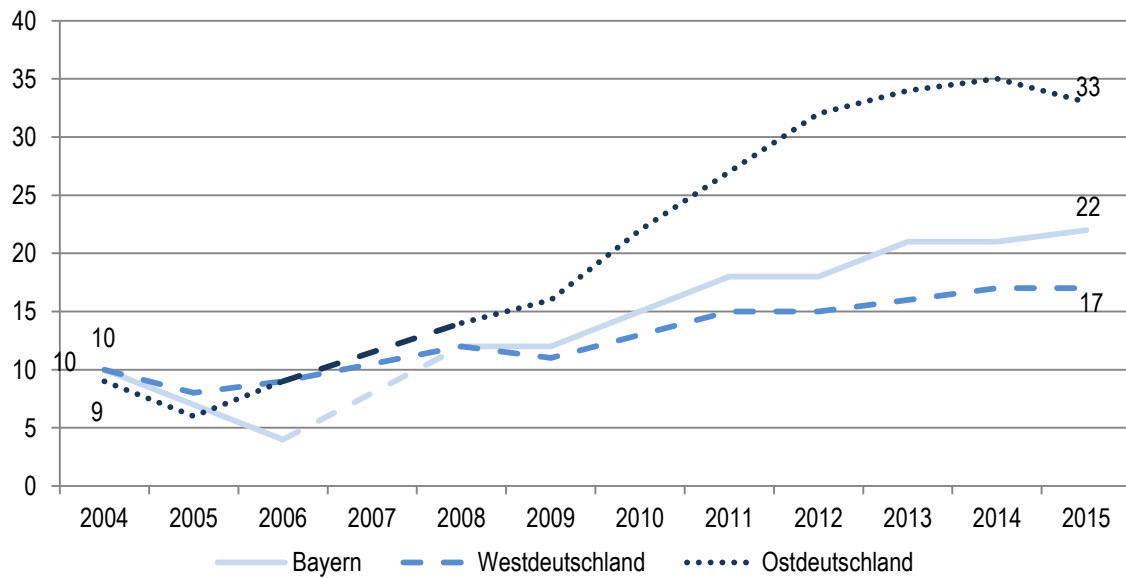
Darstellung 4.8: Anteil der Betriebe mit unbesetzten Ausbildungsplätzen 2004 bis 2014 (Angaben in Prozent)



* Anteil an allen Betrieben mit angebotenen Ausbildungsstellen

** Werte für das Jahr 2007 sind nicht verfügbar.

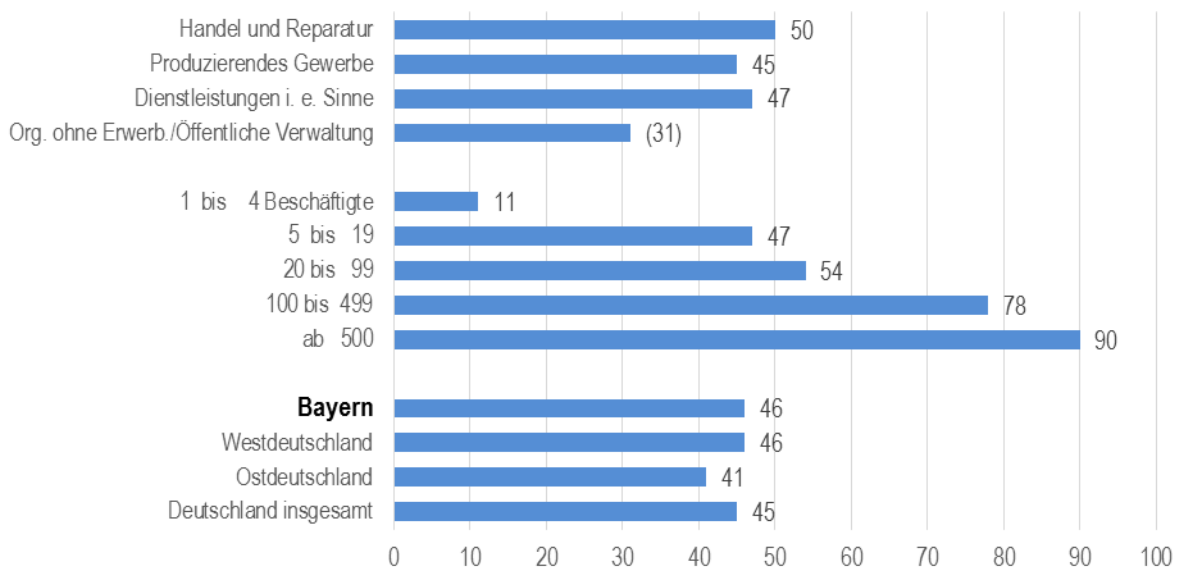
Darstellung 4.9. Anteil nicht besetzter Ausbildungsplätze an allen angebotenen Ausbildungsplätzen 2004 bis 2015 (Angaben in Prozent)



* Werte für das Jahr 2007 sind nicht verfügbar.

In Bezug auf das Ausbildungsjahr 2015/2016, das zum Befragungszeitpunkt gerade begonnen hatte, sagen 46 Prozent aller Ausbildungsbetriebe in Bayern, dass sie auch für dieses Jahr bereits neue Ausbildungsverträge abgeschlossen haben. In Westdeutschland sind es ebenfalls 46 Prozent. Im Vorjahr waren dies in Bayern 41 und in Westdeutschland ebenfalls 46 Prozent. Weitere 3 Prozent aller Betriebe berichten davon, dass andere Betriebe (andere Unternehmensteile) für sie Ausbildungsverträge abgeschlossen haben (vgl. Darstellung 4.10).

Darstellung 4.10. Anteil der Betriebe mit neuen Ausbildungsverträgen für das Ausbildungsjahr 2015/2016 an allen Ausbildungsbetrieben



4.4 Übernahmen von erfolgreichen Ausbildungsabsolventen

In 40 Tausend bayerischen Betrieben und Dienststellen, das sind rund 12 Prozent aller Betriebe im Freistaat bzw. 40 Prozent aller Ausbildungsbetriebe, gab es im Jahr 2015 Auszubildende, die ihre Ausbildung erfolgreich beendet haben.

Von diesen Betrieben haben knapp zwei Drittel (64 %) alle erfolgreichen Ausbildungsabsolventen übernommen, 14 Prozent nur einen Teil und 22 Prozent keine(n). Der Vergleich mit Westdeutschland in Darstellung 4.11 zeigt, dass in Bayern mehr Betriebe ihre Absolventen auch übernehmen.

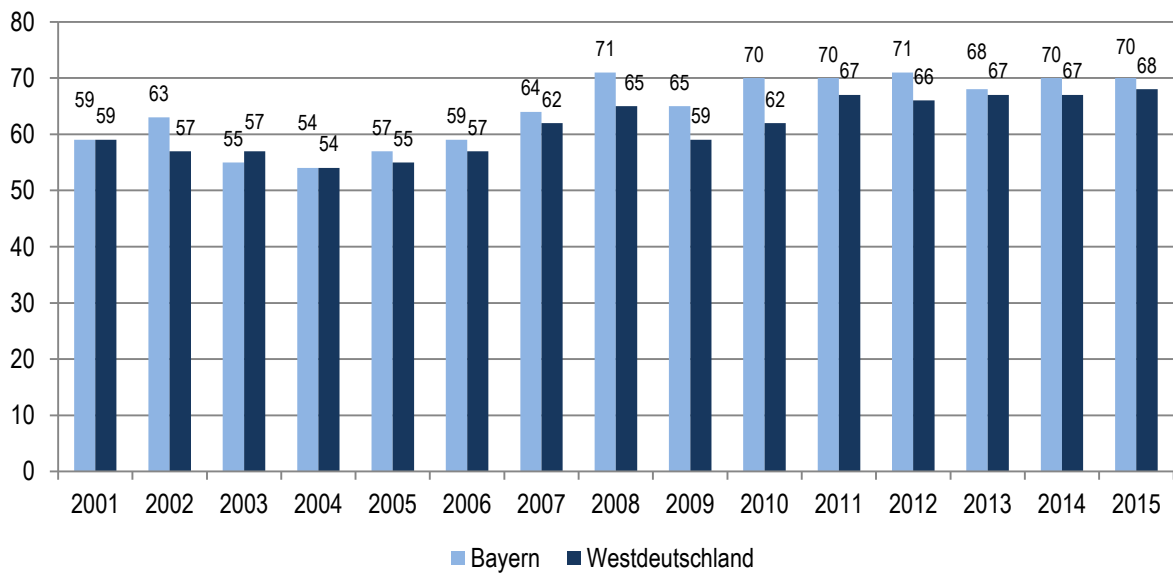
Darstellung 4.11: Anteil der Betriebe mit Übernahmen an der „zweiten Schwelle“ 2015 an allen Betrieben mit erfolgreichen Ausbildungsabsolventen (Angaben in Prozent)

Hinweis: Befristungen	Anteil Betriebe mit erfolgr. Ausbildungsabsolventen an allen ausbildenden Betrieben	davon: Übernahmen		
		alle erfolgr. Absolventen	einen Teil der erfolgr. Absolventen	keinen einzigen erfolgr. Absolventen
Bayern	12	64	14	22
Westdeutschland	12	57	14	29
Ostdeutschland	7	61	11	28
Deutschland	11	58	14	29

Dass auch die auf die Absolventen bezogene Übernahmequote in Bayern höher ist als im westdeutschen Durchschnitt belegt Darstellung 4.12. Im Freistaat liegt die Übernahmequote 2015 bei 70 Prozent, das sind 2 Prozentpunkte mehr als im westdeutschen Durchschnitt. Dabei liegt die Übernahmequote schon seit Mitte des letzten Jahrzehnts mehr oder weniger deutlich über derjenigen in Westdeutschland.

In den letzten Jahren hat sich dabei das Produzierende Gewerbe durch die hohen Übernahmequoten ausgezeichnet, ebenso auch die Organisationen ohne Erwerbscharakter/Öffentliche Verwaltung (letztere aber mit eingeschränkter statistischer Sicherheit wegen etwas zu geringen Fallzahlen). Durchgängig niedriger sind die Übernahmequoten dagegen im Dienstleistungssektor i. e. S.

Darstellung 4.12: Übernahmequoten von Auszubildenden 2001 bis 2015 (Stand jeweils 30.06.; Angaben in Prozent)



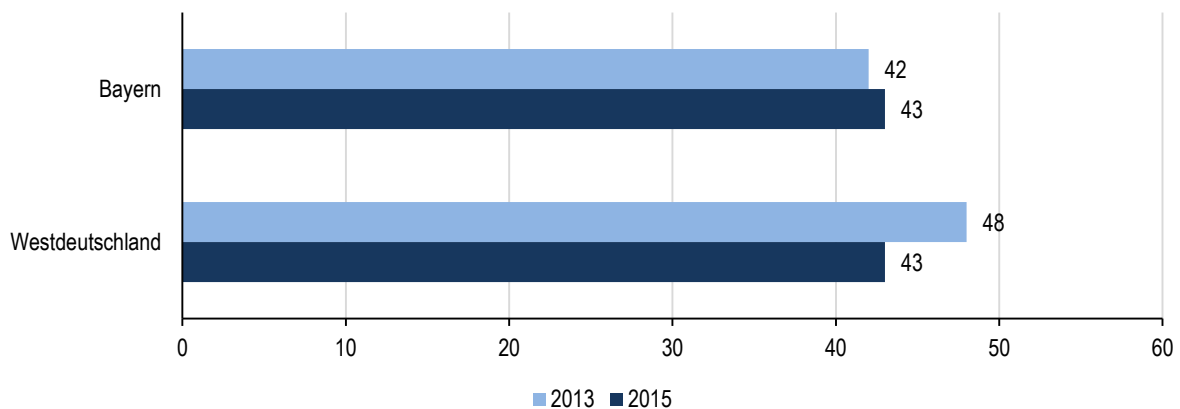
Die in der Tendenz geringeren Übernahmequoten im Dienstleistungssektor korrespondieren mit einem deutlichen Geschlechterunterschied. Die Übernahmequoten von Frauen sind in Bayern durchgängig niedriger als diejenigen der männlichen Ausbildungsabsolventen (vgl. Darstellung 4.13).

Darstellung 4.13: Übernahmequoten an der „zweiten Schwelle“ nach Geschlecht 2010 bis 2015 (Angaben in Prozent)

	insgesamt						weibliche Auszubildende						männliche Auszubildende					
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Bayern	70	70	71	68	70	70	67	65	67	65	64	66	72	75	74	71	76	72
Westdeutschland	62	67	66	67	67	68	61	63	65	65	64	65	64	70	67	69	70	70
Ostdeutschland	53	59	59	63	63	68	51	58	55	64	60	66	54	60	62	62	65	69
Deutschland	61	66	65	67	70	68	59	62	64	65	63	65	62	68	66	68	70	70

Die Übernahmequoten sind abgesehen von diesem Geschlechterunterschied unbestreitbar erfreulich hoch: Nicht alle Ausbildungsabsolventen wollen z. B. in ihrem Ausbildungsbetrieb oder in der gleichen Region weiterarbeiten. Dennoch muss vor allem ein weiterer Punkt berücksichtigt werden, der das positive Bild etwas eintrübt (vgl. Darstellung 4.14). Jeweils 43 Prozent der Übernahmen an der zweiten Schwelle erfolgten 2015 in Bayern wie in Westdeutschland nur befristet. 2013 waren es in Bayern 42 Prozent, in Westdeutschland dagegen 48 Prozent. Von den Männern wurden 35 Prozent nur befristet übernommen (bei den Frauen waren es dagegen 53 Prozent).

Darstellung 4.14: Anteil der befristeten Übernahmen an allen Übernahmen an der zweiten Schwelle 2013 und 2015 nach Geschlecht (Angaben in Prozent)



4.5 Zusammenfassung

- Im Freistaat waren 2015 55 Prozent aller Betriebe und Dienststellen ausbildungsberechtigt. Von diesen bilden gut die Hälfte aus (52 %). Damit bilden aktuell 29 Prozent aller Betriebe aus (**Darstellung 4.1**). Im Vorjahr lag diese Ausbildungsbetriebsquote bei 28 Prozent.
- Langfristig betrachtet hat die Ausbildungsbetriebsquote leicht abgenommen. Dieser Rückgang findet sich im Vergleich der Jahre 2001 bis 2015 in allen Betriebsgrößenklassen außer bei den mittelgroßen Betrieben mit 20 bis 99 Beschäftigten. Insbesondere bei den Kleinstbetrieben hat sich der Rückgang verfestigt (**Darstellungen 4.2 und 4.3**).
- Die hochgerechnete Zahl der Auszubildenden und Beamtenanwärter ist gegenüber 2014 um 9 Tausend auf 258 gestiegen. Dennoch ist gegenüber der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts ein Rückgang zu beobachten (**Darstellung 4.4**). Dieser Rückgang geht auf ein klares Minus bei der Ausbildungsleistung von Kleinst- und Kleinbetrieben zurück: Waren 2002 noch 24 Prozent aller Auszubildenden in Betrieben mit unter 10 Beschäftigten zu finden, so sind es 2015 gerade noch 11 Prozent (**Darstellung 4.5**).
- Langfristig ist die Auszubildendenquote von 5 auf 4 Prozent gesunken. Im Bereich der Dienstleistungen i. e. S. ist sie mit 3 Prozent am geringsten. Dabei ist dort der Frauenanteil an den Auszubildenden besonders hoch (**Darstellung 4.6**).
- Wie in den Vorjahren haben 32 Prozent der Betriebe und Dienststellen für das neue Ausbildungsjahr 2014/2015 neue Ausbildungsplätze angeboten, vor allem im Bereich Handel und Reparatur (**Darstellung 4.7**). 22 Prozent dieser neu angebotenen Ausbildungsplätze konnten nach Angaben

der Betriebe nicht besetzt werden (Westdeutschland: 17 %; Ostdeutschland: 33 %). Das sind mehr als in den Vorjahren. Hochgerechnet geht es dabei um 33 Tausend nicht besetzte Ausbildungsplätze (vor allem in Kleinst- und Kleinbetrieben, bei Handel und Reparatur sowie im Produzierenden Gewerbe).

- Der Anteil der Betriebe mit unbesetzten Ausbildungsplatzangeboten ist 2015 im Freistaat erstmals geringer als im westdeutschen Durchschnitt. Der Anteil der unbesetzten an allen Ausbildungsplätzen steigt dagegen in Bayern weiterhin stärker an als im westdeutschen Durchschnitt. Bei beiden Indikatoren sind die Zuwächse in Ostdeutschland am stärksten, flachen aber am aktuellen Rand ab und gehen 2015 sogar zurück (**Darstellungen 4.8 und 4.9**).
- 12 Prozent der bayerischen wie westdeutschen Ausbildungsbetriebe haben 2015 erfolgreiche Ausbildungsabsolventen. Davon übernehmen 64 Prozent der Betriebe alle erfolgreichen Absolventen und 14 Prozent nur einen Teil derselben. Das sind prozentual gesehen mehr Übernahmen als in West- bzw. Ostdeutschland (**Darstellung 4.11**).
- Langfristig schwankt die Übernahmequote in Bayern seit 2008 um 70 Prozent und liegt leicht über dem westdeutschen Durchschnittswert (**Darstellung 4.12**). Dabei ist die Übernahmequote bei männlichen Ausbildungsabsolventen höher als bei Frauen; z. B. 2015: 72 versus 66 Prozent (**Darstellung 4.13**).
- Allerdings sind 43 Prozent dieser Übernahmen in Bayern und Westdeutschland solche in nur befristete Beschäftigungsverhältnisse (**Darstellung 4.14**).

5. Mindestlohn

Seit Anfang des Jahres 2015 gilt in Deutschland ein „flächendeckender“ gesetzlicher Mindestlohn mit 8,50 Euro je Stunde. Trotz einiger empirisch belegter positiver Entwicklungen ist es für eine umfassende Evaluation noch zu früh (vgl. vom Berge u. a. 2016, S. 6 f.). Auch Anfang/Mitte 2016 liegen z. B. noch sehr unterschiedliche Zahlen zur Ausgangslage vor, also darüber, wie viele Beschäftigte

- ursprünglich im Niedriglohnbereich arbeiteten, die durch den Mindestlohn eine Anhebung ihres Entgelts erhalten sollten (vgl. Bellmann u. a. 2015, S. 4),²⁴
- bereits im Vorfeld des 1. Januar 2015 bzw. seither eine Lohnanpassung erlebt haben (vgl. Kistler, Wiegel 2015, S. 40) und/oder
- auch nach dem 1. Januar aufgrund einer Ausnahmeregelung oder einer tarifvertraglichen Regelung noch einen Stundenlohn von unter 8,50 Euro erhalten.

Im IAB-Betriebspanel 2014 war ermittelt worden (vgl. Kistler, Wiegel 2015, S. 40 ff.), dass 7 Prozent der bayerischen bzw. 9 Prozent der westdeutschen Betriebe angaben, mindestens eine Person arbeite für einen Stundenlohn unter 8,50 Euro. Bezogen auf diese Betriebe waren es 23 Prozent ihrer Beschäftigten (Westdeutschland: 26 %). Bezogen auf alle Beschäftigten sind das aber in Bayern nur 2 Prozent (das entspricht hochgerechnet 129 Tsd. Personen), in Westdeutschland 3 Prozent.

5 Prozent der bayerischen und 6 Prozent der westdeutschen Betriebe hatten außerdem laut IAB-Betriebspanel 2014 in den 12 Monaten von Juli 2013 bis Mitte 2014 wegen der bevorstehenden Einführung des Mindestlohnes bereits im Vorfeld die Löhne im unteren Lohnsegment erhöht.

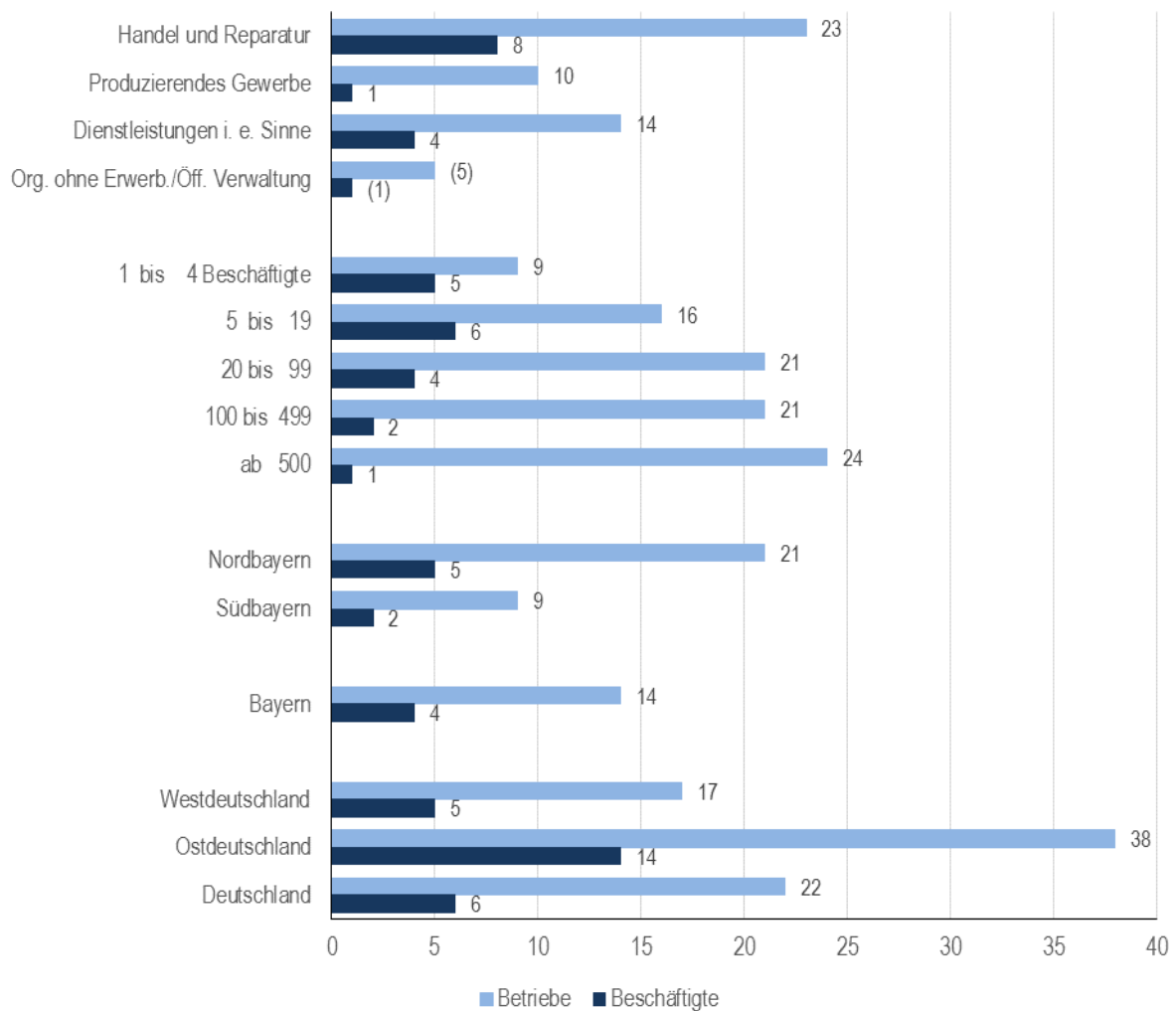
5.1 Betriebe und Beschäftigte mit Lohnanhebungen

In der aktuellen Erhebung zum IAB-Betriebspanel 2015 wurde den Personalverantwortlichen zu Beginn einer Fragebatterie zum Mindestlohn die folgende Frage gestellt: „Wurden in Ihrem Betrieb aufgrund der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns Stundenlöhne auf mindestens 8,50 Euro angehoben?“. Diejenigen Befragten, die das bejahten, wurden danach um die Angabe gebeten, bei wie vielen Beschäftigten das der Fall gewesen ist.

14 Prozent der bayerischen Betriebe (Westdeutschland: 17 %) berichten von solchen Anhebungen von Stundenlöhnen (vgl. Darstellung 5.1). Besonders häufig sind solche Anpassungen im Bereich Handel und Reparatur (23 %) sowie in sehr großen Betrieben (24 %). Im Kontrast dazu stehen nur 9 Prozent der Kleinstbetriebe. Erwartet, in der großen Differenz aber doch überraschend, sind die 21 Prozent in Nordbayern versus 9 Prozent in Südbayern. In der Tendenz ist dieser Anteil in Betrieben mit einer schlechten Ertragslage bzw. einem negativen Jahresergebnis überdurchschnittlich.

²⁴ Dabei liegen die Zahlen über die Reichweite des Mindestlohnes, die mit dem IAB-Betriebspanel (einer Arbeitgeberbefragung) ermittelt werden, deutlich niedriger als die Zahlen z. B. aus dem sozio-ökonomischen Panel (einer Bevölkerungs- bzw. Erwerbstätigenbefragung; vgl. zu Unterschieden und Erklärungen der Diskrepanzen Amlinger u. a. 2016).

Darstellung 5.1: Anteil der Betriebe und Anteil der Beschäftigten 2015 mit einer durch das Mindestlohngesetz bedingten Anhebung von Stundenlöhnen auf 8,50 Euro (in Prozent)



Hochgerechnet berichten die Befragten von Lohnanhebungen – soweit sie nicht schon im Vorfeld des Gesetzes vorgenommen wurden – bei 225 Tausend Beschäftigten im Freistaat. Das entspricht Veränderungen bei 4 Prozent aller Beschäftigten (Westdeutschland: 5 %). Dieser Anteil der Beschäftigten mit Lohnanpassungen ist mit 8 Prozent im Bereich Handel und Reparatur am höchsten und bei Organisationen ohne Erwerbscharakter/Öffentlicher Verwaltung sowie im Produzierenden Gewerbe mit jeweils 1 Prozent am geringsten. Vor allem Klein- und Kleinstbetriebe (6 bzw. 5 %) berichten von solchen Lohnanpassungen in 2015. In Nordbayern sind es 5, in Südbayern 2 Prozent.

Darstellung 5.1 belegt auch, dass der Anteil der Betriebe die 2015 Stundenlöhne von weniger als 8,50 Euro angehoben haben, in Bayern mit 14 Prozent geringer ist als in Westdeutschland (17 %). Das gleiche gilt hinsichtlich des Beschäftigtenanteils, den solche Lohnerhöhungen betrafen (4 versus 5 %). Für Ostdeutschland liegen die Werte mit 38 bzw. 14 Prozent erheblich höher.

5.2 Andere Anpassungen in der Entlohnung und Ausnahmeregelungen

Theoretisch ist als Reaktion auf die Einführung eines Mindestlohnes nicht nur eine Veränderung der Löhne bei den zuvor einen Niedriglohn beziehenden Beschäftigten denkbar, sondern auch eine Veränderung der Lohnstruktur bei anderen Beschäftigten. Derartige Reaktionen waren laut IAB-Betriebspanel jedoch eine seltene Ausnahme.

Null Prozent (mathematisch: weniger als ein halbes Prozent) berichten von einer Senkung der Löhne im Bereich oberhalb von 8,50 Euro. 1 Prozent der bayerischen wie westdeutschen Betriebe berichten von einer Senkung oder Streichung von Sonderzahlungen. 4 Prozent der Betriebe hatten allerdings Lohnerhöhungen oberhalb von 8,50 Euro. Dies geschah wohl um in der Lohnstruktur eine entsprechende Differenzierung aufrecht zu erhalten (vgl. Darstellung 5.2).

Darstellung 5.2: Anteile der Betriebe mit anderen Lohnanpassungen im Kontext des Mindestlohngesetzes (Mehrfachnennungen möglich; in Prozent)

	Senkung der Löhne oberhalb von 8,50 Euro	Erhöhung der Löhne oberhalb von 8,50 Euro	Senkung oder Streichung von Sonderzahlungen
Handel und Reparatur	0	8	1
Produzierendes Gewerbe	0	1	0
Dienstleistungen i. e. S.	0	4	1
Org. ohne Erwerb/Öff. Verwaltung	(0)	(0)	(0)
1 bis 4 Beschäftigte	0	2	1
5 bis 19	1	5	2
20 bis 99	0	6	1
100 bis 499	0	5	2
ab 500	1	5	0
Nordbayern	0	6	1
Südbayern	0	2	1
Bayern	0	4	1
Westdeutschland	0	4	1
Ostdeutschland	0	8	1
Deutschland	0	5	1

Diese Reaktionsweise findet sich am häufigsten im Bereich Handel und Reparatur (8 %) bzw. in Nordbayern (6 %) oder auch in Ostdeutschland (8 %), also in Bereichen, in denen zuvor Niedriglöhne überdurchschnittlich häufig zu finden waren.²⁵

²⁵ Erste Auswertungen der Vierteljährlichen Verdiensterhebungen aus dem Jahr 2015 bilden ebenfalls eine solche Reaktion ab (vgl. Amlinger u. a. 2016, S. 8 f.). Im Gegensatz zu den Vorjahren finden sich danach die stärksten Lohnsteigerungen eher im unteren bis mittleren Bereich und weniger am oberen Ende der Lohnskala.

Zu beachten ist bei der offensichtlich noch längst nicht beendeten Diskussion um den gesetzlichen Mindestlohn, dass es gegenwärtig noch einige Bereiche/Beschäftigtengruppen gibt, bei denen (zumindest vorübergehend) weiter Löhne unter 8,50 Euro gezahlt werden (können).

Im IAB-Betriebspanel wurde zur Abschätzung der Bedeutung dieser Bereiche eine entsprechende Frage gestellt (vgl. Darstellung 5.3). 2 Tsd. Betriebe berichten, weiterhin Beschäftigte mit einem Stundenlohn von weniger als 8,50 Euro zu beschäftigen. Die Begründungen „Ausnahmeregelung zum Gesetz“ und „Tarifvertrag“ halten sich dabei mit 56 zu 44 Prozent fast die Waage. Gefragt wurde auch, wie viele Beschäftigte das betrifft. Die Antwort darauf ist wegen der geringen Fallzahl in der Stichprobe auf Landesebene nicht mehr genau ausweisbar. (Mit größter Vorsicht: Es dürfte sich hochgerechnet um maximal 25 Tsd. Beschäftigte handeln.)

Darstellung 5.3: Betriebe und Beschäftigte Mitte 2015 mit Stundenlöhnen unter 8,50 Euro (in Tausend und in Prozent)

	Betriebe mit Beschäftigten unter 8,50 Euro Stundenlohn				Beschäftigte mit Stundenlohn unter 8,50 Euro	
	Anzahl in Tsd.	Anteil in %	davon aufgrund (in %)		Anzahl in Tsd.	Anteil in %
			Ausnahmeregelung	Tarifvertrag		
Bayern	2	0	(56)	(44)	/	/
Westdeutschland	14	1	75	25	142	0
Ostdeutschland	6	1	66	38	71	1
Deutschland	21	1	72	29	213	1

5.3 Andere Reaktionen und Effekte

Das Spektrum denkbarer und in der Mindestlohndebatte auch vorgebrachter Reaktionsweisen der Betriebe auf einen Mindestlohn – d. h. der möglichen Folgewirkungen – ist wesentlich breiter als nur Reaktionen bei den Stundenlöhnen respektive der Lohnstruktur. Im Panel wurden dazu einige weitere Fragen gestellt. Die Darstellungen 5.4 und 5.5 geben die Antwortverteilungen auf die folgende Frage wieder: „Haben Sie, aufgrund der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, bereits eine oder mehrere der folgenden Maßnahmen in Ihrem Betrieb/Ihrer Dienststelle ergriffen bzw. beabsichtigen Sie, diese zu ergreifen?“. Das breite Spektrum an möglichen Antworten, inklusive einer offenen Antwortkategorie, wurde den Befragten als Liste vorgelegt.²⁶ Mehrfachantworten waren möglich.

Nur 10 Prozent der befragten bayerischen Betriebe (Westdeutschland: 11 %) berichten von der einen oder anderen ergriffenen Maßnahme (vgl. Darstellung 5.4): 4 Prozent, sie hätten die Arbeitszeiten reduziert bzw. die Arbeit verdichtet. Je 3 Prozent äußern, sie hätten sich bei Einstellungen zurückgehalten bzw. ihre Absatzpreise erhöht. In Westdeutschland sind die Antwortverteilungen ähnlich. Vereinfacht gesagt zeigen die Ergebnisse, dass – soweit überhaupt betriebliche Maßnahmen ergriffen wurden – eher solche im Vordergrund stehen, die auf eine Produktivitätssteigerung abstellen. Maßnahmen in

²⁶ Diese Fragenkonstruktion ist nicht unkritisch. Betriebe, die bisher nicht an einzelne Maßnahmen gedacht haben, werden so zu Antworten provoziert, an die sie sonst nie gedacht hätten.

Richtung einer Beschäftigungssicherung stehen erst an zweiter Stelle. Maßnahmen zur reinen Kostensenkung (z. B. Reduzierung der Weiterbildungsaktivitäten, Reduzierung von Investitionen) kommen erst an dritter Stelle.

Darstellung 5.4: Aufgrund der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes ergriffene Maßnahmen (Mehrfachnennungen möglich; in Prozent)

	Betriebe mit Maßnahmen	A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
Basis: Alle Betriebe													
Bayern	10	3	1	0	0	4	0	0	0	1	1	3	0
Westdeutschland	11	3	1	1	0	4	1	0	0	1	0	3	1
Ostdeutschland	24	5	2	1	1	10	1	1	1	3	0	10	1
Deutschland	14	3	1	1	0	5	1	1	0	2	0	4	1
Basis: Betriebe mit Lohnanhebungen													
Bayern	32	12	4	0	0	17	0	1	1	4	1	11	0
Westdeutschland	39	11	4	3	1	20	2	1	1	5	1	12	2
Ostdeutschland	49	10	4	2	1	25	1	2	2	7	1	24	1
Deutschland	43	11	4	3	1	21	2	1	1	6	1	16	2

- A Zurückhaltung bei Einstellungen/Wiederbesetzungen
- B Entlassung von Beschäftigten
- C (Vermehrter) Einsatz von flexiblen Beschäftigungsformen
- D Einsatz von Arbeitnehmern, für die Ausnahmeregelungen gelten
- E Reduzierung der Arbeitszeit oder Verdichtung der Arbeit
- F Reduzierung der Weiterbildungsaktivitäten
- G Erhöhung von Weiterbildungsaktivitäten
- H Auslagerung von Leistungen oder Geschäftsfeldern
- I Zurückstellung oder Reduzierung von Investitionen
- J Substitution von Arbeitskräften durch Maschinen
- K Erhöhung der Absatzpreise
- L Sonstiges

Darstellung 5.4 enthält – im oberen Teil der Tabelle – auch die Antwortverteilungen bezogen nur auf diejenigen Betriebe, die von der Mindestlohngesetzgebung direkt betroffen waren und geringe Löhne angehoben haben. Von ihnen berichten in Bayern 32 Prozent (Westdeutschland: 39 %), mindestens eine der abgefragten Maßnahmen ergriffen zu haben. Dabei errechnen sich logischerweise die gleichen Maßnahmen(kategorien) als am häufigsten genannt wie beim Bezug auf die Gesamtheit der Betriebe im unteren Teil der Tabelle.

Darstellung 5.5 bezieht sich auf den zweiten Teil der oben im Wortlaut wiedergegebenen Frage, nämlich die (jetzt noch) beabsichtigten Reaktionen. Die Maßnahmenliste ist damit die gleiche wie bei Darstellung 5.4. Erneut berichten 10 Prozent aller bayerischen Betriebe und 23 Prozent aller Betriebe mit durch das Gesetz bewirkten Anhebungen von Löhnen von beabsichtigten Maßnahmen.

Darstellung 5.5: Aufgrund der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes beabsichtigte Maßnahmen (Mehrfachnennungen möglich; in Prozent)

Betriebe mit beabsichtigten Maßnahmen		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
		Basis: Alle Betriebe											
Bayern	10	2	1	1	1	1	1	1	1	2	0	3	0
Westdeutschland	9	1	1	1	1	1	1	1	1	2	0	3	0
Ostdeutschland	11	2	1	1	0	1	0	1	1	2	1	3	0
Deutschland	9	2	1	1	1	1	0	1	1	2	0	3	0
		Basis: Betriebe mit Lohnanhebungen											
Bayern	23	6	1	2	2	2	2	3	1	4	2	8	1
Westdeutschland	23	5	2	2	1	3	1	3	2	4	1	9	0
Ostdeutschland	21	5	2	2	1	3	1	2	2	5	1	5	1
Deutschland	22	5	2	2	1	3	1	3	2	5	1	8	0

- A Zurückhaltung bei Einstellungen/Wiederbesetzungen
- B Entlassung von Beschäftigten
- C (Vermehrter) Einsatz von flexiblen Beschäftigungsformen
- D Einsatz von Arbeitnehmern, für die Ausnahmeregelungen gelten
- E Reduzierung der Arbeitszeit oder Verdichtung der Arbeit
- F Reduzierung der Weiterbildungsaktivitäten
- G Erhöhung von Weiterbildungsaktivitäten
- H Auslagerung von Leistungen oder Geschäftsfeldern
- I Zurückstellung oder Reduzierung von Investitionen
- J Substitution von Arbeitskräften durch Maschinen
- K Erhöhung der Absatzpreise
- L Sonstiges

Im Gegensatz zur Frage nach bereits ergriffenen Maßnahmen gibt es hinsichtlich der Nennungshäufigkeit bei den beabsichtigten Maßnahmen keine größeren Unterschiede zwischen Bayern und dem westdeutschen Durchschnitt. Sogar im Vergleich zu Ostdeutschland sind die Unterschiede erstaunlich gering. Noch am häufigsten werden bezogen auf Bayern eine Erhöhung der Absatzpreise, eine Zurückhaltung bei Einstellungen bzw. der Wiederbesetzung von Stellen und die Zurückstellung oder Reduzierung von Investitionen angeführt. Statistisch ausreichend gesicherte Aussagen darüber, welche Gruppen von Betrieben (Wirtschaftszweig, Größenklassen, empfundener Wettbewerbsdruck, Ertragslage etc.) eher Maßnahmen schon ergriffen haben bzw. eventuell erst noch beabsichtigen, lassen sich wegen zu geringer Fallzahlen zumindest auf Landesebene nicht treffen.

Alle Betriebe des IAB-Betriebspanels 2015 wurden auch noch nach indirekten Auswirkungen der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und eventuell deswegen ergriffenen Maßnahmen gefragt²⁷ (vgl. Darstellung 5.6).

²⁷ Die Frageformulierungen lauteten: „Hat die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns indirekte Auswirkungen auf Ihren Betrieb (z. B. durch Preiserhöhungen der Zulieferer oder geänderte Wettbewerbsbedingungen)?“. Bei Bejahung dieser Frage wurde die Nachfrage gestellt: „Mussten Sie aufgrund dieser indirekten Auswirkungen auf Ihren Betrieb Maßnahmen ergreifen wie z. B. Preiserhöhungen, Entlassung von Beschäftigten, Zulieferung aus dem Ausland?“.

Im Vergleich zur Heftigkeit und Grundsätzlichkeit der jahr(zehnt)elangen Mindestlohndebatte berichten erstaunlich wenig Betriebe von solchen indirekten Auswirkungen: Ganze 6 Prozent der bayerischen und 9 Prozent der westdeutschen Betriebe bejahen die Frage. In Ostdeutschland, wo (vgl. oben) die Betriebe auch häufiger von direkten Auswirkungen berichten, ist der Anteil mit 28 Prozent um ein Mehrfaches höher.

Weitere 6 Prozent aller Betriebe in Bayern äußern, dass solche indirekten Auswirkungen noch nicht absehbar seien.

Darstellung 5.6: Indirekte Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohnes (in Prozent)

	Betriebe mit indirekten Auswirkungen ¹⁾			
	ja	nein	noch nicht absehbar	weiß nicht
Handel und Reparatur	6	80	9	4
Produzierendes Gewerbe	5	83	8	4
Dienstleistungen i. e. S.	7	87	5	2
Org. ohne Erwerb./Öff. Verwaltung	(3)	(87)	(1)	(8)
1 bis 4 Beschäftigte	2	89	5	3
5 bis 19	8	82	7	2
20 bis 99	10	81	6	2
100 bis 499	9	80	7	4
ab 500	15	69	12	4
Nordbayern	6	84	6	4
Südbayern	6	85	7	2
Bayern	6	85	6	3
Westdeutschland	9	82	6	3
Ostdeutschland	28	63	7	2
Deutschland	13	78	6	3

Tendenziell sind es eher mittelgroße und größere Betriebe sowie Dienstleistungsbetriebe i. e. S., die indirekte Auswirkungen sehen. Weiterhin ist dieser Anteil bei solchen Betrieben höher, die von einer allenfalls befriedigenden Ertragslage im abgelaufenen Geschäftsjahr berichten bzw. bei Betrieben die IHK-Mitglied sind.

Von den 6 Prozent Betrieben mit wahrgenommenen indirekten Auswirkungen des Mindestlohnes im Freistaat sagen 62 Prozent (das sind 4 % aller Betriebe), dass sie darauf auch mit Maßnahmen reagiert haben²⁸. In Westdeutschland sind es 59 Prozent und in Ostdeutschland 66 Prozent (was jeweils 5 bzw. 18 % aller Betriebe entspricht).

²⁸ Bereits auf dieser Ebene ist das Ergebnis von den Fallzahlen her kritisch.

5.4 Zusammenfassung

Aus dem vorletzten IAB-Betriebspanel 2014 ist bekannt, dass es vor Einführung des Mindestlohnes in Bayern relativ weniger Betriebe und Beschäftigte mit Stundenlöhnen unter 8,50 Euro gab als im westdeutschen Durchschnitt. Außerdem berichteten etwas weniger Betriebe von entsprechenden Lohnanpassungen bereits im Vorfeld der Mindestlohneinführung.

In der aktuellen Erhebung von 2015 erweisen sich wie in Westdeutschland relativ wenig Betriebe (bzw. Beschäftigungsverhältnisse) als direkt oder auch indirekt vom gesetzlichen Mindestlohn betroffen.

- 14 Prozent der bayerischen Betriebe (Westdeutschland: 17 %) haben für mindestens eine/n Beschäftigte/n aufgrund des gesetzlichen Mindestlohnes eine Lohnanpassung vorgenommen. Besonders häufig sind Betriebe mit solchen Anpassungen im Bereich Handel und Reparatur (23 %) sowie in sehr großen Betrieben (24 %) (**Darstellung 5.1**).

Von solchen Lohnanpassungen profitierten 4 Prozent der Beschäftigten in Bayern (Westdeutschland: 5 %), vor allem solche im Bereich Handel und Reparatur sowie in Klein- und Kleinstbetrieben. Hochgerechnet geht es dabei um 225 Tausend Beschäftigte im Freistaat.

- Andere in der Mindestlohndebatte diskutierte Reaktionsweisen der Betriebe bei der Entlohnung spielen nur eine geringe Rolle. Weniger als ein halbes Prozent der Betriebe im Freistaat haben Löhne oberhalb von 8,50 Euro abgesenkt. 1 Prozent der Betriebe hat Sonderzahlungen gesenkt oder gestrichen. Andererseits haben 4 Prozent der Betriebe Löhne oberhalb von 8,50 Euro erhöht, wohl um die Lohnstruktur zu erhalten (**Darstellung 5.2**).
- Weniger als ein halbes Prozent der bayerischen Betriebe (Westdeutschland: 1 %) haben auch zur Jahresmitte 2015 noch Beschäftigte mit einem Stundenlohn von 8,50 Euro (Ausnahmeregelungen: 56 %; Tarifvertrag: 44 %). Hochgerechnet entspricht das maximal 25 Tausend Beschäftigten (**Darstellung 5.3**).
- Aus einer langen Liste weiterer, nicht auf die Entlohnung bezogener, theoretisch denkbarer Reaktionsweisen berichten die bayerischen Betriebe nur bei den folgenden Punkten im nennenswerten Ausmaß, sie hätten entsprechende Maßnahmen ergriffen (**Darstellung 5.4**):
 - = 3 Prozent aller Betriebe mit Zurückhaltung bei Einstellungen bzw. Wiederbesetzungen
 - = 4 Prozent aller Betriebe mit einer Reduzierung der Arbeitszeit/Arbeitsverdichtung
 - = 3 Prozent aller Betriebe mit einer Erhöhung der Absatzpreise.Die anderen denkbaren Reaktionsweisen wurden kaum genannt. Insgesamt sind es 10 Prozent aller bayerischen Betriebe, die von ergriffenen Maßnahmen berichten, die über den Bereich der Entlohnung hinausgehen (Westdeutschland: 11 %; Ostdeutschland: 24 %).
- Mit der gleichen Listenvorlage wurde auch versucht zu ermitteln, ob Betriebe für die Zukunft noch entsprechende Maßnahmen planen. 10 Prozent der bayerischen und 9 Prozent der westdeutschen Betriebe haben nach eigenen Angaben so etwas noch vor. Vor allem geht es dabei um eine (weitere) Erhöhung der Absatzpreise (3 %), eine Zurückhaltung bei Einstellungen (2 %) und eine Zurückstellung/Reduzierung von Investitionen (2 %) (**Darstellung 5.5**).
- Von der Einführung eines Mindestlohnes gehen nicht nur die angesprochenen direkten Wirkungen aus (bei Betrieben, die vorher Beschäftigte mit geringeren Löhnen hatten). Indirekte Wirkungen können im Prinzip alle Betriebe verspüren.

Nur 6 Prozent der bayerischen und 9 Prozent der westdeutschen, jedoch 28 Prozent der ostdeutschen Betriebe berichten von solchen indirekten Effekten (z. B. durch Preiserhöhungen von Zulieferern). Überdurchschnittlich häufig sind das mittlere bis große Betriebe (**Darstellung 5.6**).

62 Prozent dieser Betriebe (das sind 4 % aller Betriebe) sagen auch, dass sie deswegen Maßnahmen ergriffen hätten (wie z. B. eigene Preiserhöhungen).

Literatur

- Amlinger, M. u. a. (2016): Ein Jahr Mindestlohn in Deutschland – Erfahrungen und Perspektiven, WSI-Report Nr. 28, Düsseldorf.
- Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (2015): Datenreport Soziale Lage in Bayern 2014, München.
- Bellmann, L. u. a. (2015): Reichweite des Mindestlohnes in deutschen Betrieben, IAB-Kurzbericht 6/2015, Nürnberg.
- Bellmann, L. (1997): Das Betriebspanel des IAB, in: Hujer, R.; Rendtel, U.; Wagner, G. (Hrsg.): Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Panel-Studien, Sonderheft des Allgemeinen Statistischen Archivs, Heft 30, Göttingen, S. 169 ff.
- Bellmann, L. (2014): Kontinuität und Veränderung des IAB-Betriebspanels, in: Journal for Labour Market Research, Bd. 47, Nr. 1-2, S. 5 ff.
- Bundesagentur für Arbeit (2015): Arbeitsmarkt in Zahlen. Betriebe und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, Land Bayern. Stichtag 30. Juni 2015, Nürnberg (Internet).
- Bundesagentur für Arbeit (2015a): Betriebe und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, Land Bayern. Stichtag 30. Juni 2015, Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (2015b): Beschäftigungsstatistik. Revision 2015 – überarbeitete Fassung, Nürnberg.
- Bundesinstitut für Berufsbildung (2015): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2015, Bonn.
- Conrads, R. u. a. (2009): Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2008. Repräsentative Analysen auf Basis des IAB-Betriebspanels 2008, Stadtbergen.
- Deutscher Bundestag (2015): Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns. Antwort der Bundesregierung, BT-Drs. 18/5807.
- Fischer, G. u. a. (2008): Das IAB-Betriebspanel – von der Stichprobe über die Erhebung bis zur Hochrechnung, FDZ Methodenreport Nr. 01, Nürnberg.
- ifo Institut (2015): ifo Geschäftsklima Deutschland. Ergebnisse des ifo Konjunkturtests im Oktober 2015, München.
- Industrie- und Handelskammern in Bayern (2015): BIHK Konjunkturbericht Herbst 2015, München.
- Kistler, E.; Holler, M. (2015): Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2014 – Teil I. Repräsentative Analysen auf Basis des IAB-Betriebspanels 2014. Bericht an das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration und die Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit, Stadtbergen.
- Kistler, E.; Wiegel, C. (2015): Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2014 – Teil II. Repräsentative Analysen auf Basis des IAB-Betriebspanels 2014. Bericht an das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration und an die Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit, Stadtbergen.

- Kistler, E.; Trischler, F.: (2013): Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2012 – Teil I. Repräsentative Analysen auf Basis des IAB-Betriebspanels 2012. Bericht an das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen und die Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit, Stadtbergen.
- Kubis, A. u. a. (2015): Mindestlohn spielt schon im Vorfeld eine Rolle. Neueinstellungen im Jahr 2014, IAB-Kurzbericht Nr. 12, Nürnberg.
- Matthes, St. u. a. (2016): Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2015, Berlin.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2015): Deutsche Konjunktur stabil – Wachstumspotenziale heben, in: DIW-Wochenbericht Nr. 42, S. 935 ff.
- Vom Berge, Ph. u. a. (2016): Arbeitsmarktspiegel. Entwicklungen nach Einführung des Mindestlohnes (Ausgabe 1), IAB-Forschungsbericht Nr. 1, Nürnberg.

ISBN: 978-3-9815237-2-0

Herausgeber:
INIFES, Internationales Institut für
Empirische Sozialökonomie, gGmbH
86391 Stadtbergen

© 2016 Bayerisches Staatsministerium für
Arbeit und Soziales, Familie und Integration